

# Stenographisches Protokoll

37. (verlangten) Sitzung des Kärntner Landtages – 31. Gesetzgebungsperiode  
Donnerstag, 5. November 2015

## Inhalt

**Fragestunde** (S. 3748)

**Tagesordnung** (S. 3759)

### 1. Ldtgs.Zl. 62-16/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität zum selbständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend das Gesetz, mit dem der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds eingerichtet wird

./.. mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Scherwitzl i.V. gem. § 55 Abs. 5 K-LTGO für Mag. Kuchling (S. 3759)

Redner: Dr. Prasch (S. 3760), Seiser (S. 3761), Dr. Lebersorger (S. 3763, 3776), Mag. Trodt-Limpl (S. 3764), Mag. Leyroutz (S. 3765, 3782), Dipl.-Ing. Johann (S. 3768), Holub (S. 3769), Ing. Hueter (S. 3770), Lobnig (S. 3772), Gaggl (S. 3774), Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 3777), Mag. Dr. Kaiser (S. 3779)

Zur Geschäftsordnung: Mag. Leyroutz, Antrag auf namentliche Abstimmung gemäß § 67 Abs. 1 K-LTGO (S. 3783)

Abänderungsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs (S. 3760) - Mehrheitliche Annahme (SPÖ: ja, F: nein, ÖVP: ja, Grüne: ja, TS: ja, BZÖ: ja, Mag. Schalli: nein) (S. 3784)

Mehrheitliche Annahme der 2. Lesung (SPÖ: ja, F: nein, ÖVP: ja, Grüne: ja, TS: ja, BZÖ: ja, Mag. Schalli: nein) (S. 3784, 3785)

Mehrheitliche Annahme der 3. Lesung (namentliche Abstimmung gem. § 67 Abs. 1 K-LTGO) (S. 3785)

### 2. Ldtgs.Zl. 39-68/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Infrastruktur, Straßenbau und Verkehrsrecht zur Regierungsvorlage betreffend Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsdateninfrastruktur durch die Österreichische Graphenintegrationsplattform GIP

./.. mit Vereinbarung

Berichterstatter: Köchl (S. 3786)

Redner: Trettenbrein (S. 3786), Ing. Ebner (S. 3787), Mag. Dr. Lesjak (S. 3788)

Einstimmige Annahme (S. 3789)

### 3. Ldtgs.Zl. 65-7/31:

Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Landesrat Dipl.-Ing. Benger zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Dr. Prasch betreffend Landesmuseum Kärnten

Redner: Dr. Prasch (S. 3789), Pirolt (S. 3790), Mag. Trodt-Limpl (S. 3790), Dipl.-Ing. Benger (S. 3791)

### 4. Ldtgs.Zl. 82-10/31:

Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Gaggl betreffend Transferzahlungen

Redner: Gaggl (S. 3793), Pirolt (S. 3793)

**Mitteilung des Einlaufes** (S. 3794)

A) Anträge von Abgeordneten (S. 3794)

B) Schriftliche Anfragen (S. 3795)

**Beginn:** Donnerstag, 05.11.2015, 13.05 Uhr

**Ende:** Donnerstag, 05.11.2015, 16.54 Uhr

## Beginn der Sitzung: 13.05 Uhr

**V o r s i t z :** Erster Präsident **Ing. Rohr**,  
Zweiter Präsident **Schober**, Dritter Präsident  
**Lobnig**

**A n w e s e n d :** 31 Abgeordnete

**E n t s c h u l d i g t :** **Strauß, Mag. Kuchling,**  
**Mag. Theuermann, Korak, Mag. Malle**

**B u n d e s r ä t e :** **Blatnik, Novak, Poglitsch**

**M i t g l i e d e r d e r L a n d e s r e g i e r u n g :**  
Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser**, Erste  
Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prett-**  
**ner**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin  
**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat  
**Mag. Ragger**, Landesrat **Dipl.-Ing. Benger**,  
Landesrat **Holub**, Landesrat **Köfer**

**S c h r i f t f ü h r e r :** Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 37. verlangten Sitzung des Landtag Landtages und eröffne diese. Begrüßen darf ich auf der Regierungsbank die Regierungsmitglieder, den Herrn Landeshauptmann Mag. Dr. Peter Kaiser, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Beate Prettner, die Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Gaby Schaunig, den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Benger, den Herrn Landesrat Holub, den Herrn Landesrat Mag. Ragger, der am Beginn der Sitzung dabei sein wird, sich aber für den weiteren Verlauf der Sitzung entschuldigt! Ich darf auf der Beamtenbank den Stellvertretenden Landes-

amtsdirektor DDr. Matschek begrüßen, den Herrn MMag. Bauer, unseren Landesrechnungshofdirektor, und den Herrn Dr. Primosch vom Verfassungsdienst des Landes Kärnten! Ebenso darf ich begrüßen die anwesenden Bundesräte, die Frau Bundesrätin Ana Blatnik, den Herrn Bundesrat Bürgermeister Günther Novak und den Herrn Bundesrat Bürgermeister Christian Poglitsch! Die Einladung ist Ihnen zeitgerecht übermittelt worden. Gemäß § 44 Abs. 3 K-LTGO mit Art. 21 Kärntner Landesverfassung haben die Antragsteller des SPÖ-Klubs einen Dringlichkeitsantrag betreffend Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds angekündigt. Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich der Abgeordnete Willi Korak, die Abgeordnete Isabella Theuermann, die Abgeordnete Rosalia Kuchling, der Abgeordnete Jakob Strauß, der Abgeordnete Markus Malle und wie schon gesagt, im Verlauf der Sitzung auch der Herr Landesrat Mag. Christian Ragger. Der Landtag ist beschlussfähig. Einem Geburtstagskind zu Beginn des Novembers, nachdem das Datum schon vorbei ist – und wenn ich richtig lese, dann war es ein schöner runder Geburtstag – darf ich besonders gratulieren, der Frau Abgeordneten Mag. Johanna Trodt-Limpl! Alles Gute zum Geburtstag! Ich hoffe, die Feierlichkeiten sind schon beendet! (*Beifall im Hause.*) Ich wünsche weiterhin viel Erfolg und gutes Gelingen bei Ihrer politischen Arbeit hier im Hohen Haus!

Wir kommen nun am Beginn der Sitzung zur Fragestunde.

## Fragestunde

Es liegen zwei Anfragen vor. Die erste Anfrage:

### 1. Ldtgs.Zl. 156/M/31:

#### **Anfrage des Abgeordneten Rutter an Herrn Landesrat Holub**

Ich darf ihn ersuchen, diese Anfrage zu stellen, das Pult ist frei, bitte!

Abgeordneter **Rutter** (TS):

Danke, Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren! Zuhörerinnen und Zuhörer! Der Herr Landesrat Holub hat nicht nur als Spitzenkandidat und Parteiohmann der Grünen angekündigt, innerhalb der Regierung 10.000 Green Jobs zu schaffen, sondern dies auch in seiner Zeit als Landesrat wiederholt. In diesem Kontext folgende Frage:

**Rutter**

Wie viele „Green Jobs“ konnten durch von Ihnen gesetzte Maßnahmen in den Bereichen Umwelt, erneuerbare Energie und Verkehr seit April 2013 direkt geschaffen werden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Holub, ich bitte um Beantwortung dieser Frage!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Dankeschön, Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Herr Abgeordneter Rutter! Abgesehen von Ihrem Job, der eigentlich, wenn man die Genese sieht, auch irgendwie ein grüner Job ist, und der Jobs der Abgeordneten der Grünen hier herinnen und der Job der vielen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ist das mit den Arbeitsplätzen immer so eine Rechenerie. Bei allen Projekten, die man vorher nicht haben wollte und dann doch haben wollte, waren immer die Arbeitsplätze im Vordergrund. Das ist so ein Totschlagargument, „da könnt ihr nie dagegen sein, das sind Arbeitsplätze“. De facto ist es so, dass die Politik – und das ist auch dieser ewige Stehsatz – keine Arbeitsplätze schaffen kann, aber die Politik kann Rahmenbedingungen vorgeben, in welchen sich Arbeitsplätze besser entwickeln, und in dem Fall können wir uns dann gleich die Green Jobs anschauen, weil allein der Energie-Masterplan, der in der Regierung einstimmig beschlossen wurde, von unten nach oben gebaut, aber auch im Landtag einstimmig beschlossen wurde, hat einen Rahmen geschaffen, in dem es möglich ist, erneuerbare Energien mehr in Kärnten zu fixieren und/aber auch Umweltthemen mehr zu fixieren, wenn man jetzt allein an den Klimawandel denkt. Aber auch der Mobilitäts-Masterplan, der das Gleiche vorhat, ist darauf aus, Rahmenbedingungen zu schaffen, wo der öffentliche Verkehr, sprich aber auch elektrifiziert die ÖBB mehr Möglichkeiten haben, hier Arbeitsplätze zu generieren. Wenn man jetzt die gesamten Arbeitsplätze in Kärnten anschaut, und ich glaube, das ist einmal wichtig, dass das alle wissen, würden alle arbeiten, also hätten wir Null Arbeitslose und nicht immer diese 3-Prozent-Quote, wo Vollbeschäftigung gilt, dann hätten wir 226.000 mit Arbeit in Kärnten. Das bei 557.000 Einwohnerinnen und Ein-

wohnern. Das heißt, man sieht schon, wie groß der Anteil der Beschäftigten ist. Wenn man jetzt noch davon ausgeht, dass so wie im Österreich-Durchschnitt 40 Prozent keine Steuer zahlen, dann kann man davon ausgehen, dass von diesen 226.000 – eine ungefähre Hausnummer – 150.000 das restliche Land, sprich mit den Steuern über den Finanzausgleich erhalten.

Aber geschwind zu den Zahlen, die der Martin Rutter hören und wissen will. Öffentlicher Verkehr: In den Jahren 2013 bis einschließlich 2015 sind in Kärnten 750 Millionen Euro zum Teil mit Kostenbeiträgen Kärntens für den Nahverkehr investiert worden in den Neubau und in die Modernisierung sowie in die Instandhaltung von Kärntens Schieneninfrastruktur; regionale Wertschöpfung, Sicherung und Schaffung: ca. 12.700 Arbeitsplätze. Das sieht man jetzt an den Haltestellen Mössingerstraße, Universität und auch barrierefreie Umgestaltung St. Veit – Spittal. Aber da gehört natürlich auch die Koralmbahn dazu, € 60 Millionen war der Anteil von Kärnten, das sind umgerechnet äquivalentmäßig 3.500 Personen. Erneuerbare Energie: Im Bereich der erneuerbaren Energie sind im Zeitraum 2013 bis 2015 rund 830,6 Millionen Euro regionale Wertschöpfung für Neuerrichtung und Instandhaltung aufgewendet worden. Schwerpunkte sind Wasserkraft, Solarenergie und Windkraftprojekte zur Stromerzeugung. Biomasse im Wärmegeschäft sowie Netzausbauten wurden damit finanziert, und das sind ungefähr 7.550 Arbeitsplätze. Insgesamt muss man sagen, dass durch die regionale Wertschöpfung, allein was die Biomasse betrifft, aber auch unsere regionale Ernährung, immer weiter Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist ja nicht so, dass neue Arbeitsplätze immer dazukommen, es ist so, dass immer mehr Menschen arbeiten wollen, und da kommen hauptsächlich Frauen in die - sagen wir einmal - nicht so gut bezahlten Arbeitsverhältnisse, aber die Jobs werden umgeschichtet. Was früher Tankstellenbesitzer waren, sind jetzt teilweise Installateure, die auf Solarkraft setzen und auch Solateure werden. Genauso wie andere Branchen einfach umswitchen auf die Green Jobs. Das heißt, wir werden grundsätzlich immer mehr Green Jobs bekommen und die gehen in die Zehntausende. Wenn man sich allein überlegt, was im öffentlichen Verkehr (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) möglich ist, dass hier die Quote fast 1 : 10 ist und dass das

**Holub**

am Arbeitsplatz am intensivsten ist, wenn wir in den öffentlichen Verkehr investieren. Wie gesagt, versprochen und geschehen. Wir sind das Land in Österreich mit dem höchsten Anteil an erneuerbarer Energie und das gehört auch einmal stolz verkauft! Ich danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Gibt es von Seiten der SPÖ den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Das sehe ich nicht. Bei den Freiheitlichen sehe ich den Wunsch nach einer Zusatzfrage beim Abgeordneten Staudacher. Dann darf ich ihn bitten, diese zu stellen!

Abgeordneter **Staudacher** (F):

Danke, Herr Präsident! Herr Landesrat, mit Verwunderung muss ich Ihren Ausführungen zuhören. Ich möchte da konkret auf etwas eingehen, wo Sie ja recht haben, nämlich diesbezüglich, dass die Politik keinen Arbeitsplatz macht, aber die Rahmenbedingungen dafür schaffen sollte. Ein konkretes Beispiel aus Spittal: Die Firma „Better Air“, die im Zuge ihrer innovativen Tätigkeit die Möglichkeit entwickelt hat, aufgrund der immer mehr steigenden Feinstaubwerte, dies zu reduzieren. Deshalb meine konkrete Frage, Herr Landesrat:

Hier könnten wir 50 Arbeitsplätze schaffen. Warum unterstützen Sie diese Initiative nicht?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte den Herrn Landesrat um Beantwortung!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Abgeordneter Staudacher! Die Firma „Better Air“, die ich schon seit über zehn Jahren kenne, gegründet noch vom alten Vater Markel und mit dem Junior, dann leider Gottes in Konkurs geschlittert, mit dem jetzigen Geschäftsführer und Chef Toni Kluge, die haben ein System erfunden, wo sie durch Absaugung der Luft am Boden, die auch durch den Reifen

aufgewirbelt wird, 10 Prozent des Feinstaubes wieder einsammeln – insgesamt kann man sich das so vorstellen wie einen Staubsauger – und die Luft säubern und die Luft filtern. Das Hauptproblem, das beim Toni Kluge ist, und ich unterstütze ihn gerne in seinen Bemühungen, ich habe ihn auch der Lisa Rucker vermittelt und den Bundes-Grünen, aber auch den ganzen deutschen Grünen, ist das Prinzip, was die technische Universität Graz sagt, dass dieses Fahrzeug einen Großteil vom Feinstaub, das es selber produziert, selber filtert. Das heißt, würde es diese Fahrt nicht geben, hätten wir aber 100 Prozent reduziert von dem Feinstaub, abgesehen von der Aufwirbelung. Jetzt macht dieses System natürlich einen Sinn, wenn ich damit Elektrobusse aber auch Straßenbahnen – und das hat man in Graz damit gemacht – bestücke, weil das per se jetzt nicht unbedingt Fahrzeuge sind, die Fein- oder Grobstaub produzieren und somit als Staubsauger in der Stadt herumsaugen können. Das Feinstaubproblem in Spittal wird leider Gottes mit dem Prinzip von der Firma Kluge nicht gelöst werden, weil wir wissen, dass wir in Spittal irgendwie, auf irgendeine Art und Weise eine Umfahrung brauchen werden. Herr Prof. Knoflacher hat sich ja mit mir dort den Hauptplatz angeschaut. Es ist nicht gescheit, wie bei allen Städten, wenn der Schwerverkehr durch Hauptplätze durchfährt. Das macht nicht das italienische Flair, was wir eigentlich ein bisschen in unseren kleinen Kärntner Südstaaten haben möchten, nämlich Begegnungszonen, wo Menschen zu Fuß gehen, einkaufen können, wenn dann immer ein, sagen wir einmal, nicht mit Feinstaubfilter versehener Brummer durch die Stadt fährt. Wie gesagt, ich wünsche dem Toni Kluge sehr viel Glück, Prosperität! Ich denke, dass seine Firma bei vielen Ansätzen funktionieren wird, vor allem in großen Städten, wo wir Feinstaubprobleme haben. In China wäre er jetzt schon reich, weil dann könnte wieder ein Chinese den anderen sehen. Bei uns in Spittal könnten wir im Moment die Sachen produzieren, aber verkaufen werden wir sie dort müssen, wo die Luft noch dicker ist als bei uns. Ich danke! *(Beifall von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

*(Einwand von Abg. Staudacher.)* Herr Abgeordneter! Es steht Ihnen nicht zu, die Anfragebe-

**Ing. Rohr**

antwortung zu kommentieren. Von Seiten der Grünen habe ich gesehen, dass der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Johann eine Zusatzfrage stellen möchte. Ich bitte ihn, diese zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Landesregierung! Liebe Zuhörer! Lieber Landesrat Rolf Holub! Kannst du uns ein aktuelles Projekt im Zusammenhang mit der Umsetzung von Green Jobs in Kärnten nennen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, bitte um Beantwortung!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Jawohl! Danke, Herr Präsident, für das Öffnen des „Mikroskops“! Danke schön, Herr Abgeordneter Johann, für die Auflage! Wir hatten ja letzte Woche mit dem Christian Benger fast Biomasse-Tage. Wir haben in Kärnten mittlerweile 240 Biomasse-Heizwerke, die Fernwärme betreffend. Eines haben wir in Völkermarkt, zumindest das Richtfest ist eröffnet, es ist bald soweit. Da fehlen noch ein paar Kilometer Leitung. Aber was wir uns angeschaut haben, war das Biomasse-Heizwerk in Krumpendorf. Ich muss sagen, nachdem ich es mir von oben bis unten angesehen habe, bin ich sehr, sehr stolz auf die Menschen, die das errichtet haben, weil hier das innovativste Biomasse-Heizwerk in Kärnten – mindestens! – in Betrieb gegangen ist! Hier hat man sich einfach nicht nur auf die Förderungen verlassen, sondern hier hat man neueste Technik eingesetzt. Wenn man sich dann die Wertschöpfungskette ansieht, dass das Gesamtinvestitionsvolumen in Krumpendorf € 7,2 Millionen hoch ist, kann man sagen, da sind 30 Personen für zwei Jahre vollbeschäftigt. Aber allein durch die Holzbringung, die Logistik und den Betrieb sind fünf Beschäftigte auf Dauer hier! Da sieht man schon, wenn man das mit den 240 Biomasse-Heizwerken verschneidet, wie viele Arbeitsplätze hier nachhaltig und regional in Kärnten möglich sind. Der Christian Benger hat es bewiesen. Es ist genug Holz da für die nächsten 50 Jahre, wir müssen es nur holen. Es

wächst bei uns. Man muss es nicht aus China transportieren, wie in letzter Zeit Faschingskräften. Wir können aus eigener Kraft hier überleben, mehr noch, wir können gute Beispiele geben für ganz Europa. Wie gesagt, wir sind bald bei 55 Prozent erneuerbarer Energie, und wir erzeugen mit Biomasse schon mehr Energie als mit Wasserkraft, Wärme halt, und das ist auch das Wichtige, abgesehen vom Klimawandel, der uns beim Heizen ein bisschen entgegen kommen wird. Wir werden unser Know-how – und das sind eben die Kessel von Ubras, und das sind eben die Kessel von Kohlbach, zwei sind ja in Krumpendorf eingesetzt – auf der ganzen Welt vertreiben, deswegen auch nächstes Jahr unsere Environmental Conference of the Regions, wo 150 europäische Regionen kommen und sich anschauen werden, wie schafft das Kärnten, dass wir fast an erster Stelle in Europa sind. Ich danke! *(Beifall von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Mir ist in der Abfolge der Grundfrage nach Zusatzfragen passiert, dass ich die ÖVP übersehen habe. Ich werde Recht vor Ordnung walten lassen und werde der ÖVP auch die Möglichkeit geben, eine Zusatzfrage an den Herrn Landesrat Holub zur behandelten Anfrage zu stellen. Bitte!

Abgeordneter **Wieser** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landesrat! Es ist natürlich sehr einfach, sich auf bestehende Projekte auszureden. Die Koralmbahn war kein Grund zu sagen, 10.000 neue Jobs, sondern ich glaube, dass solche Ankündigungen natürlich darauf beruhen, dass die Bevölkerung erwartet, dass tatsächlich 10.000 neue Jobs geschaffen werden. Hier ist also die Frage: Die neuen Verordnungen oder die Gesetze, die erlassen wurden aufgrund des Energie-Masterplanes zum Beispiel, wie sehr hat es tatsächlich einen Boom an Windenergie, an neuen Wasserkraftwerken und derlei Dingen gegeben, dass man wirklich davon ausgehen kann, dass diese 10.000 Jobs auch tatsächlich neue Jobs sind?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, Herr Landesrat Holub, um Beantwortung!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wieser! Das mit den Jobs habe ich früher versucht zu erklären, ist immer eine Verlagerung, wenn man von einer Altzeit auf eine Neuzeit umschaltet. Es ist ja nicht so, dass die Jobs dann immer neu geschaffen werden und die alten bleiben, sondern leider Gottes verschwinden für die Menschen, die in fossilen Energieträgersystemen tätig sind, die Jobs. Wir brauchen uns ja nur anzuschauen, und das ist jetzt nicht einmal ein fossiler Energieträger, wie viele Jobs bei den Banken wegrationalisiert worden sind, wie viele Jobs von Computern, von Robotern übernommen werden, wo uns die Menschen vor 100 Jahren versprochen haben, wir werden – ich weiß nicht, ob das so ein Ziel ist – nur mehr zwei Stunden am Tag arbeiten müssen, den Rest werden die Maschinen machen. Ja, ganz das Gegenteil ist passiert. Die Maschinen ersetzen die Menschen und wir müssen schauen, dass wir mit gescheiterten, schlaun Technologien neue Arbeitsplätze anstoßen. Jetzt haben wir natürlich in Europa das Problem, dass die Arbeitskraft auch dort, wo wir unsere Rohstoffe herholen, sehr, sehr billig ist und wir damit nicht mithalten können. Ich nehme nur einmal zum Beispiel das Pflegesystem her: Würde man sich in Kärnten eine 24-Stunden-Pflege leisten wollen, zahlt man um einiges mehr, als man slowakischen oder rumänischen Pflegerinnen zahlt. Das heißt, ich habe jetzt Einzelunternehmerinnen, die, sage ich einmal, in wochenlanger Arbeit von ihrem alten Beruf umgeschult worden sind zur 24-Stunden-Pflege und die arbeiten bei uns, obwohl wir den Bedarf haben. Das heißt, wir können volkswirtschaftlich nicht unsere eigenen Menschen verwenden, die in der Pipeline wären, weil die in unserem System zu teuer sind und diese Länder in einem halbglobalisierten Europa einfach Länder sind, die viel, viel billiger wegkommen. Bei den Green Jobs kann man sagen, dass wir an die 80 Windparkprojekte in der Pipeline haben, und das ist von der Fertigung bis zur Aufstellung doch eine enorme Geschichte. Dass das etwas länger dauert durch unser Rechtssystem, das uns zwischendurch mit den UVP-Prüfungen und den

Einsprüchen nicht nur bürgerinitiativenmäßig, sondern wie man jetzt auch in Villach und in Finkenstein weiß, gewisse Projekte einfach nach hinten verschiebt und dann nicht mehr so wirtschaftlich macht, ja, das dauert eine Zeit lang, aber das ist auch der Rechtsstaat. Trotzdem haben wir mit der Windparkstandorte-Verordnung und mit der Evaluation derselben 80 Projekte festgemacht, die möglich sind und die werden auch kommen. Natürlich haben auch die Biomasse-Heizwerke – weil Krumpendorf hat es, glaube ich, noch nicht gegeben bevor wir in der Regierung waren – natürlich haben fast alle am Energie-Masterplan – und ich kann sagen, dass ich mit allen, die dort ansässig sind, es ist ja auch ein Firmensitz dort, in Kontakt war und fast alle haben am Energie-Masterplan mitgearbeitet. Das ist doch ein Zeichen, dass wir alle gleichgeschaltet sind, und das war vorher nicht so. Da hat man sich konkurrenziert. Wenn man sich die Situation in Klagenfurt anschaut, weiß man, dass hier immer noch verschiedenste Stakeholder – auch vegetarische – gegeneinander arbeiten, um kein Heizwerk gemeinsam zusammenzubringen. Das ist nicht der Sinn und Zweck der Sache. Da muss man schon auch ein bisschen den Bund in die Pflicht nehmen mit der Ökostrom-Förderung, weil wenn hier allein € 160 Millionen Förderungen ausgeschüttet werden und das Geld doch ziemlich an erster Stelle steht vor dem Sinn, der hier entsteht und zwischendurch wird dann mit Holz wahrscheinlich Strom erzeugt und die Wärme im Sommer in die Luft gelassen, da lobe ich mir lieber die dänischen Systeme! Und auch das werden wir gehen mit dem Kollegen Hafner, der das in Krumpendorf gebaut hat, dass wir nämlich große Flächen mit Wasser befüllen können, mit Folie auslegen und als Puffer für Warmwasser verwenden können. In Dänemark heizen sie 50 Prozent von den Städten mit diesen Systemen. Das schafft auch Arbeitsplätze, ob das die Baufirmen sind oder andere, die hier in der Logistik tätig sind. Aber die Kollegin Schaunig hat es mir herüber geflüstert, wir vergessen ganz unsere eigenen Leistungen, wenn wir uns jetzt die Wohnbauförderung anschauen, wo wir in die Offensive gehen bei der thermischen Sanierung. Aber auch die Regierung bekommt jetzt Photovoltaik aufs Dach. Das ist schön, wenn man einmal eines aufs Dach kriegt, was gut ist. Ich kann an die 200, 300 Projekte aufzählen, wo wir das auch mit Förderungen anstoßen. All diese Sachen würde es nicht ge-

**Holub**

ben, würden wir vom Land nicht fördern, würden wir die Bundesförderung nicht kriegen und würden wir die EU-Förderung nicht kriegen. Somit glaube ich schon, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich bitte einfach alle, nicht unser Land immer schlechtzureden! Wir sind viel besser als wir es glauben! Danke! (*Beifall von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Es hat der Anfrager noch den Wunsch nach einer Zusatzfrage. Dann bitte ich ihn, diese zu stellen!

Abgeordneter **Rutter** (TS):

Danke, Herr Präsident! Ja, sehr gerne! Nachdem der Herr Landesrat Holub jetzt die Möglichkeit gehabt hat, auf einige Fragen sehr viel zu antworten, stellt sich prinzipiell folgende Frage, und zwar unter dem Strich zählen die Fakten. Das heißt, wenn man sich die AMS-Statistik anschaut, April 2013 23.330 Arbeitslose, April 2015 25.615 Arbeitslose, unter dem Strich 2.300 Arbeitslose mehr! Sie haben zusätzliche 10.000 Green Jobs versprochen. Jetzt haben Sie auf die Zusatzfrage vom Michael Johann geantwortet mit einem Beispiel von fünf Arbeitsplätzen, die Sie geschaffen haben, (*Vorsitzender: Bitte, zur Frage zu kommen! Sie haben nicht die Antworten des Herrn Landesrates zu kommentieren! Bitte!*) deswegen stellt sich die Frage:

Wo sind denn dann die 9.995 restlichen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, bitte um Beantwortung!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Kollege Rutter! Ja, ich weiß die Polemik zu schätzen. Es ist, und ich muss wieder dort anfangen, ein System im Umbruch, wo wir im Jahr in Kärnten 1 Milliarde Euro ausgeben, wo von fossiler Energie auf erneuerbare Energie umgeschaltet wird. Das heißt nicht, dass der Tankwart, der vorher Öl verkauft hat, wenn

es kein Öl mehr gibt, immer noch Tankwart bleibt, sondern er muss umgeschult werden zum Energieberater. Auch das ist Arbeit. Und wenn man sich die Entwicklung bei den Energieberaterinnen und Energieberatern anschaut, dann sieht man, dass allein die KELAG sehr, sehr viele in ihrem Werk hat und die Gemeinden berät, aber auch wir von Landesseite eine eigene Energieberatungsstelle eingerichtet haben, dass wir mit dem ehemaligen Verein energie:bewusst sehr, sehr viel Basis und Bewusstseinsarbeit leisten. Ich lasse mir das einfach nicht kleinreden, wenn da nur fünf Arbeitsplätze sind! Allein der fest bekämpfte, mit Hellebarden die Reifen aufgeschlitzte Bus nach Ljubljana/Laibach hat seine 8 bis 12 Arbeitsplätze, wo einige Familien davon leben und die Wertschöpfung in Kärnten bleibt. Diese hat es vorher alle nicht gegeben. Das kann man bei jedem neuen öffentlichen Verkehr, bei jedem Meter von der Schiene von den ÖBB sagen. Würden wir mit ihnen nicht zusammenarbeiten, hätten wir nicht in der Bauwirtschaft als einziges Bundesland einen Zuwachs. Bei allen Bauten, die wir extra nach Kärnten holen, bei der Lawinverbauung, Wildbachverbauung, aber auch bei den Wasserschutzprojekten, wo wir das größte Wasserschutzprojekt im Bereich vom Zollfeld haben, das es in Österreich je gegeben hat, auch da sind hunderte Arbeitsplätze von der Bauwirtschaft drinnen. Das ist eben das, was wir anstoßen mit diesen Projekten, und das sind genug! Ich kann Ihnen Listen geben mit Arbeitsplätzen, die es vorher nicht gegeben hat. Leider Gottes sind das die Listen mit den Arbeitsplätzen, die wegrationalisiert worden sind. Und auch das betrifft ein Land in der Krise, wenn es keine Kredite vom Bund bekommt. Natürlich ist das nicht lustig, weil wir kein Wirtschaftswachstum haben. Aber das ist seit 2008 in ganz Europa so. Das hat nicht der Holub verursacht und schon gar nicht die erneuerbare Energie, weil die wird ihren Weg fortsetzen, ob wir mit diesem Bus fahren oder nicht. (*Beifall von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Ich darf noch nachträglich auch die Medienvertreterinnen und -vertreter der Kärntner Medien begrüßen! Ich darf natürlich auch jene begrüßen, die unsere Sitzung via Livestream mit verfolgen und auch

**Ing. Rohr**

einige interessierte Zuhörer! Sehr herzlich willkommen bei unserer Landtagssitzung! Ich darf nun zur 2. Anfrage kommen:

**2. Ldtgs.Zl. 157/M/31:****Anfrage des Abgeordneten Mag. Schalli an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettner**

Bitte, Herr Abgeordneter, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Schalli**:

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Derzeit werden in Kärnten hauptsächlich Fachärzte und keine praktischen Ärzte ausgebildet. Dies wird absehbar dazu führen, dass in den nächsten zehn Jahren Landarzt-Praxen aufgelassen werden müssen, Patienten mit der Rettung in die Spitäler gebracht werden müssen, um dort behandelt zu werden, was natürlich einen erheblichen Mehraufwand bedeuten wird. Daher meine Frage an Sie, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettner:

Welche Maßnahmen setzen Sie als Gesundheitsreferentin, um dem Mangel oder dem erwarteten Mangel an Landpraxen entgegenzuwirken?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Ihre Beantwortung!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettner** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Werte ZuhörerInnen auf der Tribüne! Einleitend darf ich festhalten, dass das Regierungsmitglied, auch das für Gesundheit zuständige Regierungsmitglied kein direktes Eingriffsrecht hat bei der Vergabe von Kassenstellen, denn das ist eine Autorität, die zwischen der Ärztekammer und der Gebietskrankenkasse im Einvernehmen gelöst wird. Ich möchte aber an dieser Stelle auch erwähnen, nämlich aus der aktuellen Ärztezeitung der Ärztekammer Kärnten, dass es derzeit in Kärnten den Ärzte-Höchststand in der Geschichte dieses Bundeslandes gibt, nämlich mit 2513 ordentli-

chen Kammerangehörigen, 635 außerordentlichen, Kammerangehörige insgesamt 3.148. Für den niedergelassenen Bereich bedeutet das, dass im niedergelassenen Bereich 408 Fachärzte und 404 Ärzte für Allgemeinmedizin tätig sind. Das heißt, wir profitieren jetzt von einer Situation, die das Bildungssystem vor 30, 40 Jahren eingeleitet hat, dass man nämlich den freien Studienzugang zu Studien wählen konnte und es in der Zeit der 70er-, 80er-Jahre genügend motivierte junge Menschen gegeben hat, die sich für das Medizinstudium entschieden haben. Deshalb bin ich auch der festen Überzeugung, dass der Zugang zum Medizinstudium auch jetzt wieder freigegeben werden muss, damit die jungen, motivierten Menschen auch ihre Berufswahl dementsprechend auswählen können und nicht durch Zugangsbeschränkungen von diesem Beruf ferngehalten werden. Das habe ich schon in mehreren Gremien auch immer wieder kundgetan. Für mich ist das etwas, was ich ständig wiederhole, denn wir müssen den Zugang zu diesem Studium unbedingt wieder frei zugänglich machen, damit wir für die Zukunft sorgen können und genügend ausgebildete Ärztinnen und Ärzte haben. Derzeit ist das nicht der Fall, wir müssen uns an die Rahmenbedingungen halten, und so haben wir im Bundesland Kärnten eine Maßnahme gesetzt, um möglichst vielen jungen Menschen die Möglichkeit zum Medizinstudium zu erleichtern. Wir haben hier auch im Konsens und in Kooperation mit dem Landesschulrat eine Initiative gesetzt, dass wir jährlich einen Vorbereitungskurs, der gratis ist, für jene jungen Menschen zur Verfügung stellen, die das Medizinstudium erwägen und die Medizin studieren möchten. Dieser Vorbereitungskurs findet von Jänner bis März statt, und wir bereiten hier diese jungen Menschen auf die Prüfungssituation vor und geben ihnen Inhalte mit, zeigen ihnen gezielt, in welche Richtung die Erfordernisse gehen, die bei diesen Prüfungen abgefragt werden. Und wir haben hier schon gute Erfolge, wir konnten den Zugang der Kärntnerinnen und Kärntner mit dieser Maßnahme steigern. Aber darüberhinaus haben wir im Bundesland Kärnten auch eine Servicestelle für junge Medizinerinnen und Mediziner eingerichtet, um sie bereits vor dem Studium, während des Studiums und nach dem Studium zu begleiten, zu beraten und ihnen auch die Perspektiven aufzuzeigen, die sie haben, ihnen auch gewisse Dinge zu ermöglichen, indem wir sie bei Doktorarbeiten unterstützen

**Dr. Prettnner**

oder indem wir sie auch servicieren, was das Wohnen und was Kinderbetreuung betrifft. Also auch hier eine Einrichtung, um junge Medizinerinnen und Mediziner zu motivieren. Andererseits ist es für Sie wahrscheinlich auch nicht neu, dass es eine Ausbildungserneuerung gegeben hat, was die Ärzteausbildung betrifft. Das heißt, hier werden sich die Medizinerinnen und Mediziner hinkünftig viel früher dafür entscheiden müssen, in welche Fachrichtung sie gehen, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) ob sie sich nämlich für eine Facharztausbildung entscheiden oder ob sie im Bereich der Niederlassung im Bereich der Allgemeinmedizin tätig werden wollen. Das heißt, hier wird es viel früher die Spezialisierung geben und letztendlich auch die Entscheidung der jungen Kolleginnen und Kollegen, sich für die Niederlassung zu entscheiden. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Gibt es von Seiten der SPÖ den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Das sehe ich bei der Frau Abgeordneten Rohrer. Bitte sie, diese Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dem niedergelassenen Bereich kommt eine große Bedeutung zu bei der Gesundheitsversorgung, und natürlich spielen da Arztpraxen eine Rolle.

Aber welche Bedeutung kommt den PHC-Modellen, Primary-Health-Care-Modellen zu, sind die eine Möglichkeit, um die Versorgung besser aufrecht zu erhalten?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, um die Beantwortung!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Geschätzte Frau Kollegin! Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie diese Frage gestellt haben, denn diese Frage wird auch die zukunftsentscheidende Frage sein, ob die Versorgung im Bereich außerhalb der Krankenanstalten in Zukunft zu gewährleisten ist, nämlich zu gewährleisten ist in einem Zeitumfang, der den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Diese PHC-Modelle, wie sie genannt werden, sind Erstversorgungszentren, die gemeinsam von MedizinerInnen und in Gesundheitsberufen Tätigen bewerkstelligt werden sollen und die aufgrund ihrer attraktiven Öffnungszeiten ein besonderes Angebot darstellen, nämlich ein Angebot, im Bereich des Extramuralen, also im Bereich außerhalb der Krankenanstalten versorgt zu werden. Das ist nämlich derzeit das große Manko, das wir im ärztlichen Bereich der Niederlassungen haben, dass die Verträge vor allem darauf ausgerichtet sind, nur einmal pro Woche nachmittags Ordination zu haben bzw. am Wochenende – der Freitag ist hier der Schlüsseltag – Dienste schwierig zu besetzen sind und oft nicht gewährleistet ist, dass die Arzt-Ordinationen von Patientinnen und Patienten frequentiert werden können. Dass dieses Modell ein gutes Modell ist, wird ebenfalls in der letzten Ausgabe der Kärntner Ärztezeitung beschrieben, denn es gibt bereits ein Modell. Und da muss man sagen, dieses Modell gibt es außerhalb der gesetzlichen Grundlage, die derzeit in Erarbeitung ist für diese PHC-Modelle in Wien-Mariahilf, die gemeinsam mit der Sozialversicherung, der Stadt Wien und der Ärztekammer bespielt wird. Und hier wird von Seiten der Medizinerinnen und Mediziner auch gelobt, dass sie den PatientInnen neue Services bieten können und trotzdem den Vorteil des Hausarzt-systems bewahren können. Das Attraktive an diesem Modell, wird hier zitiert, ist dass 50 Stunden pro Woche, von Montag bis Freitag und auch am Samstag, an Tagesrandzeiten Angebote bestehen, dass Patientinnen und Patienten diese Erstversorgungszentren aufsuchen können. Und der Vorteil, den die Mediziner dabei sehen ist, dass es familienfreundlich gestaltet werden kann. Das heißt, dass hier in Absprache mit den Kolleginnen und Kollegen der Dienst vereinbart werden kann, berechenbare Dienstzeiten gewährleistet sind und letztendlich auch die Lebensqualität der Medizinerinnen und Mediziner

**Dr. Prettnner**

dadurch steigt. In dieses Kernteam in Mariahilf ist auch diplomiertes Pflegepersonal sowie medizinische Ordinationsassistenten, eine Sozialarbeiterin, eine Psychotherapeutin eingebunden, naheliegend ist ein Labor und ein Röntgen vorhanden. Das heißt, hier ist eine Servicierung auch für die Patienten sehr einfach zu bewerkstelligen, und die Qualität dieser Versorgung ist sehr hoch. Der Zustrom zu diesem Modell ist sehr, sehr intensiv. Man hört, dass die Patienten dieses Angebot sehr, sehr gerne annehmen. Und so arbeiten wir auch in Kärnten daran, so ein Modell umzusetzen. Wir warten noch auf die gesetzliche Grundlage für ein PHC-Modell, jedoch wenn wir diese Grundlage nicht haben, werden wir auch versuchen, in Kooperation mit diesen Institutionen so wie in Wien ein derartiges Modell in Kärnten auf die Beine zu stellen, denn damit können wir die Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherlich viel besser bewerkstelligen und das Angebot diesbezüglich deutlich erweitern. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich frage: Gibt es von Seiten der Freiheitlichen den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Das sehe ich nicht. Bei der ÖVP sehe ich das sehr wohl. Die Frau Abgeordnete Karin Schabus hat das Wort. Bevor sie allerdings das Pult freigeschaltet bekommt, darf ich den Herrn Bürgermeister Windbichler mit einer Delegation aus dem Lesachtal sehr, sehr herzlich auf unserer Zuhörergalerie begrüßen! *(Beifall im Hause.)* Und auch der Herr Landesrat Köfer war zwischenzeitlich auf der Regierungsbank vertreten, und ebenso begrüßen darf ich den Leiter der Finanzabteilung, Dr. Horst Felsner! Bitte jetzt um die Zusatzfrage!

Abgeordnete **Ing. Schabus** (ÖVP):

Werter Präsident! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Liebe Kollegen! Junge Mediziner bekommen den besten Einblick in die umfangreiche Arbeit von Landärzten, wenn sie einen Teil ihrer Ausbildung bei Landärzten verbringen. Für uns im ländlichen Raum ist es extrem wichtig,

diese Praxen zu erhalten. Und an meinem Beispiel: Ich brauche ungefähr eine Dreiviertelstunde, um mein nächstgelegenes Krankenhaus zu erreichen. Deshalb meine Frage:

Wie viele Medizinstudenten nehmen während ihres Studiums die Möglichkeit wahr, in einer Landarztpraxis zu praktizieren und welche Anreize haben Sie dazu gesetzt, damit junge Mediziner einfach Motivation bekommen, diesen herausfordernden Beruf als Landarzt anzunehmen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Beantwortung!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie haben mich gefragt, wie viele Medizinstudenten von diesem Angebot Gebrauch machen, mit Ärztinnen und Ärzten im niedergelassenen Bereich mitzufahren, ihre Tätigkeit während des Studiums ausüben? Dazu liegen mir keine Daten vor, das wird vermutlich sehr, sehr individuell gestaltet. Aber ich kann Ihnen etwas beantworten, wo wir als Bundesland Kärnten als Vorreiter hervorgegangen sind. Wir haben nämlich vor zwei Jahren, was die Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern, die ihr Studium abgeschlossen haben und die die Ausbildung in Kärnten begonnen haben betrifft, ein Konzept erarbeitet, das durchaus beispielgebend ist. Wir haben gemeinsam mit der Ärztekammer, mit der KABEG und mit dem Land Kärnten das Modell erarbeitet, dass diese jungen Kolleginnen und Kollegen eine Perspektive haben, einen Zeitrahmen haben, in dem ihre Abfolge der Fächerauswahl ganz klar festgelegt wird, in denen auch die Tätigkeit sehr genau festgelegt wird, dass sie nämlich vor allem bei den Visiten, bei medizinischen operativen Tätigkeiten dabei sein können, dass sie auch entlastet werden von Seiten des Pflegepersonals, was Routinearbeit betrifft. Und hier wurde ganz klar festgelegt, in welcher Reihenfolge die Abfolge Fächerauswahl, die sie im Laufe ihrer Ausbildung zu absolvieren haben, erfolgen soll. Was dabei auch mit festgelegt wurde, und das ist

**Dr. Prettner**

durchaus bemerkenswert, dass wir diesen jungen Kolleginnen und Kollegen auch ermöglicht haben, dass sie ihre Tätigkeit auch außerhalb der Krankenanstalten, nämlich bei einem Arzt oder einer Ärztin ihrer Wahl ausüben können und das finanziert bekommen über die Öffentlichkeit, dass sie diese Erfahrung auch sammeln können. Aber darüber hinaus haben wir diesen jungen Ärztinnen und Ärzten auch ermöglicht, dass sie im Rahmen ihrer Ausbildung Fortbildungen konsumieren können, nämlich gratis konsumieren können, die da betreffen die Notfallausbildung und die Schmerztherapien. Und ich glaube, wenn wir diesen jungen Kolleginnen und Kollegen dieses umfassende Paket an einer Bildungssicherheit, an einer Fortbildung ermöglichen, dann geben wir ihnen auch das beste Rüstzeug mit und die Sicherheit, in diesen Ordinationen, die zukünftig besetzt werden sollten, auch dementsprechend verantwortungsvoll und mit Sicherheit und Umsicht zu agieren. Und dieses Angebot, das eben vom Lande Kärnten gemeinsam mit der KABEG gemacht wird, wird sehr gerne angenommen. Vor allem von jenen Kolleginnen und Kollegen, die in Erwägung ziehen, relativ schnell auch in eine Praxis zu gehen. Aber was aus meiner Sicht auch ganz wesentlich ist, ist dass wir die Reihungskriterien, die von Seiten der Ärztekammer festgelegt werden, auch dementsprechend attraktiv gestalten, dass diese jungen, motivierten Kolleginnen und Kollegen möglichst bald in die Praxis kommen. Denn derzeit ist es so, dass wir viele Ärztinnen und Ärzte ausbilden, sie in Spezialisierungen ausbilden, sie teilweise 20 Jahre bereits in Krankenanstalten gearbeitet haben und erst aufgrund des zeitlichen Faktors, der derzeit bei der Reihung einen so hohen Stellenwert hat, ihnen erst mit ca. 50 Jahren die Möglichkeit gegeben wird, in eine Praxis zu gehen. Aus meiner Sicht ist das zu spät. Wir müssen die jungen, motivierten Kolleginnen und Kollegen, die eben sehr gut ausgebildet sind, relativ schnell in ihre Ordinationen bringen, wo sie dann ihre Zukunft gestalten wollen, wo sie dann ihre Tätigkeiten, für die sie sehr gut ausgebildet werden, auch dementsprechend ausbilden können. Das heißt, hier wird es eine umfassende Änderung auch der Reihungskriterien von Seiten der Ärztekammer geben müssen, um diesen Beruf auch so attraktiv zu machen, dass junge, motivierte Kolleginnen und Kollegen ihre Tätigkeit in der Niederlassung ausüben können. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Von Seiten der Grünen hat der Dr. Lebersorger auch den Wunsch nach einer Zusatzfrage. Dann darf ich ihn bitten, diese zu stellen!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettner! In Deutschland gibt es ein Modell für Ärzte, für AllgemeinmedizinerInnen in abgelegenen Gebieten, die wenig attraktiv sind, um dort Ärzte hinzubekommen. Und zwar ist das so, dass diese Kassenstellen nicht an Personen, sondern an Gemeinden vergeben werden, die dann einen, zwei oder drei Ärzte anstellen können. Das hat den Vorteil, dass auch junge Ärzte, die sich noch nicht festlegen wollen, in irgendeinem Tal den Rest ihres Lebens zu verbringen oder für ÄrztInnen, die noch eine Familienplanung vor sich haben oder sehr junge Ärzte, die in einem Team arbeiten wollen, dort arbeiten können auf eine bestimmte Dauer und ohne, dass sie zuerst einmal einen großen Kapitaleinsatz haben. Wäre das eine Möglichkeit? Ich weiß, dass Sie nicht die Sozialversicherung sind, aber Sie haben doch einen nicht unerheblichen Einfluss auf das Sozialsystem hier in Kärnten.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Beantwortung!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettner** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Natürlich sind Modelle, die zu einer Attraktivierung der Niederlassung der Ärztinnen und Ärzte beitragen können, für die Zukunft sehr, sehr wichtig, denn wir werden vor allem in einem Land wie Kärnten, das sehr ländlich strukturiert ist, genau diese Maßnahmen auch andenken müssen, wie wir es zustande bringen, dass unsere Bevölkerung vor allem in entlegenen Gebieten dementsprechend gut versorgt wird. Das ist eine Möglichkeit, dass wir das über die Gemeindestrukturen möglicherweise in Zukunft auch mitentscheiden und mitfinanzieren werden, um Ärztinnen und Ärz-

**Dr. Prettnner**

ten diese Möglichkeit, im ländlichen Bereich tätig zu sein, auch zu bieten. Derzeit stellt eine ganz wesentliche Motivation für ÄrztInnen im ländlichen Bereich auch die Führung von Hausapotheken dar. Das heißt, hier gibt es die Möglichkeit, zusätzliche Einnahmen zu lukrieren. Wir haben diesbezüglich in der Gesundheitsreferenten-Konferenz einen gemeinsamen Beschluss gesetzt, um hier, was die Versorgung mit Medikamenten im ländlichen Raum betrifft, auch eine Möglichkeit zu schaffen, dass die ländliche Bevölkerung sehr gut versorgt wird. Aber die Hauptverhandler in diesem Bereich sind derzeit die Sozialversicherung und die Ärztekammer. Ich habe auch schon angeregt bezüglich der Reihungskriterien, dass hier neue Anreize geschaffen werden müssen, um die jungen Ärztinnen und Ärzte in die Niederlassung zu bringen. Wir werden uns möglicherweise noch viele Modelle überlegen müssen, um für die Zukunft, wenn es wirklich zu Engpässen kommen sollte, hier Modelle in der Niederlassung zu entwickeln, die für junge Kolleginnen und Kollegen attraktiv sind, um in Gemeinden, die nicht viele Einwohner haben, auch tätig zu sein. *(Abg. Dr. Lebersorger: Danke! – Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Dann gibt es noch die Möglichkeit für den Anfragersteller, eine Zusatzfrage zu stellen. Ich bitte ihn, diese zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Schalli**:

Danke, Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, allein aus den Wortmeldungen der Kollegen Abgeordneten zu diesem Thema glaube ich, Ihre Kompetenz im Bereich der Sozialversicherung und auch der Arbeiterkammer ist doch erheblich größer, als Sie es hier immer wieder darstellen. Denn es gibt ja sehr wohl auch über die Gesundheitsplattform die Beeinflussungs- bzw. Partizipationsmöglichkeit. Deshalb noch einmal konkret meine Frage. Wenn Jungärzte Streiks anstrengen müssen, um ihre Ausbildung zu gewährleisten auf der einen Seite, auf der anderen Seite Kurse gemacht werden auf der Uni, um Jungärzten überhaupt den Zugang zum Universitätsstudium Medizin zu ermöglichen,

wo ja nicht die Ursache damit behoben wird, noch einmal meine konkrete Frage:

Welche Rahmenbedingungen in diesem Zusammenhang werden Sie setzen, um das Gesundheitswesen, insbesondere in dem Fall die Ausbildung der Kärntner Ärzte und Jungärzte und auch deren Unterkommen in den entsprechenden Positionen in den Krankenhäusern in Zukunft zu gewährleisten?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Das waren jetzt mehrere Fragen in einer Frage, aber ich bitte trotzdem bestmöglich um Beantwortung, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, ich korrigiere Sie nur sehr ungern, aber ich möchte die Arbeiterkammer aus diesem Prozess der Vergabe von Arztpraxen herauslassen. Sie haben nämlich die Arbeiterkammer erwähnt. Tatsache ist, dass die Ärztekammer und die Sozialversicherung im Einvernehmen die Besetzung von Kassenarztstellen durchführen. Eingangs habe ich bereits erwähnt, dass diesbezüglich in Kärnten meines Wissens derzeit nur eine einzige Kassenstelle in Frage steht. Das ist eine strittige Kassenstelle, einen Röntgenologen betreffend. Hier ist das Bundesverwaltungsgericht derzeit am Zug, eine Entscheidung zu treffen. Alle anderen derzeitigen Kassenpraxen sind besetzt. Es gibt diesbezüglich auch kein Problem bei der Nachbesetzung. Das ist der derzeitige Stand.

Aber ich habe schon erwähnt, für die Zukunft werden wir hier attraktive Modelle finden müssen und vor allem deshalb finden müssen, weil sich die Einstellung, was die Work-Life-Balance der Ärztinnen und Ärzte betrifft, wesentlich geändert hat, dass sehr viele Ärztinnen und Ärzte Eltern sind und ihre Elternschaft auch leben müssen. Das heißt, wir werden auf diese Arbeitszeiten im niedergelassenen Bereich Rücksicht nehmen müssen. Wir werden bei der Führung von Kassenstellen im niedergelassenen Bereich auf neue Modelle zurückgreifen müssen, um auf Anforderungen, die im Laufe eines Le-

**Dr. Prettnner**

bens entstehen, sei es die Betreuung von Kindern, sei es die Pflege von Angehörigen, hier Rücksicht zu nehmen. Ein wesentlicher Punkt sind hier Modelle, wo sich mehrere Ärztinnen und Ärzte eine Stelle teilen können. Das heißt, wir werden hier verschiedenste Modelle diskutieren müssen, um die Rahmenbedingungen für diesen Beruf so attraktiv zu gestalten, dass letztendlich die Versorgung der Bevölkerung gewährleistet ist, nämlich die Versorgung in einer hohen Qualität - das setzt eine gute Ausbildung voraus - und die Versorgung, was die zeitliche Ressource betrifft, nämlich dass wir Öffnungszeiten von Ordinationen oder Erstversorgungszentren haben, die dementsprechend attraktiv sind, dass sie von der Bevölkerung auch angenommen werden können. Dieses Ziel müssen wir erreichen. Das heißt, wir sind jetzt in einem Prozess. Hier arbeiten wir in der Zielsteuerung im Land Kärnten auch steuernd, hier haben wir auch die Anregungen in unseren Arbeitspunkten, die wir für das Jahresarbeitsprogramm hier vorgeben, dass wir diese Modelle in Zukunft erarbeiten. Wir werden alle Anregungen, die es gibt und auch alle Modelle, die es gibt, anschauen. Vor allem müssen wir es jetzt gewährleisten, dass wir im Rahmen unserer Planungen die Versorgung der Menschen mit Erstversorgungszentren gewährleisten. Das ist nämlich ein wichtiger Punkt in unserer Gesundheitsreform, die wir umsetzen wollen, nämlich vor allem deshalb, weil wir auch wollen, dass die Patientinnen und Patienten nicht ausschließlich auf Krankenanstalten angewiesen sind, wenn sie eine Versor-

gung brauchen, sondern dass diese Versorgung, wenn es möglich ist, auch außerhalb der Krankenanstalten angeboten wird. Das heißt, wir sind hier im Gesundheitsbereich in einem sehr, sehr dynamischen Prozess und entwickeln natürlich auch neue Modelle, die die Versorgung der Kärntner Bevölkerung noch einmal ein Stück besser machen soll, verbessern soll und hier die hohe Qualität der Gesundheitsversorgung auch für die Zukunft aufrecht erhalten wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Wir haben heute erleben können, dass wir die Fragestunde mit zwei Anfragen fast zur Gänze aufgrund des großen Informationsbedarfes, der bei den Abgeordneten bestanden hat, ausgeschöpft haben. Ich darf mitteilen, dass wir keine Aktuelle Stunde haben. Nachdem die Einladung zu dieser Landtagssitzung erst am Dienstag-Nachmittag ergangen ist, war es nicht möglich, die 48-Stunden-Frist für das Einbringen von Dringlichkeitsanfragen einzuhalten, daher gibt es heute keine Aktuelle Stunde. Ich darf darauf hinweisen, dass wir nun 13.57 Uhr haben. Das heißt, um 14.57 Uhr endet die Frist für das Einbringen von Dringlichkeitsanträgen und Dringlichkeitsanfragen. Wir kommen nun zur Behandlung der vorliegenden

## Tagesordnung

### 1. Ldtgs.Zl. 62-16/31:

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität zum selbständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend das Gesetz, mit dem der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds eingerichtet wird  
./ mit Gesetzentwurf**

Als Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Kuchling im Ausschuss gewählt worden. Nach-

dem sie sich heute entschuldigt hat, darf ich den Ausschussvorsitzenden, Abgeordneten Bürgermeister Andreas Scherwitzl, ersuchen, zu diesem Tagesordnungspunkt zu berichten! Technische Panne, jetzt geht es! *(Der Vorsitzende aktiviert das Mikrofon.)*

Berichterstatter Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Der vorliegende Gesetzentwurf regelt

**Scherwitzl**

die Einrichtung eines sogenannten Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds, mit dem die Haftungs- und Schuldentitel der Hypo bzw. HETA erworben werden sollen und in weiterer Folge eine Einigung mit den Gläubigern erzielt werden soll. Er soll Rechtssicherheit herstellen für das Land Kärnten, aber nicht nur für das Land, sondern auch für die Kärntner Landesholding. Er soll entsprechende Papiere ankaufen, verwalten und gegebenenfalls verwerten. Mit diesem Gesetz sollen die rechtlichen Grundlagen für die Einrichtung dieses Rechtsträgers geschaffen werden. (*Abg. Trettenbrein: Genau das Gegenteil ist der Fall!*) Die Rechtsform eines Fonds wurde deswegen gewählt, weil der Landesgesetzgeber nur die Kompetenz, die verfassungsrechtliche Kompetenz zur Schaffung einer solchen Fonds hat und damit eine öffentlich-rechtliche Körperschaft schaffen kann, aber keine Kompetenz zur Schaffung von Sondergesellschaften hat. Ein eigenes Gesetz ist deswegen notwendig, weil mit dem Kärntner Stiftungs- und Fondsgesetz nicht das Auslangen gefunden wird, weil dieser neu zu schaffende Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds weder gemeinnützige noch mildtätige Zwecke erfüllen soll. In weiterer Folge wird der Fonds mit Organen eingerichtet. Die bestehen aus zwei Vorstandmitgliedern und einem Kuratorium, wobei das Kuratorium aus fünf Mitgliedern bestehen soll. Das Vorschlagsrecht für eines dieser Mitglieder kommt dem Finanzministerium zu. Ernannt werden die Mitglieder des Kuratoriums durch die Landesregierung, die Vorstände in weiterer Folge durch das Kuratorium. Das war es im Wesentlichen.

Ich kann ankündigen, dass noch ein Abänderungsantrag folgt zum § 17 Abs. 5 Ziffer 6 bzw. Ziffer 8. Wenn Sie sich die Unterlage zur Hand nehmen, hier wurde auf den § 24 verwiesen. Der § 24 dieses Gesetzes regelt jedoch das Geschäftsjahr. In Wahrheit muss die Verweisung auf den § 23 in der Ziffer 6 Abs. 3 und in der Ziffer 8 auf § 23 Abs. 6 lauten. Beim nochmaligen Korrekturlesen ist dieser Fehler aufgefallen. Ich darf dann dem Herrn Präsidenten diesen Abänderungsantrag aushändigen. Zum Zweiten: Im § 3 ist ein Verweis auf das Bundesgesetzblatt enthalten, mit dem das Finanzmarktstabilitätsgesetz eingerichtet wurde. Dieses Bundesgesetzblatt ist noch nicht erlassen. In weiterer Folge wird die Ziffer dieses Bundesgesetzblattes bei der Kundmachung des Gesetzes heute erst be-

schlossen werden und in Entsprechung des Artikels 35 Abs. 3b der Kärntner Landesverfassung und in Entsprechung des Kärntner Kundmachungsgesetzes durch den Landeshauptmann ergänzt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist beantragt. Als Erster zu Wort gemeldet in der Generaldebatte hat sich der Abgeordnete Prof. Dr. Hartmut Prasch. Ich darf ihn um seinen Debattenbeitrag dazu bitten!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Vertreterinnen auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Werte Medienvertreter! Um den heute zu treffenden Beschluss des Kärntner Landtages richtig einzuordnen, muss gesagt werden, dass wir hier und jetzt eine Hülle oder eine Fassade für eine mögliche Lösung bzw. den Teil einer Lösung der Haftungsfrage rund um die Causa Hypo/HETA erschaffen, nicht mehr und nicht weniger! Wir, das Team Kärnten, bekennen uns zu unserer landespolitischen Verantwortung und werden diesen Beschluss heute mittragen, auch wenn es vielleicht bequemer oder populistischer wäre, auf Ablehnung zu setzen, um damit vielleicht die eine oder andere mediale Erwähnung abzukassieren. Doch darum geht es uns nicht. Wir wollen, dass rund um das Damoklesschwert Hypo/HETA endlich Entscheidungen getroffen werden. Die Zeit drängt, und es ist Eile geboten.

Der Monat Mai 2016, der sich in Riesenschritten nähert, und das damit verbundene Auslaufen des HETA-Moratoriums sind Warnsignal und Handlungsdruck genug. Es bringt das Land keinen einzigen Zentimeter weiter, wenn man jetzt, ohne konkrete Argumente vorzubringen, diese Lösung torpedieren würde. Es ist zumindest einmal ein Ansatz für eine Lösung da. Wohin uns Nichtentscheidungen und verzögerungstaktische Spielchen beim Thema Hypo in den letzten Jahren gebracht haben, wurde dieser Tage im entsprechenden Untersuchungsausschuss im Parlament einmal mehr zu Tage gefördert. Auch

**Dr. Prasch**

die viel zu spät erfolgte Einsetzung der Hypo Bad Bank ist ein Beispiel, in welches Verderben uns mangelnder Entscheidungswille und das sinnlose Verstreichen von Zeit geführt haben. Persönlich möchte ich dennoch anmerken, dass wir es lieber gesehen hätten, wenn diese Special Purpose Vehicle, SPV, also diese Zweckgesellschaft bzw. der Fonds beim Bund und nicht beim Land angesiedelt worden wäre. Dass die Ansiedlung jetzt beim Land passiert, stellt natürlich – und hier gebe ich auch der FPÖ recht – ein hohes Risiko dar. Keine Lösung anzustreben und einen Konkurs mit unabsehbaren Folgen zu riskieren, würde allerdings das weitaus höhere Risiko bedeuten. Damit sich diese Lösung erfolgreich entwickeln kann, wird es künftig absolut notwendig sein, dass es zu einem engen und abgestimmten Vorgehen zwischen dem Bund und dem Land kommt. Parteipolitische Ränkespiele dürfen hierbei ebensowenig eine Rolle spielen wie persönliche Profilierungsversuche einzelner Beteiligter. Genau diese zwei Dinge tragen das Potential einer Gefährdung der Lösung in sich. Den konsensorientierten Weg mit dem Bund wird es vor allem in Bezug auf die etwas mehr als 6 Milliarden Euro schweren Assets der HETA brauchen. Vor allem dann, wenn es hier zu Schwierigkeiten kommt, muss der Bund einspringen. Dieser Verantwortung ist sich der Finanzminister auch als Schirmherr der für uns so wichtigen Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur hoffentlich vollends bewusst. Wenn wir schon beim Thema Verantwortung sind: Für die schwierige Lage, in der sich Kärnten aktuell befindet, trägt zu einem maßgeblichen Teil der Bund die Schuld. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die total misslungene Notverstaatlichung, die aktuell lückenlos aufgearbeitet wird.

Doch zurück zum Kernthema: Für den Ausgleichszahlungs-Fonds werden in den nächsten Wochen und Monaten noch mehrere und viel weitreichendere Beschlüsse erforderlich sein. Wir werden bei jeder dieser zu fällenden Entscheidungen sehr genau darauf achten müssen, was wir hier beschließen und welche Auswirkungen und nachhaltigen Konsequenzen jede einzelne dieser Entscheidungen auch haben wird. Deswegen erwarte ich mir auch, dass der Kärntner Landesrechnungshof in alle Prozesse als Partner mit einbezogen wird und hier der Politik auch in gewisser Art und Weise zur Seite

stehen soll. Nachdem die Adventszeit schon vor der Tür steht, hoffe ich auf einen Weihnachtsfrieden zwischen dem Land und den Gläubigern im Sinne Kärntens und seiner zukünftigen Generationen. Diese sollen ein Land vorfinden, das in seinen Grundzügen noch über die Handlungsfähigkeit und über intakte Zukunfts-Chancen verfügt. Ich kann nur an alle direkten Verhandlungsführer und Entscheidungsträger appellieren, eine transparente Lösung unter Einbeziehung aller relevanten Gruppen anzustreben und zustandezubringen. Die Zeit dafür drängt mehr denn je. Alle sollen sich ihrer persönlichen Verantwortung auch abseits der eigenen Partei bewusst sein. Danke! *(Beifall von Abg. Rutter, von Abg. Mag. Trodt-Limpl, von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion, der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die nächste Wortmeldung hat der Herr Klubobmann Herwig Seiser. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte ZuhörerInnen zu Hause beim Internet! Seit dem Jahr 2008 oder seit dem Jahr 2007 war die Causa Hypo eine fortgesetzte Folge von Missmanagement in der Bank und von Versagen auf Bundesebene und in den Aufsichtsbehörden. Mit dem heutigen Tag, meine sehr geschätzten Damen und Herren, schaffen wir es als Bundesland Kärnten, einen ersten Weg, einen ersten Schritt in die richtige Richtung zu setzen. Wir starten einen für mich durchaus erfolgversprechenden Versuch, die Hypo- und HETA-Misere zu lösen. Es geht, meine sehr geschätzten Damen und Herren, um eine angemessene und eine transparente Beseitigung von Haftungs- und Sicherungsansprüchen. Wir beschließen heute ein Fondsgesetz, welches als Basis für den Rückkauf von Anleihen der Hypo Alpe-Adria dient. Unsere gewählte Alternative, die Haftungsproblematik zu beenden. Dieses Sondervehicule, ein Rechtsträger, eine Körperschaft öffentlichen Rechts, wird mit Zuwendungen aus Mitteln des Landes gespeist, die Aufnahme von Krediten und Darlehen wird ermöglicht. Der Vorstand des Fonds erarbeitet Angebote an die

**Seiser**

Gläubiger, welche vom Kuratorium genehmigt werden müssen. Die Ausgleichszahlung von Landesseite entspricht der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes, die Darlehensaufnahme, die ebenfalls ermöglicht wurde, der Schuldentragfähigkeit des Landes. Ich sage es also noch einmal: Es geht um eine angemessene und eine transparente Lösung dieses Problems. Unter der Voraussetzung, dass es zu einer Einigung oder zu einer Annahme des Angebots von zwei Dritteln der Gläubiger kommt, sind die Haftungsansprüche erledigt. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, das sogenannte HETA-Joch behindert Kärnten massiv am Fortkommen, engt den finanziellen Spielraum massiv ein, und es ist die vordringlichste Zukunftsfrage, die wir zu klären haben. Deswegen hätte ich mir doch gewünscht, dass wir bei der Beschlussfassung zu diesem Gesetz eine einstimmige Beschlussfassung zustande bringen, obwohl ich größtes Verständnis habe für die Argumente, die insbesondere von Seiten der Freiheitlichen Kollegen kommen. Es ist halt einmal die Aufgabe der Opposition, Argumente zu liefern, die, wie der Kollege Prasch schon behauptet hat, die eine oder andere mediale Erwähnung mit sich bringen. Aber ich erinnere Sie auch an Ihre Verantwortung in der Causa Hypo, ohne jetzt eine langatmige Vergangenheitsbewältigung betreiben zu wollen, ich erinnere Sie schon an die Verantwortung und die Kenntnissnahme, wer hauptsächlich diese Probleme geschaffen hat und wer sich jetzt nicht als Teil der Lösung präsentiert, sondern eher weiterhin das Problem darstellt bzw. das Problem prolongiert. Weil ich einer derjenigen Abgeordneten bin, die damals im Jahr 2004 diesen Haftungsbeschluss mitgetragen haben, stehe ich auch nicht an, heute zu sagen, dass dieser Beschluss damals aus der heutigen Sicht ein kapitaler Fehler war. Wir sind damals – und für viele meiner Kolleginnen und Kollegen war es damals die erste reguläre Landtagssitzung in einer beginnenden neuen Legislaturperiode – schlicht und einfach getäuscht worden und sind, wenn Sie sich erinnern, wie damals die insgesamt und öffentliche Meinung der Hypo gegenüber aufgebaut war, einem Scheingebilde auf den Leim gegangen, weil wir erwartet haben, dass die sechstgrößte Bank in diesem Bundesland oder in der Republik, die systemrelevant war, auch weiterhin so performen wird, wie sie bis zum Jahr 2004 performt hat. Das hat sie nicht getan! Und über die weite-

re Entwicklung der Hypo, über die weiteren Anstiege der Bilanzsummen, über die weiteren Anstiege der Haftungssummen wurde zu einem Großteil Stillschweigen bewahrt. Wie wir wissen, wie wir heute wissen, aus bewusstem und beabsichtigtem Grund. Der nächste Schritt, meine sehr geschätzten Damen und Herren, in einer Folge von demokratiepolitisch problematischen Vorgehensweisen im Zusammenhang mit der Hypo war der Verkauf der Anteile an die Bayerische Landesbank. Dieser Verkauf der Anteile an die Bayerische Landesbank ist bewusst am Kärntner Landtag vorbeimanövriert worden. Man hat versucht, uns mit einem „Gutachten“ klar zu machen, dass der Landtag keine Kompetenz hätte, diesen Anteilsverkauf zu beschließen. Hat er aber gehabt, wie wir heute auch aufgrund der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses im Parlament wissen. Und diese Vorgehensweisen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, welche eigentlich Paradebeispiele sind für Intransparenz, für Ausschaltung des Landtages, diese Vorgehensweisen gibt es jetzt bei der Lösung der Probleme nicht mehr. Dieses Maß an Transparenz, das seitens der Finanzreferentin und des Landeshauptmannes auf den Tisch gebracht und an den Tag gelegt wird, das ist, meine sehr geschätzten Damen und Herren, beachtenswert, bewundernswert, notwendig, von Verantwortungsbewusstsein und von Umsicht getragen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Wenn auch der Zeitdruck ein großer ist, wenn auch die Abfolge von Informationssitzungen, Gremialsitzungen, Landtagssitzungen den Schluss nahelegt, dass hier möglicherweise etwas über den Daumen gebrochen werden muss, dann sage ich Ihnen, dann tun wir das aber im Wissen und im besten Wissen und Gewissen, dass wir alle Informationen, die in der Regierung zur Verfügung stehen, auch hier im Landtag hatten. Und auch das war nicht immer so, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Ich sage es noch einmal, es ist selbstverständlich das Recht der Opposition, andere Zugänge zu suchen und auch aufzuzeigen. Wir wählen eine transparente, angemessene und vom Zeitablauf her übersichtliche Lösungsvariante. Es ist Ihnen, Herr Kollege Leyrouitz und auch dem Kollegen Ragger durchaus hoch anzurechnen, dass Sie sich eingehend und konstruktiv mit der Problematik beschäftigt haben, dass Sie auch durchaus Alternativmöglichkeiten aufzeigen, dass Sie aufzeigen, was aus Ihrer Sicht möglicherweise versäumt worden wäre.

**Seiser**

Aber, und das ist der große Vorteil zur Vergangenheit, Sie haben die Möglichkeit, Alternativen aufzuzeigen, weil Sie wissen, was beredet wird. Wir hatten damals diese Möglichkeiten nicht, weil wir nicht wussten, was beredet wird, weil wir nicht wussten, was mitunter im stillen Kämmerlein ausdiskutiert wurde und weil wir nicht wussten, was am Landtag vorbeigeschiffert wurde. Daher sind Sie, was das betrifft, durchaus in einer etwas komfortableren Situation als die Landtage des Jahres 2004 bzw. des Jahres 2007. Die transparente und umsichtige Vorgehensweise insbesondere der Finanzreferentin zeigt sich dadurch, dass sie alle Abgeordneten Damen und Herren, auch die der Opposition, erstens einmal bei jeder Gelegenheit informiert über den Fortschritt der Dinge und dass die aktuellen Wissensstände auch entsprechend dargelegt werden. Ich denke, meine sehr geschätzten Damen und Herren, das ist jetzt nicht nur ein Vertrauensvorschuss, den die Finanzreferentin dem Landtag gegenüberbringt, sondern das sollte doch auch Anlass sein, dass wir alle zusammen dieses Problem lösen! Es sollte doch wirklich für uns alle ein Ansporn sein, endlich zu sagen, lassen wir parteipolitisches Kleingeldsammeln weg und wählen wir eine Alternative, wählen wir einen Zugang, dieses Problem zu lösen! Es wurden im Zuge der Diskussion schon sehr viele Alternativen aufgezeigt. Eine davon ist die Insolvenz. Also das ist keine Alternative! Eine weitere Alternative wäre gewesen, eine Haftungsbereinigung mit 100 Prozent der Gläubiger zustande zu bringen. Das ist auch nicht machbar, theoretisch durchaus möglich. Eine weitere Alternative wäre gewesen, der Bund hätte 100 Prozent der Haftungen angekauft. Die Meinung dazu vom Bund kennen Sie, die gibt es schon relativ lange. Daher haben wir dieses Sondervehikel gewählt, um die Bonds anzukaufen. Das ist unsere Variante, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Wir denken, dass diese Variante erfolgversprechend sein wird. Und sie ist – und ich greife jetzt den Begriff der Freiheitlichen Kollegen auf – sie ist durchaus ein Blindflug. Wenn man weiß, was das Wort „Blindflug“ eigentlich bedeutet, dann ist diese Bezeichnung „Blindflug“ als Kompliment aufzufassen, weil beim Blindflug handelt es sich um einen Instrumentenflug, bei dem ausschließlich über Instrumente im Flugzeug und bei den Fluglotsen kontrolliert wird. Damit ist auch das Fliegen in Wolken und bei eingeschränkter Sicht möglich. Der Instrumentenflug

macht den Flugverkehr weitgehend wetterunabhängig und ist die Voraussetzung für die Einhaltung von Flugplänen, *(Abg. Mag. Schalli: Aber nur, wenn es einen Leitstrahl gibt!)* daher ist „Blindflug“ eher positiv. Wir wollen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, mit diesem Versuch und mit diesem Start des SPV ähnlich reüssieren und schauen und die Versuche unternehmen, damit Kärnten von dieser Last der Haftungen befreit wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Reinhard Lebersorger. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Landesräte, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich wollte auch ein bisschen mit einem historischen Rückblick beginnen. Sehr viel ist jetzt schon gesagt worden. Auf einen Punkt möchte ich jedoch noch einmal eingehen, den ich hier schon einmal erwähnt habe, es war der Verkauf der Hypo an die Bayerische Landesbank unter Zurückbehaltung der Haftungen. Das ist meiner Meinung nach wirklich ein fundamentaler Fehler gewesen. Als die Haftungen 2004 beschlossen worden sind, kann man sagen, okay, es ist damals eigentlich beschlossen worden, dass die Haftungen auslaufen. Man muss sagen, dieser Beschluss ist dann missbraucht worden, indem so übermäßig viele Haftungen noch eingegangen worden sind. Aber der Verkauf eines Unternehmens unter Zurückbehaltung der Haftungen, das ist so, als ob Sie ein eigenes Unternehmen fremdfinanzieren und dafür Schulden aufnehmen auf Ihr Privathaus. Und dann verkaufen Sie das Unternehmen an irgendjemanden, von dem Sie nicht wissen, wie der das Unternehmen führen wird und Ihr Haus steht noch immer als Haftung da. Wer würde so etwas machen? Das würde niemand machen. Hier ist es passiert! Okay, es ist passiert und jetzt müssen wir die Suppe auslöffeln. Da bleibt uns nichts übrig, wir müssen uns einfach dranmachen. Dieser heutige Beschluss ist der erste Schritt, um

**Dr. Lebersorger**

hier diese Haftungen in den Griff zu bekommen. Wir stehen dabei wirklich unter Zeitdruck. Es ist schon erwähnt worden, am 31.05.2016 läuft das Moratorium aus, das durch die Finanzmarktaufsicht gesetzt wurde. Die Finanzmarktaufsicht betreibt ja die Abwicklung der HETA. Bis dahin wäre es wirklich sehr gut, wenn wir eine Lösung hätten. Alles, was uns jetzt daran hindert, dass wir hier die ersten Schritte machen, ist meiner Meinung nach wirklich unverantwortlich! (*Den Vorsitz übernimmt 2. Präs. Schober.*) Wir beglückwünschen das Team Stronach, das aus staatsmännischer Verantwortung heraus hier mitgeht, obwohl sie populistisch das anders auswerten könnten. Jeder kann das natürlich populistisch auswerten. Aber heute ist Verantwortung gefragt, heute müssen wir die ersten Schritte setzen, weil wir möchten, dass wir demnächst Angebote machen an die potentiellen Haftungsgläubiger. Es wird keinen Weihnachtsfrieden geben, weil zu Weihnachten die Köpfe bei den Gläubigern rauchen werden, ob sie das annehmen oder nicht. Wir werden dann wahrscheinlich Wochen von Verhandlungen erleben, und wir müssen froh sein, wenn wir das im Frühjahr über die Bühne bringen.

Ich persönlich fühle mich gut informiert durch die Landesregierung. Wir haben eine Reihe von Sitzungen gehabt. Wir haben im Ausschuss auch sehr lange darüber diskutiert. Wir haben eine Reihe von Auskunftspersonen aus allen Bereichen gehabt, die uns Auskunft geben konnten. Es kann nicht sein, dass wir uns vor der Verantwortung sträuben, indem wir sagen, wir haben zu wenig Informationen. Was das Risiko des Landes Kärnten betrifft, so können wir das vorerst einmal insofern einschränken, dass wir eben einen gewissen Betrag zur Verfügung stellen aus dem Landesvermögen und aus dem Vermögen der Kärntner Landesholding und dann noch einen Betrag, der wirtschaftlich und rechtlich verkraftbar ist. Das bringen wir ein in diesen Fonds. Gleichzeitig wird der Fonds gespeist durch Darlehen, die wir über den Bund bekommen durch die Bundesfinanzierungsagentur. Diese Darlehen sollen etwa in der Höhe von dem sein, was bei der Liquidation der Assets der HETA herauskommt. Und worauf wir hier im Landtag achten müssen, ist wie diese Kreditverträge ausschauen. Wir dürfen keine weiteren Haftungen für diese Darlehen eingehen. Das heißt, wenn es nicht gelingt, diese Darlehen durch den Verkauf der

Assets, die wir durch die HETA-Liquidation erwerben werden, abzudecken, dann bleibt im Fonds eine Schuld bestehen. Diese Schuld bleibt halt bestehen, und der Gläubiger wird der Bund sein. Das heißt, wir müssen schauen, dass wir über dieses Kapital, das wir jetzt hereinbringen, keine weiteren Haftungen haben. Dann bin ich zuversichtlich, dass wir das zu einem guten Ende bringen können, natürlich mit der Zustimmung der potentiellen Haftungsgläubiger. Deshalb werden wir Grünen diesem Gesetzesbeschluss heute zustimmen. Danke! (*Beifall von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Nächste ist die Frau Abgeordnete Trodt-Limpl. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Werter Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Unser aller Ziel muss es sein, die größte Bedrohung und die Risiken, die gegen unser Land gerichtet sind, abzuwehren. Die Hauptbedrohung ist zur Zeit die Haftung des Landes Kärnten gegenüber der Hypo-Abbaugesellschaft HETA. Nur wenn wir jetzt alle hier in diesem Hohen Hause zusammenstehen, wird es eine gute Lösung im Sinne Kärntens geben können. Deshalb gleich vorweg, das BZÖ wird mit Vorbehalt dem Gesetz, mit dem der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds eingerichtet wird, seine Zustimmung erteilen, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) obwohl ich den Lösungsvorschlägen und Argumenten der FPÖ sehr viele positive Argumente entnehmen kann. Warum stimmen wir zu? Weil hier und jetzt in der sensiblen Phase das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen ist. (*Abg. Staudacher: Dann tut es nachher!*) Was aber bis dato leider offen ist, ist der Vertrag seitens des Bundes bzw. die Summe, die Kärnten in diesen Fonds einzahlen muss. Nichtsdestotrotz wiederhole ich noch einmal: Wir reichen allen konstruktiven Kräften die Hand, um gemeinsam die Causa endgültig vom Tisch zu bekommen. Alles andere wäre fahrlässig! Unser Vorbehalt fußt aber nach wie vor auf ungeklärten Fragen. Erstens: Wie wird der Fonds gefüllt? Zweitens: Wie schauen die Kreditver-

**Mag. Trodt-Limpl**

träge im Detail aus? Drittens: Wie hoch ist die Summe, die Kärnten zu berappen hat? Viertens: Wer verhandelt mit den Gläubigern? Wenn dieser Fonds gefüllt wird mit dieser Einmalzahlung, die das Land Kärnten zu leisten hat, ist dann auch sichergestellt, dass auf das Land Kärnten nie mehr eine Forderung von wem auch immer zukommt und alles erfüllt ist? Sechstens: Sollte der Fall eintreten, dass die Erlöse aus der Verwertung der HETA-Assets hinter den Erwartungen liegen, was gibt unserem Bundesland die Sicherheit, dass diese Differenz nicht auf Kärnten zurückfällt und Kärnten wieder zum Prellbock wird? Eines muss aber klar und unmissverständlich ausgesprochen werden: Was wir aber auf keinen Fall wollen und brauchen, ist eine leichtfertige Risikübertragung vom Bund hin zu Kärnten. Für uns steht fest, wenn es um die Zukunft Kärntens geht, hat billige Parteipolitik nichts verloren, sondern im Gegenteil, der Schulterschluss im Hohen Haus sollte von jedem mitgetragen werden. Wir sind auf die Verfassung vereidigt und angelobt, nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Auch ich war in der ersten Sitzung nach der konstituierenden Sitzung des Kärntner Landtages im Jahr 2004 anwesend und habe mitgestimmt. Ich habe diese Sitzung in meinen Gedanken rückverfolgt, und es waren alle einstimmig dafür. Es war der einzige Kollege Tauschitz, der Argumente vorgebracht hat, die aber dann bagatellisiert wurden, indem gesagt wurde, ja, die Haftungen brauchen wir, man kann mit den Haftungen auch sehr gut verdienen, und es ist üblich, dass Haftungen bleiben. Ich habe das jetzt auch verfolgt bei Verkäufen anderer Banken, zum Beispiel der Bank Austria, da sind auch Haftungen geblieben. Da ist man als Abgeordneter gefordert, dann abzuwägen, wie man abstimmt, wie ist die Parteivorgabe, wie ist die eigene Meinung. Und dies soll es uns auch zeigen, dass wir hier im Hohen Hause die Verantwortung haben, die Verantwortung tragen müssen und das auch nach außen zu transportieren haben, denn sonst werden wir als Politikerinnen und Politiker unglaubwürdig, und die Menschen schimpfen dann mit Recht auf die Politiker, „die eh nix für einen tun“. Und so etwas wollen wir nicht sein! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion, der Grünen-Fraktion und dem Team Stronach.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes hat sich der Herr Abgeordnete Klubobmann Leyroutz gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Zuhörer zu Hause! Wir von der FPÖ werden dem heutigen Gesetzentwurf aus verschiedensten Erwägungen nicht zustimmen. Ich möchte zunächst vielleicht auf ein paar Wortmeldungen meiner Vorredner eingehen. Wenn Kollege Seiser gemeint hat, dass hier größtmögliche Transparenz eingehalten wurde, dann möchte ich doch glauben, dass wir wahrscheinlich bei anderen Ausschusssitzungen anwesend waren. Ich kann mich an die erste Ausschusssitzung zu dem Thema erinnern, und ich habe da bereits meine Gegenargumente vorgebracht und habe insbesondere die Rechtsunsicherheit eingeworfen. Rechtsunsicherheit deswegen, weil es ja auch eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes zur Thematik gibt, und Grundlage ist ja auch das BaSAG, und ich habe ersucht, dass die Rechtsmeinung der Landesregierung, der Finanzlandesrätin auch dementsprechend gutachterlich abgesichert wird und uns auch dementsprechende Stellungnahmen zu dem Gesetzentwurf und zu der geplanten Lösung vorgelegt werden. Der Antrag wurde natürlich abgelehnt, denn es scheint ja bei so einer schwerwiegenden Beschlussfassung auszureichen, wenn ein paar Auskunftspersonen eingeladen werden, man dann ein paar lapidare Bemerkungen hört und man dann von demjenigen, der auch 2004 bei den Verhandlungen in Brüssel anwesend war, nämlich dem Vertreter des Bundes, eigentlich keine konkreten Antworten bekommt, sondern eigentlich nur Mutmaßungen und von Lösungen hört, dass es wahrscheinlich sei, dass etwas eintreten wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass „wahrscheinlich wird es zu einer Lösung kommen“, zu wenig ist. Wenn man aus einem rechtsberatenden oder steuerberatenden Beruf kommt, Herr Kollege Lebersorger, dann würde ich doch meinen, dass für uns ein höheres Verantwortungsbewusstsein und ein höherer Sorgfaltsmaßstab dazugehört und wenn man nicht die erste Sanierung gemacht hat, sondern schon mit

**Mag. Leyroutz**

einigen zu tun gehabt hat, dann ist der Weg, der hier beschritten wird, schon etwas eigenartig. Denn zuerst ein Vehicle zu gründen, um eine Lösung herbeizuführen und sich erst dann zu überlegen, wie die Finanzierung aussehen soll, wie das Angebot an die Gläubiger aussehen soll, wie die Finanzierung aussehen soll, ist meines Erachtens nicht der richtige Weg. Und wenn die ganze Zeit davon gesprochen wird, dass man mehrere Angebote an die Gläubiger versenden soll, dann wird man da wohl auch einwenden müssen, dass es, glaube ich, schon auch in Österreich ein Gleichbehandlungsgebot und ein Verbot der Besserstellung von anderen Gläubigern gibt. Es wird ja keine Geheimverhandlung, sondern wenn, ein Angebot an alle Gläubiger geben. Ob jetzt alle Gläubiger bekannt sind oder wie dann zu verfahren sein wird, wenn einzelne Gläubiger das Angebot ablehnen oder nicht annehmen, auf die Rechtsunsicherheit, die noch nicht abgeklärt wurde, möchte ich gar nicht eingehen, wird aber meines Erachtens nicht unproblematisch sein. Wenn ich sage, es gibt eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes, dann darf ich hier auf die Stellungnahme vom 23. Oktober 2015 zum BaSAG verweisen, in der ja genau beschrieben ist, welche Ziele verfolgt werden. Nach der geplanten Bestimmung des § 95 Abs. 3 BaSAG soll sich der Schuldenschnitt nur auf das bilaterale Verhältnis zwischen dem abzuwickelnden Rechtsträger und dem Gläubiger beziehen, während sich ein Sicherungsgeber/Bürge nicht darauf berufen kann. Stellungnahme des Landes: Vom Standpunkt der Interessen des Landes Kärnten wird die Ausgestaltung des § 95 Abs. 4 BaSAG als problematisch erachtet, weil dadurch vom zivilrechtlichen Prinzip der Akzessorietät der Bürgschaftsverpflichtung abgewichen wird und daher selbst bei Wegfall der Hauptschuld die Ausfallsbürgschaft aufrecht bleibt. Mit einer solchen Regelung würde sich die Rechtsposition des Landes Kärnten verschlechtern. Ich möchte nur erwähnen, dass diese Änderung den Konsultationsmechanismus durch sieben Bundesländer ausgelöst hat. Wesentlich ist aber auch, dass ja auch der Regressanspruch – und auch den habe ich angesprochen – mit dieser Bestimmung wegfallen soll. Die entschädigungslose Vernichtung des Regressanspruches durch den Bundesgesetzgeber würde einen verfassungswidrigen Eigentumseingriff bewirken, die geplante Bestimmung des § 95 Abs. 3 BaSAG liefe nicht zuletzt dem Schutz

öffentlicher Mittel zuwider, der zu einem der maßgeblichen Abwicklungsziele des BaSAG zählt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, soweit zur Stellungnahme des Verfassungsdienstes.

Wenn man darüber diskutiert, ob es Alternativvarianten gibt, dann haben wir im Vorfeld der Diskussion eine Vielzahl von Alternativvarianten aufgezählt. Eine der Alternativvarianten ist, dass man überhaupt einmal das Zu-Recht-Bestehen der Haftungen in Zweifel ziehen muss. Meines Erachtens reicht die Stellungnahme von Dr. Kletter, die uns übermittelt worden ist, dazu nicht aus, weil sie ja nur einen einzigen Standpunkt untersucht, nämlich den Standpunkt von der Frau Finanzreferentin und auf unsere, bereits mehrfach vorgebrachten Erwägungen auf die Judikatur des Verfassungsgerichtshofes keine Rücksicht nimmt und dies auch nicht näher beleuchtet. Unabhängig davon muss man ja davon ausgehen, dass das Land Kärnten nach wie vor zwar dem Papier nach haften würde, aber es gibt noch keine einzige rechtskräftige Entscheidung eines Gerichtes, wonach das Land Kärnten tatsächlich dafür haften würde. Wenn man die ganze Zeit davon spricht, dass im Falle einer Insolvenz der HETA das Land Kärnten zwangsläufig in Insolvenz gehen würde, so ist das schlichtweg unrichtig. Solange es nicht eine einzige nachvollziehbare, festgestellte, gerichtliche, rechtskräftige Forderung gibt, ist eine Insolvenz des Landes ausgeschlossen. Und bevor nicht diese Rechtsfragen endgültig geklärt werden, ist meines Erachtens von einer Insolvenz gar nicht zu sprechen. In weiterer Folge wird man sich aber auch überlegen müssen, warum das Land Kärnten von der im Gesetz vorgesehenen Möglichkeit einer allfälligen Aufkündigung der Haftungen nicht Gebrauch gemacht hat, denn es ist ja vorgesehen, dass das Land Kärnten Einsichtsrechte hat, Einsichtsrechte in die Tätigkeit der Hypobank, auch der Nachfolgebank, der HETA. Diese Einsichtsrechte hat man nicht beansprucht, hat sie auch nicht wahrgenommen, und seit zweieinhalb Jahren warnen wir davor und haben das auch bereits mehrfach beantragt, dass man dementsprechend vorgehen sollte. Diesen Weg hat man nicht ausgeschöpft.

Der Kollege Seiser hat heute schon angeführt, es gibt eine beträchtliche Mithaftung des Bundes. Ich sage, es gibt nicht eine beträchtliche Mithaftung des Bundes, sondern es gibt sehr wohl eine

**Mag. Leyrouz**

ausschließliche Haftung des Bundes für die Misere der HETA und der Hypo, denn man hat eine Verstaatlichung, eine Notverstaatlichung betrieben, die einfach nicht notwendig gewesen wäre. Und im gestrigen U-Ausschuss wurde ja in Wien ein entsprechendes Schreiben des Direktoriums der OeNB an den Dr. Breschan auch besprochen und veröffentlicht, in dem auf die Systemrelevanz der HGAA Bezug genommen wurde, und genau dieses Schreiben war dann schlussendlich die Grundlage für die Verstaatlichung. Und ich glaube, darauf sollte man kurz eingehen. Was waren denn die Gründe, warum man gemeint hat, dass diese Bank systemrelevant wäre? Da gibt es sechs Punkte, und ich zitiere: Die HGAA ist die fünftgrößte österreichische Bankengruppe mit einer konsolidierten Bilanzsumme von 43,4 Milliarden Euro, konzernweit rund 7.500 Mitarbeitern und nahezu 1,3 Millionen Kunden. Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden belaufen sich konsolidiert auf € 4,7 Milliarden bzw. 30,6 Milliarden Euro, die Verbindlichkeiten betragen konsolidiert gegenüber Kreditinstituten € 7,9 Milliarden und gegenüber Kunden € 8,7 Milliarden. Das Volumen der in Österreich sicherungspflichtigen Einlagen beträgt rund € 1,4 Milliarden, darüber hinaus wurden gruppenweit rund 20 Milliarden Euro an Investitionen begeben. Punkt 1 für die Systemrelevanz.

Punkt 2: Eine Abkehr von der im Rahmen des Bankenpakets erfolgten expliziten Zuerkennung der Systemrelevanz würde die diesbezügliche Politik der österreichischen Bundesregierung in Frage stellen und voraussichtlich zu Downgradings der übrigen Systembanken führen, verbunden mit erheblichen Spreadausweitungen für diese Banken sowie für die Republik. Grund 2.

Grund 3: Im Falle einer Insolvenz der HGAA käme es zu Ansteckungseffekten im österreichischen Bankensektor, insbesondere des Hypothekenbanken-Sektors. Dieser wäre schwer in Mitleidenschaft gezogen. Einige Hypothekenbanken, die ihrerseits wieder teilweise im Eigentum von anderen Kreditinstituten stehen, würden jedenfalls zusätzliches Kapital zur Einhaltung des gesetzlichen Mindesteigenmittelerfordernisses benötigen. Darüberhinaus besteht auch hinsichtlich der über die Pfandbriefstelle abgewickelten Emissionen der HGAA in der Höhe von 2,3 Milliarden Euro im Fall des Ausfalls der HGAA eine Haftung zu gleichen Teilen der übrigen Hypothekenbanken. Bereits eingetreten.

Zweit- und Drittrundeneffekte würden im Falle einer Insolvenz der HGAA für den österreichischen Bankensektor einen zusätzlichen Stressfaktor darstellen, dessen genaue Wirkung zum jetzigen Zeitpunkt nicht in vollem Umfang abschätzbar ist. Punkt 3.

Punkt 4: Die österreichischen Versicherungen weisen zum Teil ebenfalls erhebliche Exposures gegenüber der HGAA auf, rund 561 Millionen Euro, sodass eine Insolvenz auch den Nichtbanken- und Finanzsektor treffen würde.

Punkt 5: Die HGAA ist im südosteuropäischen Raum, insbesondere Kroatien, sehr stark exponiert und weist zum Teil substantielle Marktanteile auf. Zum Beispiel Kroatien 10 Prozent, Bosnien-Herzegowina 20 Prozent, Montenegro 17 Prozent, Serbien 6 Prozent, Slowenien 4 Prozent Marktanteile im Bankenbereich. Marktanteile im Leasingbereich teilweise sogar über 50 Prozent. Eine Insolvenz der HGAA könnte daher in weiterer Folge bei einem durch Insolvenz ausgelösten generellen Vertrauensverlust in das österreichische Bankensystem auch für die anderen tätigen österreichischen Bankengruppen massive negative Auswirkungen haben.

Und Punkt 6: Schließlich haftet das Land Kärnten für Verbindlichkeiten der HGAA laut Auskunft der Bank und des Wirtschaftsprüfers in der Höhe bis zu 17,4 Milliarden Euro.

Heute, im Nachhinein betrachtet, wissen wir, die Hypo war nicht systemrelevant. Im Grunde genommen hat Bayern genau diese Argumentation der Österreichischen Nationalbank hergenommen, um Verbindlichkeiten, Haftungen wieder an den Bund zu übertragen. Und der Bund möchte genau in dieser Situation das ausschließliche Risiko für die Abwicklung dem Land Kärnten weiter übertragen. Und wenn immer davon gesprochen wird und argumentiert wird, dass ja der Bund seinen Anteil dazu leisten wird, dann stimmt auch das nur zu einem Teil, denn im Ausschuss wurde genau diese Frage von mir mehrmals angezogen, und eine genaue Antwort ist jeder der Beteiligten schuldig geblieben. Insbesondere Dr. Lejsek vom Bund hat auf meine Fragen gemeint – und ich habe ihn gefragt, wer denn tatsächlich der Zahlungspflichtige in dem Fonds sein soll – dass der Bund nur die Finanzierung übernimmt. Die Zahlungsverpflichtung, wenn es am Ende des Tages zwischen den Abwicklungserlösen durch die HETA-Veräuße-

**Mag. Leyroutz**

rungen der Assets und den Zahlungen der Gläubiger ein Delta geben sollte, wird nicht beim Bund sein, sondern beim Land sein, und das ist unzulässig. Unseres Erachtens wäre schon längst eine dementsprechende Klage und Geltendmachung der Ansprüche gegenüber dem Bund vonnöten gewesen. Bis dato ist nichts passiert, denn man glaubt, das immer im Einvernehmen regeln zu können. Ein Auftreten des Landes Kärnten nicht nur als Bittsteller, sondern auch als Anspruchsberechtigtem würde die Position des Landes Kärnten verbessern, und dies fordern wir auch ein! Aus den derzeitigen Erwägungen und aufgrund der Rechtsunsicherheiten werden wir daher diesem Gesetzesentwurf unsere Zustimmung nicht erteilen. *(Beifall von der F-Fraktion und von Abg. Mag. Schalli.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Johann. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Liebe Zuhörer! Ich glaube, es ist heute wohl keiner hier in diesem Hohen Haus, der bei dieser Abstimmung kein mulmiges Gefühl hat. *(Abg. Trettenbrein: Wohl, wir!)* Eine so weitreichende Entscheidung, die mit allen möglichen Risiken behaftet ist, bei der es um so viel Geld geht, die in so kurzer Zeit getroffen werden muss, das ist keine leichte Sache. Auch wenn der Ausgleichs-Fonds nur ein Vehikel für die Abwicklung der HETA-Haftungen sein soll, ist es trotzdem eine weitreichende Entscheidung. Denn wenn sich herausstellt, dass dieses Boot auf stürmischer See ein Leck hat, dann geht es unter. Das wollen wir alle nicht, aber leider haben wir jetzt nicht die Zeit, uns jetzt tage-, monate-, jahrelang den Kopf zu zerbrechen, wie der beste Konstruktionsplan für so ein Special Purpose Vehicle ausschauen könnte. Wir können nur wie weiland Christoph Kolumbus diese Nuss-Schale nehmen, die uns vom Finanzministerium zur Verfügung gestellt wird und versuchen, damit den stürmischen Atlantik zu überqueren. Kolumbus war damit erfolgreich, und wir hoffen, dass es uns auch gelingt. Im Zusammenhang mit der Hypo und später mit der

HETA hat es viele Fehlentscheidungen gegeben, von Bankmanagern und von der Politik. Wir können heute nur hoffen, dass die Entscheidung, die wir jetzt treffen, dieses Mal die richtige ist, die richtige Entscheidung, weil sie alternativlos ist, wie es der Herr Kollege Seiser bereits ausgeführt hat. Wir müssen vertrauen, dass das Fundament, auf das unsere Entscheidung hier beruht, nämlich das Gesetz legislativ halten wird, wenn es von einer Gläubigergruppe angefochten wird. Wir müssen hoffen, dass die Summe, von der wir glauben, dass sie sich Kärnten wirtschaftlich leisten kann, von den Haftungsgläubigern akzeptiert werden wird. Wir müssen hoffen, dass diese enorme Zusatzbelastung es dem Land Kärnten trotzdem noch ermöglicht, seinen gesetzlichen Aufgaben nachzukommen und dass wir irgendwann auch wieder einmal die Möglichkeit haben, nach langen Jahren des Sparens auch wieder einen politischen Spielraum zu bekommen, durch die Sparpolitik mittelfristig auch wieder handlungsfähig zu werden. Wir sind als Politiker und Politikerinnen nicht nur für Schönwetter gewählt, sondern wir müssen auch schwere Entscheidungen treffen. Wir könnten es uns leicht machen, bei der Abstimmung aus dem Saal gehen, nicht mitstimmen, dagegen stimmen, aber das löst das Problem nicht. Eine Nichtentscheidung hat mindestens ebenso schwere Folgen wie eine falsche Entscheidung. Meine Herren von den Freiheitlichen, natürlich hätte ich es auch lieber, wenn es diese Haftungen nicht gäbe. Rein emotional sage ich, warum sollen alle Menschen hier in diesem Land, vom Baby bis zum Greis, für etwas haften, was ein paar gewissenlose und gedankenlose Bankmanager und Politiker in ihrem Größenwahn verbockt haben? Tatsache ist aber, dass diese Haftungen, die es nie hätte geben dürfen, leider trotzdem existieren. Warum ist euch dieser Gedanke nicht gekommen, als diese Haftungen auch von den Freiheitlichen mitbeschlossen wurden *(Abg. Mag. Leyroutz: Ich war damals leider nicht im Landtag!)* und später, als hier auch die Hand aufgehoben wurde, um diese Provisionen zu kassieren und ihr euch damit noch gebrüstet habt, was ihr damit für super Geschäfte macht? Warum habt ihr, *(Abg. Staudacher: Ihr! Ihr!)* als die Freiheitlichen auch die Möglichkeit hatten, nicht einfach dieses Einsichtsrecht bei der Hypo auch wahrgenommen? Wenn ihr heute fordert, diese Haftungen rechtlich anzufechten, *(Zwischenruf von Abg. Staudacher.)* dann solltet ihr

**Dipl.-Ing. Johann**

euch schon auch im Klaren sein, was das nachher dann bedeutet: Einerseits der Zeitverlust, das HETA-Moratorium läuft ja im Mai aus, andererseits ist auch die Chance, vor Gericht damit durchzukommen, minimal, habt ihr doch selber jahrelang diese Haftungen für die Provisionen mitkassiert. (*Abg. Staudacher: Was heißt da, ihr?*) Wenn die Gerichte gegen alle Erwartungen jetzt doch entscheiden, dass die Haftungen ungültig wären, dann würde das aller Voraussicht nach nur für die Zukunft gelten, pro futuro, das heißt, für neue Haftungen. Die € 11 Milliarden, für die wir haften, die bleiben uns dann immer noch. Da haben wir nichts dabei gewonnen. Wenn jetzt der unwahrscheinliche Fall eintritt, dass diese Haftungen rückwirkend aufgehoben werden, dann wäre das der wahre Pyrrhussieg. Wir wären die Haftungen zwar los, aber der Finanzmarkt würde schlagartig sein Vertrauen in den Rechtsstaat Österreich verlieren, das Vertrauen darin, dass die vielen Milliarden, die die Banken, die die Hedge-Fonds an Republik und Bundesländer hier verliehen haben, auch wieder zurückgezahlt werden. Mit so einer Gerichtsentscheidung würde Österreich schlagartig als zahlungsunfähig bei den Rating-Agenturen gelten. Was das nachher bedeutet, das heißt, dass die sofortige Rückzahlung von offenen Krediten eingefordert wird, dass es kein frisches Geld mehr gibt. Das heißt, die Republik ist dann nicht mehr in der Lage, BeamtenInnen, LehrerInnen, PolitikerInnen, PolizistInnen zu bezahlen. Die öffentliche Verwaltung würde crashen, mit einem Wort, der Super-GAU! Da der Finanzmarkt aber jetzt auch aus Psychologie besteht, hat nicht nur die Tat, sondern auch der Versuch schon drastische Auswirkungen. In dem Moment, wo wir unsere Verpflichtungen nicht mehr anerkennen wollen, da werden uns die Rating-Agenturen downgraden. Dann bekommen wir kein frisches Geld mehr und wenn doch, dann nur mit drastischen Risikoaufschlägen. Ich hoffe dringend, dass ihr erkennt, dass laut nachzudenken im Falle der HETA-Haftungen sehr teuer kommen kann und dass nicht nachzudenken und nicht zu handeln noch viel, viel teurer kommen würde. Das heißt, wenn ihr irgendeinmal wieder eine staatstragende Rolle einnehmen wollt, dann fangt doch bitte heute an und nehmt die Interessen Kärntens wahr, statt wie ein Schwarm „Tschoja“ vom Baum herunter zu krächzen! Danke! (*Abg. Pirolt: Das bist aber du! – Beifall*

*von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die nächste Wortmeldung hat der Herr Landesrat Rolf Holub. Ich erteile ihm das Wort!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Ja, es ist heute eine schicksalsträchtige Entscheidung, aber es ist noch nicht die große! Ich würde sagen, wenn ich hier ein Paket habe, und ich nehme die Papiere heraus, (*Der Redner hält eine Klarsichtfolie hoch.*) habe ich hier ein Special Purpose Vehicle. Das heißt, mit dem transportiere ich etwas wohin, das ist noch nicht wirklich der Weltuntergang. Wir brauchen einmal eine Struktur, damit wir anfangen können zu verhandeln. Heute wird Kärnten noch nicht ganz zerstört, um das ein bisschen zu relativieren. Ich glaube auch nicht, dass wir die sind, die Kärnten schlechterstellen werden oder wollen. Und wenn ich die vielen Redner gehört habe – Herwig Seiser hat das mit dem 04er-Beschluss verglichen – ja, auch ich habe damals mit dem Wissensstand, den ich hatte, mitgestimmt. Ja, das haben aber auch alle anderen Abgeordneten in allen anderen Bundesländern in Österreich auf Wunsch der Europäischen Union und des Bundes gemacht. Damit war die Bank noch nicht zerstört und auch die Haftungen noch nicht exorbitant hoch. Da hat man die Haftungen begrenzt, und wir dachten damals alle, es ist gut, wenn die Haftungen begrenzt sind und 2007 auslaufen und nur bis 2017 weiterlaufen dürfen. Was wir damals nicht wussten war, dass wir im 04er-Jahr genau das gemacht haben, was wir nicht wollten, nämlich die Menschen, die noch viel Geld für die Hypo einkaufen wollten, beschleunigt haben. Wenn man sich anschaut, welche Darlehen im 05er-, im 06er- und auch noch im 07er-Jahr, im März, begeben worden sind, dann weiß man, dass die hier im zweistelligen Milliardenbereich sind und dass dort eigentlich die große Gaunerei passiert ist. Wenn man sich fragt, warum sind alle anderen Bundesländer nicht in der Situation wie Kärnten? Das ist ganz einfach. Es sitzen nicht ungefähr sechs, sieben Menschen von anderen

**Holub**

Bundesländern, sprich Landesholding oder auch Bank im Gefängnis wegen Untreue. Dort sind keine Gaunereien passiert oder weniger oder sind sie eben nicht aufgefallen. Aber bei uns ist es passiert, und das kannst du mit einem Gesetz nicht extra polieren! Du kannst nicht, wenn du mit einem Boot über den Ozean fährst, lieber Michael Johann, davon ausgehen, dass vorher schon absichtlich Löcher hineingebohrt worden sind. Das ist auch eine Vertrauensfrage. Wenn man keine Unterlagen bekommt – und das sage ich zum 04er-Beschluss dazu – nämlich noch fast die nächsten zehn Jahre haben weder die Regierung, die nicht die richtige Farbe hatte, noch irgendein Abgeordneter irgendeine Seite bekommen. Und wir sind ja bei der HETA-Bank soweit, dass die Abgeordneten in Wien schon wieder nichts kriegen von der HETA-Bank. Ich meine, das ist ja auch eine Frage von, wo kommt das her? Wie will man Transparenz walten lassen? Wenn ich die Beschlüsse, den heutigen und den 04er-Beschluss nebeneinander wie Texte lese, dann ist da doch ein gewisser Unterschied, abgesehen von der Verfassungsreform, (*Den Vorsitz übernimmt 1. Präs. Ing. Rohr.*) die ihr hier auch auf unseren Wunsch beschlossen habt. Hier ist doch, obwohl die Geschwindigkeit groß ist, die Transparenz da! Hier haben wir alle den gleichen Wissensstand. Ob wir den wirklich wichtigen Wissensstand haben, das werden wir in ein paar Jahren wissen. Das Zentrum der Demokratie ist hier. Ob das Zentrum der Macht hier ist, das werden wir erst später wissen. Wer wirklich wo die Entscheidungen auch weltweit trifft, das kannst du alles vorher nicht durch Misstrauen vorwegnehmen und sagen, der hat mit dem gepackelt, und der Justizminister und die Kanzlei und die haben das gefunden, und da ist das mitabgetauscht worden. Das können wir hier nicht wissen. Wir können nur von dem ausgehen, was wir wissen. Das Einzige, was wir wissen ist, dass es falsch ist, von 2009 weg aus Feigheit keine Entscheidung zu treffen und nichts zu tun! Das wissen wir von jedem Menschen, der privat verschuldet und nicht bereit ist, seine Post aufzumachen, dass das nicht weniger wird. Das Problem wird nicht kleiner, das wird größer! Und jetzt sind wir soweit. Da ist halt auch der Finanzminister Schelling da, der Terminator, der sagt, ich will das Problem gelöst haben. Etwas gibt schon auch er vor. Ich bin aber ganz auf seiner Seite. Es ist gescheiter, wir gehen es an, als wir lassen es wieder liegen. Das

heißt, wir sind soweit, wir wissen zwar nicht genau, wohin wir gehen, aber wir sind nach heute schon einen großen Schritt weiter. Es ist gescheiter, eine Entscheidung zu treffen. Wir müssen das endlich loswerden, wir sind ja fast arbeits- und handlungsunfähig! Wenn das Problem nicht gelöst wird, was werden wir denn machen? Was ist denn wirklich die Alternative? Vor lauter Angst keine Entscheidung zu treffen, das haben andere vor uns schon gemacht. Es ist nicht unsere Schuld. Ich kann mich erinnern an das Jahr 2004. Ich würde auch bei den FPÖ-Abgeordneten nicht behaupten, dass hier absichtlich die falsche Entscheidung getroffen worden ist. Ich glaube auch nicht, dass sie falsch war. Ich glaube, dass die Beendigung der Haftungen super war. Dass man einen alten Text aus den 90er-Jahren mitgeschleppt hat und man Sachen übersehen hat: Speed kills! Deswegen haben auch heute einige kein gutes Gefühl, weil es so schnell geht. Wie gesagt, heute wird einmal das beschlossen. Und was wichtig sein wird, und da bitte ich alle Abgeordneten und auch den Rechnungshof, dass sie sich die Kreditverträge genau anschauen! Hier müssen wir wirklich gescheit sein, weil wenn dann die Entscheidungen getroffen werden, da geht es wirklich um die nächsten zehn, zwanzig Jahre, wie wir dastehen! Und wenn das für Kärnten nicht gut ist, dann traue ich jedem Abgeordneten/jeder Abgeordneten zu, dass er/sie die richtige Entscheidung trifft und nicht die falsche. Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der ÖVP, Ferdinand Hueter. Ich darf ihn um seinen Debattenbeitrag bitten!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann! Liebe Regierungsmitglieder, Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause! Ein spannendes Thema, wie wir schon 2004 dieses Gesetz für die Haftungen des Landes, halt in umgekehrter Reihenfolge beschlossen haben. Heute versuchen wir die Rückab-

**Ing. Hueter**

wicklung dessen, dass wir diesen Stein am Bein wieder loswerden. Bei einigen habe ich schon das Gefühl, dass sie die Vergangenheit total ausblenden. Ich kann nur das Eine sagen, ich war damals 2004 bei diesem Beschluss auch dabei. Wir waren drei Wochen im Dienst und haben einen Beschluss gefasst über die Auswirkungen. Ich kann es nur von meiner Seite aus sagen, dass wir vielleicht nicht ganz im Bilde waren, was da eigentlich unter den schlechtesten Voraussetzungen auch passieren könnte. Ich stehe aber dazu, und ich glaube, das sollten auch alle anderen tun, die das Gleiche getan haben! Was ich nicht verstehen kann ist, dass man heute so quasi die Schuldfrage allein dem Bund überträgt, als ob es in Kärnten niemals eine Haftungserweiterung auf fast € 25 Milliarden gegeben hätte, als ob es in Kärnten niemals eine SWAP-Verlust-Geschichte gegeben hätte. Ihr könnt euch an 2006 erinnern. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, das war in der Nacht, es war schon finster, da hat der Herr Strutz da gesagt zu uns hinüber, wir waren da im rechten Eck, wo der Herr Lobnig jetzt sitzt, daneben war der Herr Lutschoung: „Was regt ihr euch auf? Das sind ja nur Peanuts für eine Bank.“ Wörtlich hat er gesagt! € 328 Millionen sind ja nur Peanuts, das ist nicht einmal zu diskutieren. Das stecken wir weg, und es geht wieder steil bergauf. (*Zwischenruf von Abg. Mag. Dr. Lesjak.*) Ich habe mich damals gefragt, wenn jemand bei € 328 Millionen von Peanuts redet, was hat der überhaupt für einen Bezug zu Geld? Aber okay, das war so! Bei der Verstaatlichung, bitte, damit wir das auch wissen, da sind schon gewisse Damen und Herren, von eurer Seite nur Herren, draußen beim Tisch gesessen. Nicht der Bund wollte haben, dass die Hypo zu ihm kommt, sondern das war der Wunsch Kärntens! Ich erinnere nur, der Landeshauptmann hat damals Dörfner geheißt, vielleicht ein Unbekannter, der Finanzreferent Dobernig, auch ein Unbekannter, die haben das dann – das steht da drinnen, aber die Kommentare will ich euch ersparen, (*Abg. Mag. Leyrouz: Ihr wart nie dabei, oder?*) - Wir waren dabei, ich sage, wir stehen dazu! Ich stehe dazu, die ÖVP steht dazu! Aber dass man jetzt den Spieß umdreht und allen anderen die Verantwortung überträgt! Also beim Team Stornach, muss ich sagen, da würde ich es am ehesten verstehen, wenn die aus rein populistischen Gründen da herstehen und sagen würden, eine Sauerei, was da passiert, Land in Konkurs, keine

Ahnung, was noch alles, und ich bin gegen alles, ich bin nur für das Land Kärnten! Das würde ich noch verstehen. Aber von allen anderen, die immer schon hier im Landtag gesessen sind, die diese Beschlüsse mitgetragen haben, die auch die Verstaatlichung damals als gut erklärt haben, dass die sich jetzt herstellen und sagen, es ist alles so grausig und schlecht, und schuld ist sowieso nur der Bund, das ist, glaube ich, nicht einmal ein Teil der Medaille, sondern ich habe da fast ein bisschen ein schlechtes Gewissen gegenüber dem Bund, weil der Bund, glaube ich, uns schon helfen will, dass wir aus dieser Misere endlich einmal herauskommen, dass wir hier in Kärnten endlich wieder Spielräume kriegen, dass wir wieder etwas machen können. Aber ich glaube, für die Ursache, da sind schon wir verantwortlich. Also ich halt einmal auf jeden Fall, ich stehe zu diesem Teil und will nicht immer die Schuld (*Zwischenruf von Abg. Mag. Schalli.*) – schau, ich versuche das immer ganz einfach zu erklären. Ich schaue mir immer die Akteure bei mir in meiner Gemeinde an, da kenne ich jeden, da weiß ich genau, wie er tickt, da kenne ich seine Herkunft und da gibt es Parallelen. Der weiß nicht, was vor drei Wochen passiert ist und überhaupt, wenn etwas negativ ist. Um Gottes Willen, da ist die ganze Welt schuld, gerade dass er nicht sagt, der Gemeindebedienstete oder sonst irgendeiner. Das ist für mich, ich weiß nicht, da habe ich Gott sei Dank eine andere Meinung, da habe ich Gott sei Dank auch eine andere Einstellung zur Politik, weil Politik hat etwas mit Verantwortung zu tun, von der wir alle reden. (*Abg. Staudacher: Ja, genau!*) Und wir alle, die wir da sitzen, wissen, ich bin überzeugt davon, und ich habe das auch im Ausschuss gesagt, diese Verantwortung kann aber nicht so heißen, dass die ganzen Experten und Finanzmakler auf einmal weg sind. Die haben damals auch gesagt, das ist bedenkenlos, ihr könnt das alles machen, und, und, und, und die Last bleibt dann nur mehr bei den politisch Verantwortlichen. Ich kann mich an damals sehr, sehr gut erinnern, im Jahr 2004. Das war eine der ersten oder überhaupt die erste Klubsitzung nach der konstituierenden Sitzung, da haben wir in unserem Klub eine Riesendiskussion genau zu diesem Thema gehabt. Der Raimund Grilc war damals Klubobmann und der hat gesagt, ich stimme überhaupt nicht zu und der Robert Lutschoung ganz gleich, der hat gesagt, ich kann dem nicht zustimmen, das sind Beträge, die überstei-

**Ing. Hueter**

gen meinen Horizont, dass ich da gewissenhaft sagen kann, jawohl, da bin ich dabei. Und dann haben wir uns bei der Finanzaufsicht des Landes auch erkundigt und – ich kann das jetzt nur mehr so gedanklich nachvollziehen – dort hat es geheißen, ihr könnt diesem Gesetz unbedenklich zustimmen, weil das nie eintreten wird, das wird nie schlagend werden, diese Beträge, die halten. Und dort, das hat der Rolf Holub richtig gesagt, hat es sogar eine Begrenzung gegeben. Dass dann dazwischen, mit diesem Beschluss dann noch die Haftungen auf fast € 25 Milliarden ausgeweitet wurden, da muss man jetzt auch so fair sein, da muss man auch wissen, wer das war. Das waren nicht wir! Mehr sage ich nicht. Aber ich stehe trotzdem dazu, dass es jetzt so ist, wie es ist. Und da haben wir heute auch schon alle Möglichkeiten gehört. Es ist ein Vehicle, es ist ein Versuch, es ist eine Krisensituation, es ist wahrscheinlich alles in einem, aber wir müssen schauen, dass wir hier gemeinsam aus diesem Konstrukt herauskommen. Ich würde einfach bitten, wenn man hier diese politische Spielweise jetzt betritt und irgendwo ein Kapital heraus schlagen will, ich glaube, diese Zeit ist jetzt unangebrachter denn je! Jetzt geht es wirklich darum, sich herzustellen, zu schauen, welche Lösung ist für das Land Kärnten die beste. Und ich sage es noch einmal, das ist ein Versuch, das habe ich auch im Ausschuss gesagt. Das sagt ja noch gar nicht, dass die Gläubiger diesem Konstrukt, das hier einmal angedacht ist, zustimmen. Weil wenn sie dem nicht zustimmen, dann stehen wir eh wieder auf dem Punkt Null. Und dann schaut es für Kärnten wahrscheinlich eh nicht gar so lustig aus, weil ich kann mir nicht vorstellen, dass es da herinnen Leute gibt, die sagen, mir ist egal, ob das Land Kärnten in Konkurs geht oder nicht und am besten eh schon morgen, ist eh wurscht. Weil die Konsequenzen daraus und die Folgen sind, dass es erstens einmal in finanztechnischer Hinsicht ein Vielfaches von dem kostet, was jetzt zumindest einmal in Betrachtweise steht. Und was das dann auch im Spielraum des Landes heißt ist, wir werden wahrscheinlich einen Kommissär oder irgendwen kriegen, der uns dann genau sagt, was der Landtag als Finanzhoheit überhaupt in Zukunft noch zu tun hat und auch noch tun kann. Also dieses Szenario, sage ich ehrlich, darüber will ich gar nicht nachdenken, das ist eines, das ist wirklich Worst Case hoch zwei. Deswegen sind wir alle, alle gemeinsam gefordert, hier ein Kon-

strukt zu entwickeln in Abstimmung mit dem Bund.

Und da sind noch viele, viele offene Fragen. Das wissen wir auch alle. Mein Kollege Herbert Gaggl wird dann auch ein paar Fragen stellen, weil inhaltlich sind wir wahrscheinlich alle d'accord und wollen, glaube ich, alle das Gleiche haben. Aber ich glaube, wir sollten jetzt, in einer wirklich schwierigen Phase zusammenstehen, so wie es überall in einer Familie oder in einer Gemeinde ist, wenn es nicht gar so gut geht, ist es das Beste, zusammenzustehen. Ich weiß schon, einige glauben, wenn sie rechts überholen oder links, das ist noch besser. Ich denke, das einzig Richtige ist, und das wird auch die Bevölkerung des Landes nur so verstehen, wenn es schwierig ist, muss man das Politische auf die Seite geben, wir müssen schauen, für das Land Kärnten den geringstmöglichen Schaden zu machen. Und ich glaube, mit dieser Lösung, mit diesem Fonds sind wir zumindest einmal einen Schritt näher, dass hier vom Land Kärnten wirklich vieles abgewendet wird. Ich könnte noch eine Weile darüber reden, aber ich glaube einfach, im Sinne der Zeitökonomie und im Sinne auch dessen, was noch vor uns liegt, der heutige Schritt ist der erste, dass wir diese Hülle, dieses Konstrukt mit dem Fonds beschließen. Die nächsten drei, vier Wochen werden sicherlich zeigen, dass wir hier alle gefordert sind, eine gangbare Lösung zusammenzubringen. Sehen wir das als Chance, als vielleicht letzte Chance, einen Super-GAU abzuwenden, stehen wir gemeinsam zusammen! Und ich appelliere noch einmal an die Freiheitlichen: Vergesst die Vergangenheit bitte nicht ganz, man kann und darf kann sie nicht ausblenden! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident Josef Lobnig. Ich darf ihn um seinen Debattenbeitrag bitten!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolle-

**Lobnig**

ginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Werte Medienvertreter! Ich glaube, ich kann für mich und für die Freiheitliche Fraktion beanspruchen, dass ich der Letzte bin, der in vielen Jahren meiner Arbeit hier im Hohen Haus mich einer einzigen Verantwortung entziehe, währenddessen es in anderen vertretenen Parteien sehr wohl Mandatare gibt, die heute nicht mehr wissen, wann sie was mitgestimmt haben. Und ich erinnere auch immer wieder in meinen Ausführungen, wenn es um die Budgetdebatte geht oder wenn es auch um außerbudgetäre Verschuldungsfragen geht, dass die Mitverantwortung jedes Einzelnen einzufordern ist, denn ich kenne viele Abgeordnete hier in diesem Haus, die schon seit zehn Jahren und mehr aktiv für Kärnten arbeiten, und wir haben gemeinsam in dieser Dauer schon einiges miterlebt. Aber meine Damen und Herren, bevor wir so ein Gesetz, das Kärntner Ausgleichsfondsgesetz beschließen, dann stellt sich auch wohl die berechnete Frage, warum man Kärnten so einem großen Gefahrenpotential aussetzt. Zur Chronologie ist zunächst zu sagen, weil hier der Herr Klubobmann Seiser gemeint hat, na ja, die Freiheitlichen waren diejenigen, die für das Ganze sozusagen Hauptverursacher waren, (*Zuruf aus der SPÖ-Fraktion: Stimmt ja!*) ich möchte hier zur Chronologie festhalten, dass der Untersuchungsausschuss im Parlament zur Phase Eins, nämlich Kärnten-Phase, untersucht hat und bis heute keinen einzigen Beweis dafür geliefert hat, wo Freiheitliche hier über Gebühr eingegriffen hätten. Fakt ist aber, dass sehr wohl in allen Gremien des Aufsichtsrates, aber auch im Kreditausschuss sämtliche Vertreter sowohl von SPÖ und ÖVP vertreten waren und auch die hier genauso gemeinsam mit uns die Mitverantwortung tragen. Ich habe nur gesagt, kein Beweis wurde geliefert, dass ausschließlich nur die Freiheitlichen hier die Schuld auf sich nehmen sollten. Nun, in der Phase Zwei und Drei wird sehr wohl bedeutend sein, wie die Bayern in ihrer Phase der Eigenverantwortung, im Expansionskurs, der äußerst aggressiv und waghalsig vorgenommen wurde, wo man riesengroße Verluste eingefahren hat, wie hier auch die Bayern in Verantwortung zu nehmen sind und darüberhinaus für mich auch die wichtige Phase der sogenannten Verstaatlichung ohne Not. Und wir wissen auch, dass im Parlament viele Anträge zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen eingebracht wurden und diese abgeschmettert und natürlich

letzten Endes Prüfphasen dann hinausgezögert wurden, indem man halt einfach unergiebig Zeugen vorgeladen hat. Wir wissen, dass für Kärnten sehr viel auf dem Spiel steht, und es ist natürlich auch für mich schon die Frage, warum Kärnten als großer Haftender seit 2009 keinen Vertreter im Aufsichtsrat hat, das heißt, auch nicht eingeladen wird, um Informationen zu bekommen. Daher sage ich auch, man hat offenbar bei dieser Aktion auch seitens des Bundes jetzt große Angst, dass der Untersuchungsausschuss hier Fakten finden wird, welche beweisen, wie sorglos und fahrlässig auch Schaden durch den Bund verursacht worden ist. Das ist auch einer der Gründe, geschätzte Damen und Herren, dass man jetzt bestrebt ist, dass das Land Kärnten für diese miserable Führung der Bank keine Schadenersatzforderungen und Regressforderungen stellen kann. Das ist für mich ein Grund, warum man das auch mit dem sogenannten Bankensanierungsgesetz macht, mit der Novelle unter anderem auch den Vergleich mit den Bayern erlaubt, aber gleichzeitig auch verhindert, dass Kärnten Forderungen stellen kann. Man macht einen milliardenteuren Vergleich mit den Bayern, bevor der Untersuchungsausschuss überhaupt diese „Bayern-Herrschaftszeit“ geprüft und ein Ergebnis an das Tageslicht gebracht hat. Man macht das schon vorher. Und jetzt will man, auch ohne diese Ausschussergebnisse abzuwarten, Kärnten in ein waghalsiges Abenteuer hineinstürzen, indem man eine Zweckgesellschaft gründet, die den Zweck oder das Ziel hat, Anleihegläubiger mit Abschlagszahlungen zu bedecken bzw. zu vereinbaren. Damit geht aber das Land Kärnten wirklich unabhsehbare Risiken ein, weil für mich eines klar ist, dass der Bund hier uns und dem Land gegenüber keine Garantie- und Schadloserklärung abgegeben hat. Das heißt, der Bund behält sich das vor, man kann ja immer wieder noch einmal zurückgreifen.

Und warum wir auch auf der einen Seite die Prüfung der Rechtsgrundlage für die Haftungen durch den Verfassungsgerichtshof überhaupt verhindern, ist für mich das Unverständlichste. Wenn namhafte Verfassungsexperten an der Rechtmäßigkeit dieser Haftungen zweifeln und sogar davon sprechen, im Falle einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes könnte das ein Lottojacketpot für Kärnten sein, warum nimmt man nicht diesen Strohalm auf und sagt, lassen

## Lobnig

wir diese Haftungen einmal prüfen, wie sieht das dann überhaupt für das Land Kärnten aus. Und dann kommt für mich die große Frage, wenn die Assets in der HETA besagte 6,3 Milliarden Euro ausmachen, wer gibt denn die Garantie, dass in der Verwertung tatsächlich € 6,3 Milliarden erlöst werden, geschätzte Damen und Herren? Der Wahrscheinlichkeitswert kann bei € 5 Milliarden liegen oder gar € 4 Milliarden, die Differenz ist offen. Das ist der Beitrag, der sozusagen in der Gesellschaft drinnen ist. Dann frage ich mich, wie hoch ist der Beitrag des Landes Kärnten? Von dem hören wir keine Zahl. Ist es der Zukunftsfonds, wo wir € 500 Millionen drinnen haben im Wissen, dass ein Damoklesschwert aus einer abgabenbehördlichen Prüfung anhängig ist, wo möglicherweise € 100 Millionen oder noch mehr von dort zu zahlen sind, dann haben wir das Vermögen von dieser Seite noch einmal minimiert. Wer wird denn für diese Summe aufkommen? Und darüber hinaus haben wir noch die Frage, wenn ja gerade deshalb, dass die Gläubiger zwar hier von dem Fonds Geld nehmen können, aber dann trotzdem noch auf das Prinzip der sogenannten Akzessorietät, der Bürgschaftsverpflichtung abgewichen wird, dass sie dann trotzdem noch hergehen und sagen können, wenn ich das jetzt von dem Fonds nicht bekomme, dann gehe ich noch einmal zum Land und stelle noch einmal die Forderungen. Meine geschätzten Damen und Herren, das sind offene Fragen, die heute noch keiner beantworten kann. Ich bin sehr gespannt, vielleicht gibt es noch welche Antworten darauf. Und daher sage ich, meine Damen und Herren, dass es natürlich für uns alle eine sehr schwierige Phase ist und aufgrund dieser Unsicherheiten – es ist heute nichts in Stein gemeißelt – gerade alles so eintreten wird, wie wir uns das vorstellen oder wie das von Seiten der SPÖ, der ÖVP und von den Grünen kommt. Es ist nicht in Stein gemeißelt. Wir wissen, dass da ein sehr, sehr hohes Risiko damit behaftet ist und dass natürlich auch der Bund ein reges Interesse hat, Regressmöglichkeiten des Landes Kärnten gegenüber dem Bund im Zusammenhang mit den Hypo-Haftungen zu verhindern oder diese auch generell auszuschließen.

Mich würde auch eines brennend interessieren: Was hat der Rechnungshof zu dieser Thematik zu sagen? Davon hört man nichts. Das würde mich auch interessieren, als oberster Hüter unseres Budgets und der Rechtmäßigkeit, Sparsam-

keit und Zweckmäßigkeit würde mich auch diese Frage brennend interessieren. Daher, geschätzte Damen und Herren, ist es für mich unverantwortlich, wenn man heute ein Gesetz mit einem Fonds beschließt, wo der Bund Kärnten in dieser Hinsicht rechtlich benachteiligt. Und wir werden natürlich diesem Gesetz keine Zustimmung geben. Wir wissen, es geht um insgesamt zehn Milliarden Euro, für welche das Land Kärnten haftet, und nach dieser Konstruktion soll aber Kärnten allein geradestehen. Das ist genau diese sogenannte Verantwortungs- und Risikoverteilung von 100 Prozent vom Bund auf das Land Kärnten. Und ich glaube, Kärnten hat viele andere Probleme, sodass wir uns diese Dinge sehr wohl ganz, ganz genau überlegen sollten, wie wir mit dieser Frage umgehen sollten. Geschätzte Damen und Herren, ich habe mir zu Hause schon persönlich die Frage gestellt, was ist denn das Gegengeschäft? Die ÖVP hat klarerweise immer etwas mit Gegengeschäft gemacht. Ich erinnere an die Verankerung der slowenischen Volksgruppe in der Verfassung, *(Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe aus den Abgeordnetenbänken.)* jetzt hat man dafür das Wahlrecht für die Bauern bekommen. Ich frage nur, was ist denn das Gegengeschäft für die SPÖ, dass man hier ein Gesetz durch das Haus peitscht, wo Kärnten wissentlich in der Zukunft möglicherweise noch größere Probleme bekommt. Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der F-Fraktion und von Abg. Mag. Schalli.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Bürgermeister Herbert Gaggl.

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Liebe Landesräte! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Hause! Liebe ZuhörerInnen auf der Zuhörertribüne und zu Hause an den Internetgeräten! Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kärntner Landesregierung hier im Hause! Ja, wie der Schelm denkt, so ist er. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)* Vielleicht war es früher so

**Gaggl**

üblich, dass man immer nur mit Gegengeschäften sozusagen Aktionen starten hat können. Lieber Kollege Lobnig, lieber Herr Präsident, darf ich vielleicht etwas fragen? Wenn du jetzt da Folgendes mitteilst, dass es heute ein großes Risiko ist, das zu beschließen, möge es so sein, aber warum haben diejenigen – und ich glaube, du warst damals auch dabei – warum haben die damals nicht gefragt, wenn es so ein großes Risiko ist, als die Haftungen beschlossen worden sind? Weil sonst hätten wir heute das Problem hier im Landtag gar nicht, meine Damen und Herren, wenn man das so genau analysieren würde, wie du das jetzt analysiert hast! (3. Präs. Lobnig: *In erster Linie die Notverstaatlichung!*)

Meine Damen und Herren, wir haben Verantwortung zu tragen heute hier in diesem Hause für die Sünden der Vergangenheit! Herr Landesrat Holub hat uns früher in seinem Eingangstatement gesagt, heute passiert ja noch nichts, es wird ja noch nicht alles zerstört, es ist ja noch kein Weltuntergang. Meine Damen und Herren, ich möchte nicht, dass es nur heute kein Weltuntergang ist, sondern dass es auch morgen kein Weltuntergang ist und dass auch morgen nichts passiert für Kärnten, dass wir dafür Sorge tragen, dass unsere Kinder und Kindeskinde, unsere Enkel auch eine Zukunft haben und eine gute Zukunft haben in unserem Kärnten! Ich denke, so hast du das auch gemeint. Ich möchte das dazu nur ergänzen. Dazu, glaube ich, ist es auch notwendig, wenn wir handeln wollen, Spielraum haben wollen, dann brauchen wir Spielraum durch Vertrauen, Vertrauen in die Referentin, das ist die Finanzreferentin, Vertrauen in die Regierung, Vertrauen in den Bund, in den Finanzminister. (Abg. Mag. Leyrouz: *Leider nein!* – Abg. Trettenbrein: *In den haben wir kein Vertrauen!*) Ich denke, wenn wir dieses Vertrauen nicht haben, dann können wir auch die Beschlüsse nicht fassen. Wir müssen sozusagen eine Vorleistung auch in diese Richtung hin geben. Wir müssen gerade jetzt zusammenhalten, um an einer Lösung zu arbeiten, und zwar alle, damit nämlich jene kapitalen Fehler, die in der Vergangenheit passiert sind, in Zukunft nicht mehr passieren. Für mich stellen sich, und ich denke, auch für viele Abgeordnete, doch einige Fragen, damit dieses Vertrauen auch hundertprozentig da ist und damit wir das nächste Mal, wenn die nächsten Beschlüsse sind – und wenn es, so wie es der Landesrat Holub gesagt hat,

wenn es heute auch nur die Hülle ist, aber meine Damen und Herren, wir beschließen ja nicht nur Hüllen, sondern es soll diese Hülle auch gefüllt werden. Diese Füllung müssen wir so beschließen können, dass wir mit gutem Gewissen hier hinausgehen und sagen können, jawohl, wir haben für die Kärntner Zukunft, für die Jugend, für unser Kärntnerland das Beste getan. Deswegen einige Fragen, die ich gerne auf jeden Fall bis zum nächsten Mal, bis zu den nächsten Beschlüssen beantwortet haben möchte: Wer wird Vorstand in dieser Gesellschaft? Wer finanziert den Fonds? In welcher Höhe? Was kostet eventuell die Vorfinanzierung? Wer haftet für den Fonds? Können wir das überhaupt machen? Wer oder was ist mit dem Zukunftsfonds in Zukunft? Wie sieht es aus? Was ist mit den KELAG-Anteilen? Was ist mit dem anderen Eigentum, das wir in Kärnten haben? Ist das auch in Gefahr? Wie bedienen wir das alles und auf welche Dauer hinaus? Wann ist mit der Bedienung dieses Topfes, den wir ja füllen sollten, das für Kärnten zu Ende? Was ist mit den derzeitigen Haftungen? Wie hoch sind die Haftungen im Endeffekt wirklich? Wie lange dauern sie? Sind sie dann auch weg, wenn wir diese Lösungen haben? Sind sie dann auch weg? Gibt es ein Prozessrisiko? Wie hoch ist dieses Prozessrisiko? Wie hoch ist die Quote oder soll sie sein? Warum wurden Angebote vom Bund auch in der Vergangenheit in dieser Art und Weise noch nicht angenommen? Was ist mit den Anadi-Haftungen? Wie sieht diese Situation aus? Wer macht die Kreditverträge? Was passiert, wenn diese Angebote nicht angenommen werden? Meine Damen und Herren, wir haben einige Fragen, und da gibt es sicher noch von den Abgeordneten Damen und Herren die eine oder andere Frage dazu. Einige sind ja schon gestellt worden, die ich wiederholt habe. Die Kollegin Trodt-Limpl hat diese Frage ebenfalls oder zumindest einen Teil davon gestellt.

Meine Damen und Herren! Ein gutes Gefühl brauchen wir, damit wir die nächsten Entscheidungen auch mit gutem Gewissen mittragen können. Ich würde mir wünschen, dass jene Leute, die jetzt Aussendungen machen, Presseaussendungen - Bundesräte, Landesräte - dass die bei dieser so wichtigen Entscheidung heute hier im Plenarsaal mit dabei wären. Denn wenn Bundesräte nicht da sind, wie sollen die Kärnten in Wien vertreten? Das kann ich mir nicht vor-

**Gaggl**

stellen. Die können auch die Meinungen der Abgeordneten und des Landes Kärnten nicht mitteilen. *(BR Blatnik: Wir sind ja wohl da!)* Danke, dass ihr da seid, herzlichen Dank! Diejenigen, die nicht da sind, werden schon wissen, warum sie nicht da sind. Aber ich glaube, das wäre notwendig, um gemeinsam auftreten zu können auch gegenüber dem Bund, denn nur dann sind wir stark. Deswegen glaube ich, setzen wir heute dieses Vertrauen in unsere Referentin, in die Regierung, stimmen wir diesem Gesetzentwurf zu! Ich bin überzeugt davon, die Fragen werden bis zur nächsten Entscheidung beantwortet werden, damit wir mit ruhigem Gewissen für die Zukunft Kärntens entscheiden können und die Sünden der Vergangenheit wirklich Vergangenheit sein lassen können. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Reinhard Lebersorger. Ich bitte ihn um seinen Debattenbeitrag!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Sitzung nicht unnötig verlängern, aber es ist mir ein Bedürfnis, auf ein paar Fragen oder Behauptungen hier doch kurz noch einzugehen. Zuerst noch zum Herrn Dritten Präsidenten Lobnig, der befürchtet, dass wenn hier Titel, also Bonds zurückgekauft werden, dass sich die Gläubiger dann noch an das Land Kärnten wenden können: Das kann man ausschließen, wenn man den § 3 des vorliegenden Gesetzentwurfes anschaut, im Absatz 1 letzter Satz heißt es: „Schuldtitel dürfen nur erworben werden, sofern sämtliche damit zusammenhängenden Ansprüche einschließlich aller Haftungs- und Sicherheitsansprüche auf den Fonds übergehen.“ Das kann es also einfach nicht mehr geben. Dann zum Herrn Kollegen Leyrouz. Natürlich stimme ich mit ihm überein, dass alle Gläubiger gleichmäßig befriedigt werden müssen. Dazu gibt es jetzt auch den Beschluss auf Bundesebene, das sogenannte Hold-out-Gesetz, dass wenn zwei Drittel der potentiellen Haftungsgläubiger das Angebot annehmen, das letzte Drittel verpflichtet ist, auch dieses

Angebot anzunehmen. Sonst kommt man in einem Verhandlungsweg ja nie zu einer gleichmäßigen Behandlung aller Gläubiger. *(Abg. Mag. Leyrouz: Das geht ja nicht EU-verfassungsmäßig!)* Oh, ja, das ist gedeckt. Wenn man sich das Erkenntnis vom HaaSanG anschaut, dann ist das gedeckt. Dort steht nur drinnen, dass eben Haftungen oder Ansprüche nicht zur Gänze beschnitten werden können. Ich darf Ihnen das kurz zitieren, weil auch Zweifel über die Verfassungsmäßigkeit der Haftungen bestehen. Da gebe ich Ihnen recht, diese Zweifel bestehen zu recht. Aber wie schon gesagt worden ist, wir gewinnen dann daraus nichts, wenn diese Aufhebung nur ex nunc und nicht ex tunc stattfindet. Jetzt habe ich das Erkenntnis nicht hier. Aber auf jeden Fall steht in dem Erkenntnis drinnen – Entschuldigung! *(Der Redner geht zu seinem Platz und holt die Unterlage.)* Ich zitiere hier nur einen Satz. Es ist die Rede davon: „Ein alleiniger Haftungsschnitt ist unsachlich und unverhältnismäßig.“ Dann heißt es weiter: „Das gilt auch dann, wenn das Land seine Verpflichtung verfehlt, die Expansion eines in seinem Einflussbereich stehenden Kreditinstitutes nicht in einer Weise durch eine Gewährungsträgerhaftung zu finanzieren, die dem Land ein Risiko aufbürdet, das es evidenter Maßen nicht zu tragen imstande ist. Auch dann darf dieses Fehlverhalten“ – also des Landes früher –, „aber nicht allein und ausschließlich dadurch korrigiert werden, dass die gesetzliche Haftungserklärung eines Bundeslandes im Nachhinein völlig entwertet wird.“ Also das ist das letzte Erkenntnis. Ich kenne nicht alle des Verfassungsgerichtshofes der letzten Jahre. Aber ich denke, wir müssen das heranziehen, wo in letzter Zeit entschieden worden ist. Wenn da gesagt worden ist, ja, es kann nicht so sein, dass man die Haftung rückwirkend zur Gänze sistiert, dann ist diese Meinung ausschlaggebend, und ich brauche meine Hoffnung nicht darauf zu bauen, dass diese Haftungen hier rückwirkend vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben werden. Das war es eigentlich. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Finanzreferentin, Landeshauptmann-Stellver-

**Ing. Rohr**

treterin Dr. Gaby Schaunig. Ich darf ihr das Wort erteilen! Moment, jetzt ist das Mikro offen, bitte!

**Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut (SPÖ):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Abgeordnete, Bundesräte! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Diejenigen von Ihnen, die schon länger in diesem Hause sind, die werden den Unterschied zu Diskussionen früherer Tage klar erkennen. Da wurden zum Teil schwierige Punkte durchgewunken, ohne entsprechende Diskussion. Ich glaube, alle, sowohl die Abgeordneten, Regierungsglieder, aber auch erfahrene Journalistinnen und Journalisten können sich noch an Diskussionen erinnern, wo den Abgeordneten die entsprechenden Unterlagen nicht zur Verfügung gestellt worden sind. Eine so hochwertige, inhaltliche Diskussion wie heute könnte nämlich gar nicht stattfinden, wenn nicht jeder Einzelne über die erforderlichen Unterlagen auch verfügen würde. Herr Klubobmann Leyroutz, zu früheren Zeiten hätten Abgeordnete keine Expertisen der Landesregierung zur Verfügung gehabt, aus denen sie am Rednerpult auch zitieren hätten können. Insofern besteht hier ein leichter Widerspruch zu Ihrer Behauptung, es würden keine Informationen erfolgen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Wir wissen alle, dass der Bund seit 1.3.2015 die Strategie hinsichtlich der Abwicklung der HETA geändert hat. Es wurde durch Bescheid der FMA ein Moratorium verhängt, das mit 31.5.2016 endet. Herr Dr. Lebersorger hat es schon ausgeführt, wir sind gefordert, bis zu diesem Zeitpunkt eine Abwicklungsmodalität zu finden, die verhindert, dass unser Bundesland in das wirklich schrecklichste Szenario, nämlich in jenes einer Insolvenz, geraten würde. Wir haben jetzt die Grundlage durch das sogenannte Hold-out-Gesetz, also das Bundesgesetz, mit dem zum einen genehmigt wurde, dass die Lösung mit dem Freistaat Bayern entsprechend umgesetzt wird und zum anderen eine Lösung auch mit den Gläubigern der HETA, die eine bestimmte Quote festlegt an Zustimmungen für einen Ankauf der Bonds. Wir müssen also eine Lösung finden, die

sicherstellt, und zwar in welcher Lösungsform auch immer wir als Kärnten einen Beitrag zu leisten haben, der unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und den uns vorgegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen entspricht, eine Lösung, die für die Kärntnerinnen und Kärntner, aber auch für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Österreichs eine möglichst schonende Variante darstellt. Die vorliegenden Vergleichsvarianten, sie wurden ja auch in den diversen Debattenbeiträgen schon erwähnt, der Ankauf der Bonds durch den Bund, eine Insolvenz der Heta und damit in weiterer Folge auch des Bundeslandes Kärnten, ein Schuldenschnitt durch die FMA ohne vorherigen Ankauf der Bonds und damit potentielle Forderungen in Milliardenhöhe gegen Kärnten oder auch die Erlassung eines Kärntner Haftungsbefreiungsgesetzes oder die Einigung mit potentiellen Haftungsgläubigern über die Ablöse der Haftung sind entweder aus juristischen Gründen oder aus faktischen Gründen, die mangelnde Bereitschaft des Bundes, eine Lösung zu finanzieren oder auch die Unerreichbarkeit einer hundertprozentigen Zustimmungsquote, nicht umsetzbar. Und jede neue Idee, die von wem auch immer in der Diskussion aufgebracht wurde – das belegen auch die Zitate, die hier schon am Rednerpult wiedergegeben wurden – jede Idee wurde sofort umfassend juristisch geprüft, ganz egal, welche Idee das war. Wenn es darum gegangen ist, zu prüfen, ob eine Drittelanfechtung durch die Abgeordneten sinnvoll ist, dann wurde umgehend eine entsprechende rechtliche Expertise eingeholt und auch den Verantwortlichen in diesem Land zur Verfügung gestellt. Wenn es um die Frage ging, ob überhaupt ein Zugriff auf Anteile des Landes an unserem Kärntner Energieversorgungsunternehmen möglich ist, wurde umgehend eine rechtliche Expertise erstellt und allen Verantwortungsträgern auch entsprechend zugänglich gemacht.

Und wenn der Herr Klubobmann Leyroutz heute anführt, wieso man die Haftungen nicht aufgekündigt hätte, dann muss man sagen, die halbe Wahrheit ist leider nie die Hälfte der ganzen Wahrheit. Der Herr Abgeordnete weiß ganz genau, wenn er das Gesetz studiert hat, dass eine Aufkündigung der Haftung nur für die Zukunft möglich wäre. Das hätte Sinn gemacht, anschließend an die Ausführung vom Kollegen Rolf Holub, das hätte Sinn gemacht in den Jah-

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

ren 2004/2005, als die Haftungen exponentiell nach oben gegangen sind. Da hätte man sich eine Aufkündigung überlegen können. Die damaligen Finanzreferenten haben das nur nicht getan. Und es ist heute müßig, darüber nachzudenken, ob man das tun hätte sollen oder nicht, denn es ändert an unserer aktuellen Situation nichts. Und wenn man Behauptungen aufstellt, die da lauten, „nur der Bund allein ist schuld“, dann ist das genauso intelligent wie die umgekehrte Behauptung, „nur Kärnten alleine ist schuld“. Ich gehe davon aus, dass jeder, der hier im Hohen Haus sitzt, sich den Bericht der Frau Griss und der Untersuchungskommission zu Gemüte geführt hat. Ich habe mir diesen Bericht nicht nur einmal, sondern mehrmals durchgelesen, und mein klarer Schluss daraus ist, in jeder Situation hat man alle Alternativen zu prüfen, die entsprechenden rechtlichen Grundlagen zu schaffen und nach Prüfung aller Alternativen auf dem gegebenen Wissensstand nach bestem Wissen und Gewissen sich für die bestvorliegende Lösung zu entscheiden. Das nennt man dann Verantwortung.

Es wurde auch angesprochen, dass es in der Vergangenheit Angebote des Bundes an das Land gegeben hätte, die ausgeschlagen worden sind. Das ist nicht korrekt, es hat Gespräche mit dem Bund gegeben, die damit geendet haben, dass die erforderlichen rechtlichen Sicherheiten für das Land Kärnten, dass mit diesem Beitrag die Ansprüche gegen das Land Kärnten erledigt sind, uns leider nicht gegeben wurden. Das ist sehr unerfreulich, denn das wäre vielleicht eine Lösungsvariante gewesen, der Bund war leider dazu nicht bereit.

Ich bedanke mich beim Abgeordneten Gaggl auch für das große entgegengebrachte Vertrauen, ich darf Sie aber auffordern, stimmen Sie bitte nicht zu, weil Sie mir vertrauen! Stimmen Sie zu, weil Sie alle Unterlagen haben, diese geprüft haben, sich die Alternativen durchgedacht haben und nach großem Verantwortungsbewusstsein und in Abwägung aller Alternativen diese Entscheidung treffen!

Das Modell des Forderungsankaufes durch das SPV fußt auf dem Bundesgesetz, das ich schon erwähnt habe. Der entscheidende Passus dafür ist eben die Hold-out-Regelung, die feststellt, wenn mit zwei Dritteln der Gläubiger eine Einigung über den Ankauf der behafteten Forderun-

gen getroffen wird, die gleiche Regelung auch für die nicht zustimmenden Gläubiger zur Anwendung kommt. Dieses Modell entspricht zum einen dem von Herrn Dr. Lebersorger schon zitierten Erkenntnis im Rahmen des Hypo-Sondergesetzes, wo der VfGH ausgeführt hat, es wären Schuldenschnitte sehr wohl möglich, man dürfe diese nur nicht von einem willkürlichen Zeitpunkt abhängig machen und es dürfte nicht ohne Gegenleistung an die Gläubiger erfolgen. Diesen Grundsätzen ist im vorliegenden Gesetzentwurf entsprechend Rechnung getragen. Zum anderen entspricht das Hold-out-Gesetz auch dem, was international zur Bereinigung nicht entsprechend bedeckter Forderungen üblich ist, nämlich das Anbieten einer entsprechenden Quote, die der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und den rechtlichen Rahmenbedingungen des potentiellen Haftungsschuldners entspricht, und genau diese Punkte sind im Gesetz auch festgelegt. Ob das anfechtungsfest ist, wird man erst behaupten können, nachdem es zu einer Entscheidung gekommen ist, aber hier hat der Bundesgesetzgeber nach bestem Wissen und Gewissen unter Heranziehung aller ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen ein Gesetz geschaffen, das diesen rechtlichen Grundsätzen und verfassungsrechtlichen Parametern auch entspricht. Dieses SPV, das heute geschaffen wird, soll in weiterer Folge an die Gläubiger herantreten und ein entsprechendes Angebot zum Ankauf der Bonds machen.

Die Finanzierung des SPV soll über zwei Seiten erfolgen, zum einen über den Beitrag des Landes Kärnten, der unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht. Da sind zu bewerten alle Vermögensgegenstände, die wir haben – leider überschaubar – aber auch nach der Anspannungstheorie all das, was die Schuldentragfähigkeit des Landes hergibt. Und das ist die große Herausforderung in der Berechnung, weil das natürlich auch im Zusammenhang mit den vom Bund gewährten Kreditkonditionen steht, die wir, wie ich hoffe, bald erfahren, damit diese Berechnungen auch in die finale Phase kommen, weil verständlich ist und nachvollziehbar ist, dass die Abgeordneten auch die entsprechenden Informationen haben möchten, um weitere Prüfungen vorzunehmen und ihre Entscheidungen letztendlich zu treffen. Der zweite Finanzierungsstrang für das SPV ist die sogenannte HETA-Recovery, also all das, was hereinkommt

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

beim Verkauf der Assets der HETA. Das ist der Bereich, der wahrscheinlich über die ABBAG von Bundesseite eingespeist wird und wo klar ist, dass hier die Haftung Kärntens auf den Beitrag begrenzt ist, den wir hier einzubringen und zu leisten haben, weil eben auch rechtlich unser Risiko nicht größer sein kann als das, was unserer wirtschaftlichen Tragfähigkeit entspricht. Zwei Drittel der Gläubiger müssen dieses Angebot dann annehmen. Und wenn man sich die Risikoverteilung ansieht, dann glaube ich, dass für die Gläubiger auch eine sehr große Herausforderung beim Animo besteht, das anzunehmen. Sie müssen sich vorstellen, es wird in Summe nie mehr als dieses Angebot herauskommen, eher weniger, denn in einem Insolvenzverfahren, das weiß jeder, wenn etwas nicht Going-Concern ist, sondern im Abwicklungsbereich, dann werden die Erlöse weniger und dann gibt es auch keine Schuldentragfähigkeit für die Zukunft. Und das wissen auch die Gläubiger. Das sind hochprofessionelle Kanzleien, die dort vertreten, und die machen gleich wie wir eine Risikoabwägung. Die Gläubiger wissen auch, dass im Fall einer nicht gütlichen Einigung Kärnten jeden einzelnen Anspruch bestreiten wird und bestreiten muss. Das heißt, Prozesse über viele, viele Jahre, wo allein schon die Prozesskosten und Gerichtsgebühren einen Großteil des Haftungsstocks auffressen werden, der dann in weiterer Folge zu einer Befriedigung führen kann. Dieses Risiko besteht auf beiden Seiten, es ist aber für die Gläubiger ungleich höher als für das Land Kärnten, denn wir haben nur beschränkte Mittel. Mehr als das kann man uns nicht nehmen, denn mehr haben wir auch nicht anzubieten. Diese Überlegungen, da bin ich mir ganz sicher, werden auch auf Gläubigerseite angestellt, und ich hoffe und gehe davon aus, dass hier eine entsprechende einvernehmliche Lösung möglich ist.

In früheren Zeiten hätte es eine Diskussion, wie wir sie heute führen, nicht gegeben. Und ich werde auch in Zukunft alles dazu tun, dass jeder und jede – und da weiß ich, wovon ich spreche, denn ich habe früher oft darunter gelitten, dass wir keine Unterlagen bekommen haben – die Unterlagen bekommt, die auch eine entsprechende Entscheidungsfindung ermöglichen. Denn eines ist klar: Diese Entscheidungen, die wir jetzt zu treffen haben, sind weitgehend, sie sind mit einer unheimlich großen Verantwortung jedes Einzelnen verbunden. Und ich glaube, es

gibt keine Lösungen im Zusammenhang mit der HETA, die man als gut bezeichnen könnte, es gibt auch keine Lösung, die man als risikolos bezeichnen könnte, aber es ist hoch an der Zeit, Lösungsschritte umzusetzen. Ich kann Ihnen versichern, dass ich alles dazu tun werde, um Kärnten hier in ruhige Bahnen zu lenken, das rechtlich Erforderliche vorzubereiten für eine sinnvolle Lösung und Sie so zu informieren, dass Sie in die Lage versetzt sind, Ihre Entscheidungen abzuwägen und entsprechend dieser Abwägungen auch zu entscheiden! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner vorgemerkt habe ich den Herrn Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser. Ich darf ihn um seinen Debattenbeitrag ersuchen!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Dankeschön, sehr geschätzter Herr Präsident! Frau Finanzreferentin! Geschätzte Regierungskollegen der Koalitionsparteien! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Geschätzter Herr Rechnungshofdirektor! Herr Landesamtsdirektor! Meine Damen und Herren Bundesräte! Es ist für mich wichtig zu sehen, wer heute hier ist, wer an diesen Verhandlungen teilnimmt, weil sehr oft darüber gesprochen wurde, welche Informationen man bekommt. Ich bin sicher, dass all jene, die der heutigen Sitzung oder beim Durchlesen des Protokolls der heutigen Sitzung dem folgen, sehr viel mehr Information haben, als wahrscheinlich jemals ein politischer Verantwortungsträger in diesem Land hatte. Meine Damen und Herren, der 1. März des Jahres 2015 hat gegenüber allen anderen bis zu diesem Tag angewandten Varianten, Überlegungen, wie man mit diesem HETA-Problem umgeht, eine völlig neue Perspektive gegeben. Die Frau Finanzreferentin hat es angeführt, ich spitze es auch politisch zu. Mit dem 1. März und dem Stellen der HETA und des Banken Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes hat ein Moratorium zu ticken angefangen. Ein Moratorium, dessen theoretische Möglichkeit einer Verlängerung zwar existiert, aber unwahrscheinlich ist und das spätestens mit 31.5. endet. Seit diesem Zeitpunkt

**Mag. Dr. Kaiser**

1. März und den darauffolgenden Tagen und Wochen war es völlig klar, dass es für die Verantwortungsträger des Landes Kärnten – und das sind wir alle hier herinnen – nur mehr zwei Varianten gibt. Variante Eins: Nichts zu tun, alles sich selbst entwickeln zu lassen und mit einer nicht sehr geringen Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass Insolvenz als eine der Folgen oder insolvenzähnliche Szenarien auf das Land Kärnten und seine Menschen niederprasseln. Oder die zweite Variante: Man entscheidet sich dazu, etwas zu tun. Dazu haben wir uns entschieden. Wenn man diese Entscheidung getroffen hat, steht man vor einer zweiten Entscheidung. Auch die hat sich in den Wochen danach herauskristallisiert. Wissend, auf dem Kreditmarkt – erinnern Sie sich an die Downgradings von Moody's, egal ob gerechtfertigt oder nicht, aber immer mit dem Verweis auf die HETA und auf die ungelöste Situation – ist Kärnten nicht mehr in der Lage, in irgendeiner Art und Weise ein Bundesland zu finanzieren, und wir bestehen zu einem Großteil aufgrund von Darlehensfinanzierungen und Kreditfinanzierungen. Die einzige Möglichkeit war und ist, wie auch in der Vergangenheit, aber jetzt nur mehr als einzige Möglichkeit, der Bund, die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur gewesen. Unter dieser Prämisse haben wir einerseits einen Kreditvertrag ausverhandelt und dessen Bedingungen, wo Schlimmstes abgewendet werden konnte, aber ein enges Korsett geblieben ist, und gleichzeitig haben wir aber auch gewusst, dass wir sehr eng an diese Situation des Bundes geschmiedet sind.

Und jetzt sind wir zur zweiten grundsätzlichen Entscheidung gekommen, die wir auch getroffen haben: Marschieren wir bei der Lösung dieses Problemes, zu der wir uns im ersten Schritt entschieden haben, alleine oder gehen wir mit dem Bund gemeinsam? Eine heute in manchen Wortmeldungen herausgearbeitete Zwitterstellung, einmal den Bund zu klagen, ein anderes Mal die Haftungen zu bestreiten und dann gemeinsam mit dem, der uns finanziert, vielleicht in einen Streit zu treten, oder aber in Gemeinsamkeit zu versuchen, eine von uns nicht verursachte Situation gemeinsam zu bewältigen, das war die Entscheidung, vor der wir auf der zweiten Ebene gestanden sind. Und wir haben uns zu dem entschieden, gemeinsam mit dem Bund in harten Verhandlungen in permanenten Arbeitsgruppen eine lösungsfähige Situation zu schaf-

fen, bei der wir nicht zu 100 Prozent sagen können, so wird sie ausgehen. Aber wir können sagen, dass es unter Abwägung aller Möglichkeiten, die wahrscheinlichste und die höchste Chance bietende ist, dieses schon oft zitierte Damoklesschwert, das über Kärnten und damit auch der Republik Österreich schwebt, zu beseitigen. Hier sind unsere Interessen zwischen Bund und Land tausend Mal mehr wert als mit irgendjemand Anderem als Partner. Ich glaube, wenn man das logisch nachvollzieht, emotionslos sieht, werden alle zur selben Situation und zur selben Schlussfolgerung kommen.

Damit ist aber auch erklärt, was der letzte Schritt war. Der letzte Schritt ist, welches von mehreren Modellen wählt man. Wir haben uns entschieden, auf das mit dem Special Purpose Vehicle zurückzugreifen, weil hier auch die Möglichkeiten bestehen, die Gesamtsicht so zu gestalten, dass wir auch zu etwas kommen, was manche mit Risk-Sharing und Ähnlichem benennen, nämlich dass wir schauen, wie teilen wir Verantwortung, wie teilen wir Risiko auf und was ist auch in diesem Land machbar und zumutbar. Und genau dort sind wir jetzt angekommen, und ich gehe auf die derzeit wahrscheinlich aktuellsten Fragestellungen ein, die die Medien und alle beschäftigen, ein, die aber nur ein Teil dieser wesentlichen Frage sind, und ich möchte die erörtern. Alle möchten gerne wissen, wie hoch wird dieser Betrag X des Landes Kärnten sein? Meine geschätzten Damen und Herren, ich kann ihn nur deskriptiv benennen. Er wird entsprechend der Leistungsfähigkeit des Landes, dem Vermögenstand des Landes und der Schuldentragfähigkeit des Landes Kärnten mit der Momentaufnahme des jetzigen Bereiches Abschluss 2014 und der Hochrechnung, was wir für 2015 als drittes Quartal haben, zu berechnen sein. Und wenn er berechnet wird – und da haben wir Fachleute internationaler Art, also nicht Gaby Schaunig, Peter Kaiser oder Josef Lobnig, sondern Fachleute werden das prüfen – wird das auch vom Ergebnis her vom Rechnungshof bestätigt werden. Und mit diesem Ergebnis, von Fachleuten erstellt auf Basis der von euch beschlossenen Rechnungsabschlüsse und der weiteren Darstellungen, die noch notwendig sind, werden wir dann eine Symmetrix, die dann noch geprüft wird - wie viel kann man mit einem solchen Vermögensstand des Landes theoretisch noch kreditieren - bekommen. Und aus diesen

**Mag. Dr. Kaiser**

Faktoren wird sich dann dieser berühmte Betrag X ergeben. Jeder, der diesen Betrag X erstellt, soll die Chance haben, von den Gläubigern, in einen Datenraum zu schauen, stimmt das so, wie die Annahmen sind. Daher zieht die Finanzreferentin – zu Recht aus meiner Sicht – auch die Schlussfolgerung, dass es eine gute Chance gibt, dass ein auch mit diesem Betrag – beinhaltet plus HETA-Asset – ausgestattetes Special Purpose Vehicle als Angebot das tut, was wir so dringend brauchen, nämlich die Haftungen von den Gläubigern herauszunehmen und in dieses Special Purpose Vehicle, in das heute von euch zu beschließende Gesetz, in diesen Fonds hineinzugeben, der Kärntner Ausgleichszahlungsfonds genannt wird. Sobald dort die behafteten Papiere sind, geschätzte Damen und Herren, haben wir das Damoklesschwert zumindest stumpf gemacht. Ich schließe nicht aus, genauso wenig wie manche Redner das gesagt haben, dass nicht Rest-Risiken bleiben. Die werden bleiben. Wahrscheinlich werden auch einzelne Anwälte uns anfechten. Aber das, was es jetzt an Gesetzes-Konstrukten gibt durch das Hold-out-Gesetz des Bundes, durch verschiedene Maßnahmen, die wir auch noch zu beschließen haben werden hier im Hohen Haus, um das zu erreichen, was ich jetzt hier darstelle, mit diesem Gesetzeswerk schaffen wir das, was eine gesetzgebende und exekutierende Körperschaft schaffen kann auf Bundes- und Landesebene, nämlich einen höchstmöglichen Sicherheitswall. Das ist der Weg, zu dem wir uns entschieden haben. Ich glaube, dass es noch ein paar Indizien gibt, die wir vielleicht auch einmal hier im Hohen Haus nennen sollten, die nicht so oft diskutiert werden auch in der Öffentlichkeit, die es aber wert sind, auch einmal an die Öffentlichkeit gebracht zu werden. Erinnern Sie sich noch, nachdem wir in der Causa alles sehr genau beobachten, dass es eine Empfehlung der Europäischen Zentralbank gibt, jene behafteten Papiere, die in den einzelnen Trusts, in den einzelnen Banken, in den einzelnen Finanzkonsortien liegen, um 50 Prozent abzuwerten? Ist aus dieser Sicht nicht vielleicht das enge Zeitkorsett, das natürlich viel herausfordert von uns und abfordert, auch ein Vorteil? Denn der Zeitraum ist Ende des Jahres, und wir alle wissen, wann und in welcher Form Bilanzen auch von großen Unternehmungen zu erstellen sind und dass die dann genauso ihre Berichtspflicht innerhalb der Konsortien haben. Ist es nicht auch wichtig, einmal folgend dem privaten

Insolvenzgesetz zu fragen, was würde denn in einem von mir niemals in den Mund genommenen Insolvenzfall eines Bundeslandes bleiben? Es würden die behafteten Papiere plus die Schulden, die das Land Kärnten zum jetzigen Zeitpunkt hat, plus alles was noch an ausstehenden Forderungen ist, in diese Masse kommen und dann müsste man das, was man jetzt untereinander aufteilen kann, als Gläubiger mit mehreren teilen und zu einer ganz anderen Quote wahrscheinlich, als man es erwarten kann. Also gibt es eine gute Perspektive und Prognose, das was wir hier in enger Abstimmung mit Expertinnen und Experten – und wir kaufen diese Expertise auch mit Steuergeld ein, aber das ist gut investiert, weil sie einen XX-Potenz-fachen Schaden abwenden helfen – dass wir versuchen können, das was wir in diese Sache einbringen, so gut als möglich auch zu machen.

Jetzt zum Thema Transparenz. Nachdem ich diesem Landtag sehr lange angehört habe, auch diese Phasen alle miterlebt habe, weiß ich, welcher qualitativer Unterschied heute hier und in dieser Legislaturperiode durch die Zukunftskoalition an den Tag gelegt wurde. Meine Damen und Herren, wir haben in dieser Causa Expertengremien eingesetzt, die permanent tagen. Wir haben für diese und mit diesen Expertengremien eingeladen, dass jede der Parteien auch eine Expertin/einen Experten informiert, die nahe herangezogen werden an die jeweilige Entwicklung, und das schon bereits seit mehreren Monaten. Wir haben jetzt in der sogenannten „heißen Entscheidungsphase“ ein Jour fixe eingerichtet, jeden Montag um 08.00 Uhr früh bei der Landesfinanzreferentin, mit dem Landeshauptmann, wo alle Klubs und Interessengemeinschaften eingeladen sind. Am Montag hat das das erste Mal getagt. Wir sind bereit, von mir aus jeden Tag und zu jeder Tageszeit, wenn es notwendig, erforderlich ist, das auch fortzuführen. Wir haben permanent – bisher im Abstand von jeder sechsten Regierungssitzung – jetzt bereits am letzten Montag, am Allerseelen-Tag, auch die Sozialpartner-Organisationen, die ja entscheidend sind für die Entwicklung dieses Landes, mit informiert, damit sie wissen, unter welchen Prämissen wir welche Entscheidungen, Gesetze und auch letztendlich Veranlassungen treffen. Ich glaube, dass diese Transparenz aus meiner Sicht kaum von jemandem zu überbieten sein wird.

**Mag. Dr. Kaiser**

Was ich abschließend noch sagen möchte, ist eines, und das betrifft den Begriff des Vertrauens. Ich halte viel von dem, was die Kollegin Schanig gesagt hat, man möge sich selbst vertrauen, bevor man es anderen tut. Das bedeutet, dass wir, Sie wie wir, uns in all diese Bereiche mit hineingeben müssen. Information ist Grundvoraussetzung. Ich denke, dass heute das Beispiel dafür und der Beweis dafür gegeben wurden. Wir machen aber noch etwas: Wir machen nicht, wie es andere schon in der Vergangenheit gezeigt haben, Dinge, die ausschließlich vom Landtag ausgehen, sondern wir als Kärntner Landesregierung, die jetzt die Verantwortung trägt, nehmen jeden der Gesetzesvorschläge zuerst in der Regierung auf die Agenda, beschließen ihn dort und geben ihn dann zur weiteren Bearbeitung dem Kärntner Landtag. Wenn Sie so möchten, haben wir nicht in derselben Mandatssituation, wie Sie es sind als Abgeordnete des Hohen Hauses, auch die Verantwortung mit auf uns gezogen. Mit dieser Verantwortung vorausgehend glaube ich, dass das, was der Kollege Gaggl Vertrauen genannt hat, etwas ist, was schon mit einer persönlichen auch Identifizierung jener Schritte, die wir tun, sehr eng zusammenhängt. Das hat es in der Form in dieser Causa nicht gegeben. Denn ich erinnere mich an Zeiten, wo in einem siebenköpfigen Vorstand bzw. Kuratorium drei Leute, nämlich jene, die der SPÖ angehört haben, nicht einmal gewusst haben, dass eine Bank verkauft wurde, sondern das dann durch die Einladung zu einer dementsprechenden Pressekonferenz erfahren haben. Dieser Vergleich, meine Damen und Herren, auch hinsichtlich Transparenz, macht meines Erachtens auch sicher.

Zum Schluss kommend: Es ist sicherlich eine der härtesten Phasen, die dieses Bundesland seit Langem, seit sehr, sehr Langem erlebt hat. Es kann niemand mit Garantie sagen, wie dieser Prozess ausgeht. Ich kann Ihnen aber eines sicher sagen: Wenn wir uns nicht bemühen und wenn wir nicht das Heft des Handelns soweit es uns gelingt in die Hand nehmen – und wir haben es genommen – dann wird diese Sache nicht gut ausgehen. Was wir jetzt machen, hat Erfolgsaussicht, Erfolgsaussicht nicht für irgendjemanden, der damit politischen Vorteil, Kleingeld oder Ähnliches schlagen will, Erfolgsaussicht für ein Land und seine Menschen, die diese Erfolgsaussicht a) brauchen und b) verdienen. Deswegen

arbeiten wir auch Tag und Nacht daran, dass es zu einer Lösung kommt. Ich freue mich über jene, die ein Problem erkannt haben und mit Teil der Lösung sind! Ich bedauere jene, die nur Teil des Problems waren! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zu Wort gemeldet habe ich den Klubobmann der Freiheitlichen, Mag. Leyroutz. Ich darf ihn zum Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Trotz der interessanten Diskussion reichen die Argumente für unsere Fraktion nicht aus, dem Gesetz unsere Zustimmung zu erteilen. Aber ich möchte, abgesehen von ein paar neuen Argumenten, noch auf meine Vorredner kurz replizieren: Kollege Lebersorger, das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes hat sich gerade mit dieser Frage, die hier wesentlich ist, nämlich ob ein Erkenntnis eines Verfassungsgerichtshofes auch auf bereits verwirklichte Tatbestände erweitert werden kann, nicht auseinandergesetzt. In einer Besprechung, die wir bei der Frau Finanzlandesrätin hatten, hatte ich die dementsprechenden Erkenntnisse, neuere Erkenntnisse dabei. Die sind auch Gegenstand eines Gutachtens, das leider noch nicht vorliegt, aber wir werden selbstverständlich die Drittel-Anfechtung weiter verfolgen. Wenn die Frau Finanzlandesrätin meint, dass in der Vergangenheit Expertisen nicht vorgelegen seien, dann darf ich auf die letzte Sitzung verweisen und erinnern, wo wir uns mit den Berichten zum Untersuchungsausschuss Seen auseinandergesetzt haben. Da sind die Expertisen, die Gutachten vorgelegen, nur man hat sie offensichtlich nicht angesehen. In dem Fall, für die Entscheidung in der Angelegenheit, liegen Expertisen nicht vor. Wir haben zwei Sitzungen verfolgt, wo mündliche Anfragen beantwortet wurden, Expertisen, Gutachten sind nicht vorgelegt worden. Das ist meines Erachtens eine mangelnde Entscheidungsgrundlage. Wenn wir aber darüber reden, dass das Land Kärnten jenen Beitrag leisten wird, der der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes ent-

**Mag. Leyroutz**

spricht, dann muss man schon die Frage stellen, was ist denn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes, das jedes Jahr neuerliche Schulden aufnimmt, um überhaupt alte Schulden zu bezahlen? Dann kann man nur sagen, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit für die Zukunft, neue Verbindlichkeiten einzugehen, ja gar nicht da sein kann. Wir haben auch vorhin besprochen, es gibt eine gewisse Gläubiger-Gleichbehandlung. Glauben Sie denn wirklich, dass jene Gläubiger, die auf Haftungen aus einer Ausfallsbürgschaft zurückgreifen können, das unwidersprochen hinnehmen werden, dass sämtliche Darlehen bei der OeBFA, sämtliche Finanzierungen bei anderen Gläubigern nicht beschnitten werden, dass dort eine volle Rückzahlung erfolgen wird und nur jene Gläubiger schlechter gestellt werden? Denn in einem Insolvenzfall würden genau alle Gläubiger des Landes gleich behandelt werden. Das wurde in diesem Gremium und in der heutigen Sitzung noch nicht erörtert. Ich vermisste jegliche Stellungnahme zu diesen Punkten. Bereits aus dem Grund wird die derzeit angedachte Lösung auch keinen Erfolg haben. Das sollte man mit den Experten besprechen. Denn ich kann nicht davon ausgehen, dass der Rechnungshof einer derartigen Vorgangsweise auch einen positiven Bescheid ausstellen wird. Wir werden daher dem Gesetz nicht zustimmen. *(Beifall von der F-Fraktion und von Abg. Mag. Schalli.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die umfangreiche Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt erschöpft. Ich danke für die Debattenbeiträge! Ich danke auch für das Versprechen, in diesem Zusammenhang mit größtmöglicher Transparenz auch die weiteren Schritte zu setzen! Ich darf dem Berichterstatter das Schlusswort in der Generaldebatte erteilen. *(KO Abg. Mag. Leyroutz meldet sich zur Geschäftsordnung.)* Entschuldigung, habe ich nicht gesehen! Moment, Herr Klubobmann! *(Der Vorsitzende aktiviert das Mikrofon)* Bitte, das Mikro ist offen.

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Bereits in der letzten Landtagssitzung habe ich angeführt, dass ich es als bedauerlich erachte, dass die Abgeordneten nicht persönlich für ihre Entscheidungen haften. Aber immerhin hat jeder mit seinem Namen für seine Entscheidungen einzustehen. Wir beantragen als Freiheitlicher Landtagsklub eine namentliche Abstimmung!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die namentliche Abstimmung ist beantragt. Ich muss darüber *(3. Präs. Lobnig: Nein!)* nicht abstimmen lassen, sondern wir werden diese auch namentlich durchführen. Ich darf den Herrn Landtagsdirektor bitten, eine entsprechende Liste der Abgeordneten, wenn er sie verfügbar hat – *(Dir. Mag. Weiß verneint.)* hat er nicht. *(Dir. Mag. Weiß verlässt den Saal, um die Liste zu holen.)* Dann unterbreche ich die Sitzung für drei Minuten zu einer kurzen Steh-Präsidiale. Wir setzen sie dann gleich wieder fort.

*(Unterbrechung der Sitzung von 15.58 Uhr bis 16.01 Uhr.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es ist inzwischen die entsprechende Liste aller Abgeordneten verfügbar. Wir haben in der Steh-Präsidiale vereinbart, dass die namentliche Abstimmung in der dritten Lesung vorgenommen wird, daher darf ich dem Berichterstatter nun das Schlusswort in der Generaldebatte erteilen. Bitte!

Berichterstatter Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Danke! Vielleicht noch als Schlusswort nur zwei Anmerkungen: Zum einen, ich unterstütze den Landeshauptmann in seinen Ausführungen, dass Bund und Land nicht als Gegner zu sehen sind. Wir alle sind auch auf die Bundesverfassung vereidigt, und ich weiß schon, natürlich sind wir Landesbürger und in erster Linie dem Land Kärnten verpflichtet, und wie das so schön heißt, das Hemd ist einem näher als der Rock, aber wenn wir uns den Rock, sprich den Bund, vom

**Scherwitzl**

Körper reißen, werden wir ziemlich frieren. Also ich sehe uns nicht in einer Gegnerschaft, sondern ich glaube, dass dieses Gesamtproblem auch angesichts des Volumens nur gemeinsam zu stemmen ist. Das Zweite, ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, um was es bei diesem Verhandlungsgegenstand geht. Es wurde ja schon sehr viel auch inhaltlich diskutiert, liegt auch in der Natur der Sache. Hier geht es um diese Gesetzesinitiative, geht es um die Einrichtung der Zweckgesellschaft, um einen der möglichen Wege beschreiten zu können.

Ich stelle einerseits den Antrag auf Eingehen in die Spezialdebatte und andererseits den Antrag auf paragraphenmäßige Verlesung!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ziffern- und paragraphenmäßige Verlesung!

Berichterstatter Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Ziffern haben wir nicht bei so einem Initiativantrag.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gut! Sie haben den Antrag gehört. Wer in der Spezialdebatte zustimmt und die entsprechende Verlesung nach Paragraphen auch unterstützt, den bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen zur Zustimmung! – Das ist mit den Stimmen der anwesenden Damen und Herren Abgeordneten von SPÖ, ÖVP, Grünen, dem Team Stronach und der Abgeordneten des BZÖ die entsprechende Mehrheit. Ich darf den Berichterstatter bitten, fortzufahren!

Berichterstatter Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

§ 1 Ziele des Gesetzes, § 2 Einrichtung des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds, § 3 Aufgabe des Fonds – wie gesagt, in § 3 wird die Ergänzung des Bundesgesetzblattes bei der Kundmachung durch den Landeshauptmann durchgeführt, in Entsprechung des Art. 35 Abs. 3b Kärntner Landesverfassungsgesetz und Kärntner

Kundmachungsgesetz – § 4 Fondsgesetze, § 5 Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Mitglieder der Organe, § 6 Bestellung des Vorstandes, § 7 Aufgaben des Vorstandes, § 8 Beschränkung der Vertretungsbefugnis, § 9 Wettbewerbsverbot, § 10 Erlöschen der Mitgliedschaft zum Vorstand, § 11 Bericht an das Kuratorium, § 12 Bestellung des Kuratoriums, § 13 Erlöschen der Mitgliedschaft zum Kuratorium, § 14 Unvereinbarkeit und Befangenheit, § 15 Sitzungen des Kuratoriums, § 16 Teilnahme an Sitzungen des Kuratoriums.

Ich stelle den Antrag, die Paragraphen 1 bis 16 anzunehmen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist wiederum mit der entsprechenden Mehrheit von SPÖ, ÖVP, Grünen, Team Stronach und BZÖ-Abgeordneten die erforderliche Mehrheit. Bitte, § 17 mit den Änderungen!

Berichterstatter Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

§ 17 Rechte und Aufgaben des Kuratoriums. Ich beantrage die Annahme in Form des Abänderungsantrages. Dieser lautet: In § 17 Abs. 5 Z 6 wird das Zitat „§ 24 Abs. 3“ durch das Zitat „§ 23 Abs. 3“ ersetzt. Und in der Ziffer 8 des gleichen Paragraphen, also in § 17 Abs. 5 Z 8 wird das Zitat „§ 24 Abs. 6“ durch das Zitat „§ 23 Abs. 6“ ersetzt.

Ich beantrage die Annahme von § 17, wie gesagt in der abgeänderten Version.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

*(Schriftführer Dir. Mag. Weiß: Zuerst über den Abänderungsantrag an sich abstimmen und dann über der vollständigen Paragraphen!)* Ich lasse über den vorgetragenen Abänderungsantrag abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist wiederum mit der vorhin festgestellten Mehrheit so deutlich beschlossen.

Bitte, den § 17 im Gesamten abzustimmen, mit den bereits beschlossenen Abänderungen! Wer dem zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist wiederum mit der von

**Ing. Rohr**

mir vorhin festgestellten Mehrheit so beschlossen. Bitte, fortzufahren!

Berichterstatter Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

§ 18 Funktionsgebühren des Kuratoriums, § 19 Geschäftsstelle, § 20 Mitarbeiter des Fonds, § 21 Verschwiegenheitspflicht, § 22 Aufbringung der Fondsmittel, § 23 Fondsgebarung, § 24 Geschäftsjahr, § 25 Mitwirkung der Landesregierung an der Besorgung der Aufgaben des Fonds, § 26 Landesaufsicht, § 27 Bestätigung der Vertretungsbefugnis, § 28 Abgabenbefreiung, § 28a Ausnahme zur Überprüfung von Großvorhaben, § 29 Auflösung des Fonds.

Ich beantrage die Annahme der Paragraphen 18 bis 29.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme von Paragraph 19 bis 29 ist beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum mit den Stimmen der Abgeordneten der SPÖ, der ÖVP, der Grünen, des Teams Stronach und der BZÖ-Abgeordneten mehrheitlich so beschlossen. Bitte, Kopf und Eingangang!

Berichterstatter Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Gesetz vom 05.11.2015, mit dem der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds eingerichtet wird (Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz – K-AFG)

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich wiederum um ein Handzeichen! – Das ist wiederum mit der von mir vorhin festgestellten Mehrheit so beschlossen. Bitte um die Verlesung der Beschlussformel und dann nehmen wir die namentliche Abstimmung vor!

Berichterstatter Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetz, mit dem der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds eingerichtet wird (Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz – K-AFG), wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Bitte den Herrn Landtagsdirektor, die Abgeordneten nach Fraktionsgröße und alphabetisch zur Abstimmung aufzurufen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Herr Abgeordneter Ing. Manfred Ebner? – (*Abgeordneter Ing. Ebner: Zustimmung!*) – Bitte laut mit Ja oder Nein antworten! (*Vorsitzender zeitgleich: Bitte mit Ja oder Nein antworten!*) – (*Abgeordneter Ing. Ebner: Ja!*) Herr Abgeordneter Klaus Köchl? – (*Abgeordneter Köchl: Ja!*) Herr Abgeordneter Günter Leikam? – (*Abgeordneter Leikam: Ja!*) Frau Abgeordnete Ines Obex-Mischitz? – (*Abgeordnete Obex-Mischitz: Ja!*) Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Hannes Primus? – (*Abgeordneter Dipl.-Ing. Primus: Ja!*) Herr Abgeordneter David Redecsy? – (*Abgeordneter Redecsy: Ja!*) Herr Präsident Ing. Reinhart Rohr? – (*Erster Präsident Ing. Rohr: Ja!*) Frau Abgeordnete Waltraud Rohrer? – (*Abgeordnete Rohrer: Ja!*) Herr Abgeordneter Andreas Scherwitzl? – (*Abgeordneter Scherwitzl: Ja!*) Herr Präsident Rudolf Schober? – (*Zweiter Präsident Rudolf Schober: Ja!*) Herr Abgeordneter Herwig Seiser? – (*Abgeordneter Seiser: Ja!*) Herr Abgeordneter Jakob Strauß ist nicht hier. Herr Abgeordneter Alfred Tiefnig? – (*Abgeordneter Tiefnig: Ja!*) Herr Abgeordneter Mag. Josef Zoppoth? – (*Abgeordneter Mag. Zoppoth: Ja!*) Herr Abgeordneter Mag. Christian Leyroutz? – (*Abgeordneter Mag. Leyroutz: Nein!*) Herr Präsident Josef Lobnig? – (*Dritter Präsident Lobnig: Nein!*) Herr Abgeordneter Franz Pirolt? – (*Abgeordneter Pirolt: Nein!*) Herr Abgeordneter Franz Staudacher? (*Abg. Staudacher erhebt sich: Christoph Staudacher!*) Christoph Staudacher? – (*Abgeordneter Staudacher: Nein!*) Herr Abge-

**Mag. Weiß**

ordneter Harald Trettenbrein? – *(Abgeordneter Trettenbrein: Nein!)* Herr Abgeordneter Roland Zellot? – *(Abgeordneter Zellot: Nein!)*; Herr Abgeordneter Herbert Gaggl? – *(Abgeordneter Gaggl: Ja!)* Herr Abgeordneter Ing. Ferdinand Hueter? – *(Abgeordneter Ing. Hueter: Ja!)* Herr Abgeordneter Malle ist nicht hier. Frau Abgeordnete Ing. Karin Schabus? – *(Abgeordnete Ing. Schabus: Ja!)* Herr Abgeordneter Franz Wieser? – *(Abgeordneter Wieser: Ja!)* Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Michael Johann? – *(Abgeordneter Dipl.-Ing. Johann: Ja!)* Frau Abgeordnete Kuchling ist nicht hier. Herr Abgeordneter Dr. Reinhard Lebersorger? – *(Abgeordneter Dr. Lebersorger: Ja!)* Frau Abgeordnete Mag. Dr. Barbara Lesjak? – *(Abgeordnete Mag. Dr. Lesjak: Ja!)* Frau Abgeordnete Sabina Schautzer? – *(Abgeordnete Schautzer: Ja!)* Herr Abgeordneter Dr. Hartmut Prasch? – *(Abgeordneter Dr. Prasch: Ja!)* Herr Abgeordneter Martin Rutter? – *(Abgeordneter Rutter: Ja!)* Frau Abgeordnete Theuermann ist nicht anwesend. Herr Abgeordneter Korak ist nicht anwesend. Frau Abgeordnete Mag. Johanna Trodt-Limpl? – *(Abgeordnete Mag. Trodt-Limpl: Ja!)* Herr Abgeordneter Mag. Siegfried Schalli? – *(Abgeordneter Mag. Schalli: Nein!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die namentliche Abstimmung vonstaten gegangen. Es gibt eine deutliche Mehrheit für die Beschlussfassung in der dritten Lesung. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

## 2. Ldtgs.Zl. 39-68/31:

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Infrastruktur, Straßenbau und Verkehrsrecht zur Regierungsvorlage betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsdateninfrastruktur durch die Österreichische Graphenintegrationsplattform GIP**

**./ mit Vereinbarung**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Bürgermeis-

ter Köchl. Ich darf ihn bitten, zu berichten! *(Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause.)* Bitte, meine Damen und Herren, um etwas Aufmerksamkeit für den Berichterstatter! Bitte, du bist am Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf zu diesem Tagesordnungspunkt berichten, die Graphenintegrationsplattform führt verschiedene Fachdatenbanken und Geoinformationssysteme zusammen und ermöglicht trotz dezentraler Verwaltung, dass Verkehrsdaten den Gemeinden, Städten und weiteren Gebietskörperschaften in Form einer digitalen Karte aktuell und einheitlich zur Verfügung stehen.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist beantragt. Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Trettenbrein. Ich darf ihn um seinen Debattenbeitrag bitten!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! In aller Kürze: Wir werden dieser 15a-Vereinbarung die Zustimmung erteilen. Es ist ein vernünftiges Projekt, und es geht tatsächlich darum, Verkehrsdaten zu erfassen auf Bundesebene, Landesebene, Gemeindeebene. Es sind hier alle mit im Boot, AS-FiNAG, ÖBB, Gemeindebund, Städtebund und dergleichen. Es ist jetzt soweit ausgereift, dass man auch schon Verkehrszeichen einpflanzen kann in diese Plattform, die es gibt. Es wird laut Auskunftsperson daran gearbeitet, in Zukunft auch Verkehrsbaustellen einzuarbeiten. Es ist zwar noch nicht soweit, aber das soll der nächste Schritt sein, damit man dann auch langfristige Baustellen in dieses Konzept einpflanzen kann. Es wird öffentlich zugänglich sein, jedermann kann das Ganze nutzen. Was auch ganz besonders wichtig ist, ist dass die Navigationsanbieter, ob Google oder wer auch immer, auf diese Daten zugreifen können. Ob sie es tun werden, liegt in deren Verantwortung. Wichtig ist hier, dass ein

## Trettenbrein

gemeinsames Konzept quer über Österreich bearbeitet wird und in Zukunft vielleicht sogar auch europaweit. Wir stimmen diesem Antrag zu!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zu Wort gemeldet habe ich den Abgeordneten der SPÖ, Ing. Manfred Ebner. Bitte ihn um seinen Beitrag!

Abgeordneter **Ing. Ebner** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Brisanz des ersten Tagesordnungspunktes ist es eigentlich schade, dass dieser Tagesordnungspunkt in der medialen Öffentlichkeit etwas untergeht, weil Österreich hier europaweit Vorreiter ist. Der Kollege Trettenbrein hat schon gesagt, die Graphenintegrationsplattform – das ist ein bisschen ein sperriges Wort – abgekürzt GIP, ist eigentlich der Schritt von der analogen zur digitalen Welt. In der bisher vermissten Verbindung zwischen parallelen Systemen, die die einzelnen Gebietskörperschaften gehabt haben, wird es jetzt möglich, dass die verschiedenen Systeme von den einzelnen Verwaltungseinheiten verknüpft werden können. GIP ist die Grundlage für eine zeitgemäße Verwaltung von österreichischen Verkehrswegen. Und wenn ich Verkehrswege sage, dann meine ich nicht nur den motorisierten Individualverkehr, auch den öffentlichen Verkehr, das Radfahren und das Zufußgehen. Das führt so weit, dass auch die Wanderwege hier mit integriert werden. GIP ist die Integrationsplattform, die in ganz Österreich umgesetzt wird. Die Verkehrssteuerung erfolgt durch Behördenverfahren und erfordert die Zusammenarbeit von Infrastrukturerhaltern, Behörden und verschiedenen Verwaltungsebenen. Dadurch ergeben sich Vorteile für die Verwaltung, für die Verkehrsteilnehmer, vor allem aber auch für die Einsatzkräfte. GIP bietet dann, wenn es zur Gänze implementiert ist, der öffentlichen Verwaltung und den Behörden einen Überblick über die gesamte Verkehrsinfrastruktur, indem alle wesentlichen Informationen gebündelt vorliegen, eine parallele und damit mehrfache Datenhaltung ist nicht mehr erforderlich. So wird etwa die einfache Überprüfung möglich sein, ob eine behördliche Anord-

nung bzw. Maßnahme der Straßenverkehrsordnung entspricht oder im Widerspruch zu den behördlichen Anordnungen steht. Außerdem können die Wirkungen der Verkehrszeichen auf den Verkehrsfluss abgebildet werden. Es war ja der Projektstart bereits im Jahre 2008 von Kärnten ausgehend, es wurde dann 2009 österreichweit sozusagen dieser Prototyp-Status gestartet. 2012 wurde das eigentliche Prototyp-Werk in Niederösterreich gestartet. Ziel ist es, dass diese Verkehrsdaten nach einheitlichen Regeln digital verwaltet werden. Wer profitiert davon? Es profitieren davon die Städte, die Gemeinden, die Gebietskörperschaften, ÖBB, ASFiNAG und natürlich das BMVIT. Wichtig wird nicht nur die Installierung dieser Graphenintegrationsplattform sein, sondern auch die laufende Aktualisierung, daher wird es in Zukunft wichtig sein, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der einzelnen Projektpartner dementsprechend zu schulen. Das muss hinuntergehen bis zu den Gemeinden. Denn ein System ist nur dann gut, wenn alle Partner diese Datenpflege auch ernst nehmen und betreiben und die dafür notwendigen Kenntnisse vorhanden sind. Der Datenaustausch zwischen den Gebietskörperschaften wird durch den Datennutzungsvertrag geregelt. Die Datenhoheiten, und das ist wichtig, bleiben aber bei den einzelnen Gebietskörperschaften. Die Inhalte dieser Graphenintegrationsplattform werden im Sinne einer transparenten, öffentlichen Verwaltung veröffentlicht. Das heißt, ab 1.1.2016 ist es ein Open-Government-Data. Durch das Aufzeigen von Alternativen wird dabei der Umstieg auf den umweltfreundlichen Verkehr, öffentlichen Verkehr, Fahrradverkehr, Fußgänger usw. attraktiv und auch bewusst gemacht. Zu Fuß gehen, das habe ich vorher schon angekündigt oder erwähnt, vor allem auch die Realisierung eines Alpenen Wege-Informationssystems, das in einem Teilbereich ein Projekt mit AWIS betitelt, ist für die alpinen Vereine, unter der Leitung des Verbandes Alpine Vereine Österreichs schon seit Längerem ein bedeutendes Ziel. Die öffentliche Verwaltung bietet mit dem österreichischen einheitlichen Wegegraphen, GIP, eine einzigartige Datenbasis. Auch hier ist Österreich Vorreiter in Europa. Mit Hilfe der GIP können Unfälle von der Exekutive mit weniger Aufwand entdeckt und zugleich exakter verortet werden. Das Unfallmanagement und die Analyse der Unfallhäufigkeitspunkte werden dadurch wesentlich erleichtert. Die GIP bildet zudem auch noch die

**Ing. Ebner**

Grundlage für Routen-Genehmigung, für Sondertransporte und Gefahrguttransporte. Auf meine Frage hin im Ausschuss, warum das Ganze nicht im BMVIT angesiedelt wird, wurde von der Auskunftsperson, Frau Dr. Mandl-Mair, schlüssig geantwortet, dass die verschiedenen Projektpartner, also ÖBB, Land, GIP, Gemeinden und Städte einzelne Beschlüsse fassen müssen. Da ist es gescheiter, wenn man das Ganze sozusagen in einem Verein bündelt, wo jeder seine Fachleute drinnen sitzen hat und man dieses dann gemeinsam rascher umsetzen kann.

Das heißt, schlussendlich ist diese 15a-Vereinbarung sinnvoll. Sie ermöglicht effizienteres Arbeiten. Sie ermöglicht schnellere Aktualität. Es werden dadurch weniger Parallelstrukturen anfallen. Österreich ist, wie gesagt, Spitzenreiter, und auch die Software-Entwicklung kommt zu 100 Prozent aus Österreich, eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Die Kosten für Kärnten belaufen sich auf 7,7 Prozent des gesamten Projektes, was Kärnten im Jahr 2016 mit € 44.200,-- belasten wird. Wir stehen zu dieser Erneuerung. Wir stehen zu dieser Graphenintegrationsplattform, daher Zustimmung zu dieser Regierungsvorlage. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weitere Rednerin zu Wort gemeldet ist die Klubobfrau der Grünen, Dr. Barbara Lesjak. Ich bitte sie um ihren Beitrag!

Abgeordnete **Mag. Dr. Lesjak** (GRÜ):

Herr Präsident! Geschätzte Kollegen, Kolleginnen! Meine Vorredner haben jetzt schon so viel zu dieser Thematik erzählt, dass da kaum mehr etwas übrig geblieben ist. Vielleicht eines noch, was ich hervorheben möchte: Es ist tatsächlich so, dass diese Initiative im Jahr 2008 von Kärnten ausgegangen ist, mit einer Arbeitsgruppe und jetzt in ganz Österreich sozusagen erfolgreich geworden ist mit so einem gemeinsamen Verkehrsreferentensystem, das ja dann letztendlich allen zugutekommen wird und am Ende natürlich auch für den Bürger, für die Bürgerin zur Verfügung stehen wird, auch in diesem Open-Government-Data-Bereich zugänglich sein wird.

Das braucht natürlich aber auch die Fürsorge, sagen wir einmal, der Gemeinden, weil die Gemeinden hier ja auch etwas zu tun haben werden. Sie müssen diese gemeinsame Datenbank bedienen, betreuen und die Daten einpflegen, damit dann eben alle Straßen, Straßennamen, Gehwege, et cetera dort entsprechend aktuell dargestellt werden. Für diese Geschichte verdient dieses Projekt, alle reden ja von Innovation, einen Innovationspreis. Man müsste einmal einer Behörde, in diesem Fall jetzt der Frau Mandl-Mair, einen Innovationspreis für diese Geschichte geben, weil das wirklich einzigartig ist. In ganz Europa hat es so etwas noch nicht gegeben. Das hat auch Vorbildwirkung für andere Länder. Ich bin schon stolz drauf, dass wir in Kärnten doch auch solche Vorzeigeprojekte haben! Danke! *(Beifall von der Grünen-Fraktion und von Abg. Mag. Trodt-Limpl.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort!

Berichterstatter Abgeordneter **Köchrl** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten beschlossen. Bitte, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Köchrl** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsinfrastruktur durch die Österreichische Graphenintegrationsplattform GIP wird gemäß Art. 66 Abs. 2 K-LVG zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser wiederum die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig wiederum mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

### **3. Ldtgs.Zl. 65-7/31:**

#### **Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Landesrat Dipl.-Ing. Benger zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Prasch betreffend Landesmuseum Kärnten**

In der letzten Sitzung wurde die Debatte dazu beantragt. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Prof. Dr. Hartmut Prasch.

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe hier an dieser Stelle vor gar nicht langer Zeit eine grundsätzliche Wortmeldung zur Bedeutung und zu den Aufgaben eines Landesmuseums abgegeben. Die Hauptaufgaben eines jeden Museums, von den Bundesmuseen bis hin zu Regional- und Lokal-museen, sind im Code of Ethics des Internationalen Museumsrates – ICOM – als UNESCO-Organisation deutlich festgelegt und weltweit anerkannt. Zur Erinnerung in kurzen Zügen: Die Aufgaben eines Museums gliedern sich in Sammeln und Bewahren, Erforschen und wissenschaftlich Bearbeiten, Ausstellen und Präsentieren und Vermitteln. Dazu ist es notwendig, in einem bedeutenden Museum wie es ein Landesmuseum ist, ein hochqualifiziertes Team an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu haben, die diese Aufgaben erfüllen. Unser Landesmuseum hat ein solch hochqualifiziertes Team an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, an exzellenten Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachbereiche, über KulturvermittlerInnen bis zu Restauratoren und dem Managementbereich. Ein solches Team zu leiten, ist gewiss keine leichte Aufgabe. Gefragte Wissenschaftler, die an Universitäten lehren und international sowohl durch ihre Forschungen als auch als Vortragende bei Kongressen angesehen sind, lassen sich vielleicht nicht

gerne leiten. Umso mehr muss es Aufgabe des Managements sein, hier durch teambildende Maßnahmen ein Zusammengehörigkeitsgefühl im Sinne der gemeinsamen Sache zu fördern und zu unterstützen. Das Kärntner Landesmuseum ist in letzter Zeit ohnehin kaum mit positiven Meldungen in die Schlagzeilen gekommen. Verschimmelte Objekte im Depot, Wassereinbruch und dabei arg in Mitleidenschaft gezogenes historisches Schriftgut, ein seit zwei Jahren für Besucher geschlossenes Museum, x Konzepte, aber Neuerungen aus finanziellen Gründen in weiter Ferne. Das sollte eigentlich für viele Jahre an Negativ-Werbung reichen, und das alles rund um das 130-Jahr-Jubiläum der Museumsgründung!

Seit mittlerweile auch Jahren scheint das Landesmuseum Kärnten aber auch noch durch vielschichtige Personalquerelen und damit verbundene Arbeitsgerichtsprozesse in den Medien auf. Diese ziehen sich wie ein roter Faden durch die Jahre, weshalb wir uns entschlossen haben, eine diesbezügliche Aufstellung der Prozesse und die daraus entstandenen Kosten vom zuständigen Referenten, Landesrat Dipl.-Ing. Benger, einzufordern. Die schriftliche Beantwortung unserer Fragen umfasst vier A4-Seiten und ist nicht in außergewöhnlich großer Schrift verfasst. Was aber noch viel dramatischer wirkt, ist die Summe der Ausgaben, die für diese Streitfälle im Landesmuseum erwachsen sind. Sage und schreibe knapp € 700.000,- kosten diese internen Streitigkeiten dem Museum und damit dem Steuerzahler seit 2012! Was sagt der zuständige Referent dazu? Bis jetzt nichts, aber das kann sich ja noch ändern. Nun ist im Kulturbudget des Landes das Landesmuseum ohnehin einer der ganz großen Brocken neben dem Stadttheater. Diese beiden verschlingen knapp 50 Prozent des gesamten Kulturbudgets des Landes Kärnten, das Stadttheater mit € 10 Millionen und das Landesmuseum mit 4 Millionen Euro. Dennoch glaube ich, dass die Dotierung des Landesmuseums besser in Qualitätsangeboten an potentielle Besucher und in die Infrastruktur angelegt wäre als in Gerichts- und Anwaltskosten. Gar keine Rede davon, was solche Personalstreitigkeiten und Arbeitsgerichtsprozesse an verbrannter Erde im Team hinterlassen. Von teambildenden Maßnahmen kann hier wohl keine Rede sein. Deshalb, Herr Landesrat, sind Sie gefordert, hier Ordnung zu schaffen! Übrigens: Personalange-

**Dr. Prasch**

legenheiten bis hin zu Motivationsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen auch im Code of Ethics des Internationalen Museumsrates vor. Von Mobbing und Frustrationspotential steht allerdings nichts drinnen. Danke! *(Beifall von Abg. Rutter und Abg. Scherwitzl.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zu Wort gemeldet habe ich den Abgeordneten Bürgermeister Franz Pirolt. Ich bitte ihn um seinen Debattenbeitrag!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Werte Damen und Herren Kollegen! Herr Kollege Prasch, deine Anfrage war sicherlich berechtigt und vielleicht auch nötig, nur sie hätte sogar einen anderen Text verdient, nämlich: Herr Dipl.-Ing. Benger, wieso ist dieser Museumsleiter ohne Museum mittlerweile überhaupt noch in Diensten und in Amt und Würden? Wenn ich mir allein die mediale Berichterstattung dieses Museumsdirektors anschau, und ich habe nur einen winzigen, kleinen Auszug davon da, dann ist er beinahe populärer als wir alle hier herinnen zusammen! Es ist schon erstaunlich, wenn ein Museum bis 2018 geschlossen sein soll, die Ausgrabungen am Magdalensberg derzeit mehr oder weniger eingestellt sind und dieser Direktor zusätzlich Archäologen einstellen will und im Grunde der Gernot Nischelwitzer als Personalvertreter des Landes darauf hinweist, das nicht zu tun. Bengers Antwort war dieser Tage die sprichwörtliche Weitergabe der „heißen Kartoffel“. Sinngemäß schrieb er an Nischelwitzer, solange Jerger im Stellenplan bleibt, kann er machen, was er will. Interessant ist, dass das Landesmuseum für 2015 enorme € 230.000,-- an Rechtskosten veranschlagt. Unter seinen Vorgängern waren es € 15.000,--. „Schwere Niederlage für Jerger“, da hat er sich angelegt mit Wappis, Dolenz & Co, mit Ladstätter, „Causa Jerger, Kärnten blamiert, gestörte Atmosphäre. Glaser wird im September 65 und geht in Pension.“ Dass vom Museum im Mai 2015 eine Archäologen-Stelle ausgeschrieben wurde, stieß dem Personalvertreter Gernot Nischelwitzer auf. Das habe ich vorhin schon gesagt. „Benger ist mutig, aber machtlos. Benger

glaubt, er könne etwas anordnen. Er glaubt es! Thomas Jerger will Missstände im Landesmuseum abstellen. Nach Anzeigen und Arbeitsgerichtsverfahren stehen aber nur hohe Kosten zu Buche. Archäologen boykottieren Jerger. Die Reste des einst stolzen Rudolfinums“, da sind genug Bilder dabei, „Landesmuseumsstreit kostete € 470.000,--“, und ein Archäologe, den man gekündigt hat, eingestellt hat, wieder gekündigt hat. Ich bin erstaunt, wie eine Führungskraft in diesem Land arbeiten kann!

Und ich würde jetzt ein Angebot machen: Viele Kärntner Gemeinden haben kleine Museen, suchen nach Themen, nach Themenblöcken, und wir könnten vielleicht mit dem Herrn Jerger oder einem seiner Stellvertreter, wenn der Jerger dann einmal zu Hause sein und seinen Dienst zu Hause ausführen wird, vielleicht darüber reden, dass wir die kleinen Museen mit Gegenständen aus dem Landesmuseum befüllen könnten, vielleicht unsere Attraktivität draußen ein bisschen stärken könnten. Das könnten Sie ihm vorschlagen, dann könnte er zumindest einmal in nächster Zeit einen guten Dienst erweisen und vielleicht dann weniger auf den Mitarbeitern herumhacken, denn das Bild, das das Kärntner Landesmuseum zurzeit abgibt, ist einfach ein erbärmliches. Da können Sie nicht alles dafür, aber Sie hätten zumindest, glaube ich, so eine Art Durchgriffsrecht, wie es sich der Bund im Land Kärnten herausnimmt. *(Beifall von der F-Fraktion und Abg. Mag. Trodt-Limpl.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Trodt-Limpl. Ich darf aber trotzdem die Klubverantwortlichen ersuchen, dass sie für eine entsprechende Präsenz hier Sorge tragen, denn wir waren knapp vor der 50-Prozent-Präsenz! Bitte!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben ja schon einmal über das Landesmuseum Kärnten gesprochen, dieses Landesmuseum, das die Geschichte Kärntens repräsentieren soll und muss und dieses Landesmuseum, das anscheinend einen Leiter hat, der der falsche Mann am falschen Platz ist. Wenn man jetzt die ganzen

**Mag. Trodt-Limpl**

Ausführungen beobachtet, dann sieht man, dass der Karren verfahren ist. Auch wenn man noch so viele Seminare, Teambuilding und so weiter und „Hab-mich-lieb“ verordnet, ich glaube, da wird nichts mehr daraus werden, denn einige Mitarbeiter haben die innere Kündigung, die anderen preschen nach vorne. Eine Führungskraft muss das Potential seiner Mannschaft erkennen und die einzelnen Fähigkeiten fördern und fordern und dann alles zusammenhalten. Ich habe schon oft erwähnt, dass das Landesmuseum immer ein Bestandteil meiner Besuche in Klagenfurt war. Ich war jährlich oft drinnen, ich weiß sogar noch jeden Winkel und alles und war immer begeistert davon, wie entgegenkommend alle waren, vom Portier bis zum Aufpasser, bis zu demjenigen, der durch die Exponate geführt hat, bis zur Leitung. Es wurde über jedes Stück gesprochen, und mir tut es jetzt wirklich im Herzen weh! Der Herr Landesrat hat das als Erbschaft, als Mitgift bekommen. Ich denke, dass der Leiter einen Vertrag hat, aus dem man nicht herauskommt, aber es ist einfach schlimm, wie da mit Steuergeld gearbeitet wird, was da verbockt werden kann, wenn einfach die Leute auf dem falschen Platz sind und ihre Mitarbeiter falsch motivieren. Es sind ja alles hochkarätige Personen, auf die wir Kärntnerinnen und Kärntner stolz sein können und die ganz anders repräsentieren könnten, als im Gerichtssaal zu sitzen und irgendwelche Prozesse auszufechten. Wir sind jetzt eigentlich ratlos. Vielleicht finden wir da eine Lösung, dass wir doch zukünftig auf unser Landesmuseum und auf unsere Wissenschaftler wieder stolz sein können. *(Beifall von Abg. Schautzer, Abg. Mag. Dr. Lesjak und Abg. Ing. Schabus.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner habe ich den Herrn Landesrat für Kulturangelegenheiten, Dipl.-Ing. Benger, zu Wort gemeldet. Ich darf ihn um seinen Beitrag ersuchen!

Landesrat **Dipl.-Ing. Benger** (ÖVP):

Hoher Landtag! Herr Präsident! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause! Als Kulturreferent ist es aufgrund der derzeitigen Zuständigkeit an sich meine Aufgabe, mich ausschließlich

fachlich zu äußern, aber ich will gerne die Gelegenheit hier wahrnehmen, nicht nur die kulturellen Herausforderungen, die mit dem Landesmuseum verbunden sind, sondern auch darüber hinaus für mehr Transparenz zu sorgen und für mehr Einblick zu sorgen. Allen Abgeordneten liegt deshalb ein von mir eingeholter und weitergeleiteter Bericht vor, eine transparente Liste über sämtliche Verfahren und damit verbundenen Kosten rund um das Landesmuseum, die mir auf mein Ersuchen von der Direktion entsprechend vorgelegt wurde. Lassen Sie mich aber eines klarstellen, und das ist ganz wesentlich und liegt Ihnen genauso wie mir am Herzen, ganz zweifelsfrei: Wir haben Gewaltentrennung, und als Vertreter der Verwaltung werde ich mich nicht in Fälle der Justiz einmengen bzw. mich dazu äußern, egal in welchem Stadium sie sich auch immer befinden. Diese Erwartung haben Sie, glaube ich, auch an mich gestellt. Der Rechnungshof, die Staatsanwaltschaft haben in der Vergangenheit geprüft, die Verfahren laufen, in diese Verfahren kann und soll die Politik nicht eingreifen. Die Politik hat die Ursachen aufzugreifen, warum ist dieser Zustand, warum sind diese Zustände dort gegeben. Diese Ursachen sind hier zu beheben, und es sind nicht die einzelnen Symptome zu behandeln. Deshalb lassen Sie mich diese Ursachen etwas erläutern und wie ich an diese herangehe.

Ich habe im Kärntner Landtag vor einigen Wochen bereits klargestellt, dass das Landesmuseum in seinem derzeitigen Zustand noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen ist, so wie es organisiert ist, so wie es geführt wird, so wie hier Organisation und Konzeption angelegt sind. Das entspricht immer noch dem Jahr 1998. Manch einer von Ihnen war auch damals schon in Verantwortung. Und daher habe ich heuer, im Mai 2015, entsprechende Vorarbeiten in Auftrag gegeben. Am 28. Juli 2015 habe ich als Kulturreferent in der Regierungssitzung einen Akt eingebracht, nicht nur die Grundlage für eine entsprechende Depotlösung geschaffen und den Startschuss für einen Architektenwettbewerb zur Neugestaltung des Rudolfinums gestartet, sondern auch die klaren – ich denke, Sie interessieren sich für die Ausführungen zum Museum oder war Ihre Anfrage nur eine Scheinanfrage? *(Abg. Pirolt ist im Gespräch mit Abg. Trettenbrein.)* Geschätzter Herr Abgeordneter, wenn Sie meinen, dass dem so ist, dann werde ich das

**Dipl.-Ing. Benger**

einfach unterbrechen! (*Abg. Pirolt: Entschuldigung!*) Soll ich weiterfahren? (*Abg. Pirolt: Ja!*) Ja, mache ich gerne! (*Vorsitzender: Herr Landesrat, den Vorsitz im Landtag hat noch immer der Präsident! Und wann unterbrochen wird, wird von mir entschieden! Bitte, in der Beantwortung fortzufahren!* – *Abg. Trettenbrein: Ja wohl, Herr Präsident!*) – sondern ich habe auch ganz klar den Startschuss gegeben, damit entsprechende Rahmenbedingungen für eine Novellierung des Kärntner Landesmuseumsgesetzes gestartet werden. Das was seit 1998 verabsäumt wurde, ist jetzt endlich in Bearbeitung, durch mich verfügt und veranlasst. Diese von mir als Kulturreferent vorgegebenen, in der Regierungssitzung auch vorgetragenen und behandelten Rahmenbedingungen darf ich Ihnen jetzt in zwölf verschiedenen, einzelnen Punkten kurz erläutern.

Erstens: Die verbindliche Vorgabe einer Zieldefinition durch Leistungs- und Rahmenzielvereinbarung zwischen dem Land und dem ausgegliederten Museum.

Zweitens: Die Neubildung eines erstmalig vorhandenen gremialen Aufsichtsorgans zur Neuregelung dieser Aufsicht, denn bis dato besteht dort keine Aufsicht. Kein Wunder, dass solche Verhältnisse gegeben sind. Diese Aufsicht soll auch mittels wirtschaftlicher Kontrollinstanz die entsprechenden Dinge sicherstellen.

Drittens: Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirates.

Viertens: Klare Definition und Regelung der Zuständigkeiten in Personalangelegenheiten.

Und wenn Sie hier die Motivation des Personals ansprechen, habe ich Verständnis, dass Sie das ansprechen, zuständig ist aber der Personalreferent des Landes und nicht der Kulturreferent. Ich glaube, hier gehört auch Klarheit geschaffen, wie das im Museum künftig sein soll. (*Abg. Pirolt: Aber der Chef sind Sie!*)

Fünftens: Verpflichtung zu den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit.

Sechstens: Einbindung des Eigentums an der Sammlung beim Land Kärnten.

Siebtens: Verortung des Eigentums an Immobilien bei der LIG bzw. beim Land.

Achtens: Weisungsfreiheit im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich an den ausgegliederten Rechtsträgern seitens des Landes.

Neuntens: Prüfung der autonomen Organisation, der Wissenschaft, also inwieweit die Forschung, die sich unmittelbar auf die Sammlung bezieht, unabhängig vom Ausstellungsbetrieb und damit verbundenen Maßnahmen, betrieben werden kann.

Zehntens: Die Eingliederung der Kulturinstitutionen, wie Freilichtmuseum, landwirtschaftliches Museum Ehrental, Museum Moderner Kunst Kärnten und Blue Cube, um Synergieeffekte zum einen, im Sinne von finanziellen, personellen, organisatorischen Effekten zu erzielen und damit die Vereinfachung im Ablauf durch Restrukturierung und Redimensionierung zu erzielen.

Elfens: Die wirtschaftliche Autonomie auch unter genau geregelter und funktionierender Kontrolle durch eine Museumsordnung und durch eine Haushaltsordnung sicherzustellen. Ich darf wieder in Erinnerung rufen, seit 1998 nicht gegeben, nicht vorhanden.

Und Zwölftens, als letzter Punkt: Klare ablauftechnische Spielregeln zwischen den Leitungen der Einrichtungen und den zuständigen Aufsichtsorganen bzw. dem Land Kärnten als unabdingbare Voraussetzung für rasche und transparente Entscheidungswege.

Der Verfassungsdienst arbeitet daran. Ich rechne damit, dass Ende dieses Jahres bis Anfang nächsten Jahres diese Vorschläge auf dem Tisch sind und dass 2016 ein entsprechender Novellierungsentwurf auch dem Landtag vorgelegt werden kann. Sie, geschätzte Abgeordnete, können dazu beitragen, im Rahmen Ihrer Tätigkeit die Rahmenbedingungen für das Landesmuseum zu verbessern, die Erlebbarkeit zu steigern und ehestmöglich auch die Öffnung wieder zu ermöglichen. Wegzukommen ist hier immer nur, die einzelnen Symptome anzusprechen, die einzelnen Symptome zu diskutieren und aufzuzeigen, wir brauchen eine generelle Lösung, eine grundsätzliche Lösung dieses Themas, weil sonst wird das, was seit 1998 nicht geregelt ist, weiter nicht geregelt. Es gilt, gemeinsam eine generelle Lösung für das Museum zu schaffen. Dazu sind wir dem Museum verpflichtet und den Kärntnern. Ich lade Sie dazu ein, mich als Kulturreferenten dabei aktiv, konstruktiv, positiv zu begleiten! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, danke für die ausführliche Beantwortung! Wir werden Sie selbstverständlich, wenn die Dinge auch dem Landtag zur entsprechenden Vorlage weitergeleitet werden, bestmöglich und im Interesse eines geordneten Betriebes der Kärntner Landesmuseumseinrichtungen unterstützen. Ich komme zum Tagesordnungspunkt 4:

#### 4. Ldtgs.Zl. 82-10/31:

##### **Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schanig-Kandut zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Gaggl betreffend Transferzahlungen**

Der Herr Abgeordnete Gaggl hat sich zu Wort gemeldet. Ich darf ihm dieses erteilen!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Liebe ZuhörerInnen an den Internetgeräten zu Hause! Debatte zu den Transferzahlungen zwischen Gemeinden und Land, Land und Gemeinden. Die schriftliche Anfrage ist von der Referentin ausführlich beantwortet worden und umfasst doch einige Seiten. *(Der Redner hält ein Exemplar der Anfragebeantwortung hoch.)* Wenn man das anschaut, da kommt schon einiges zusammen. Wenn man sieht, dass vom Land zu den Gemeinden 116 Millionen Euro fließen, heißt das, dass diese gebucht werden müssen, verwaltet werden müssen und so weiter, 5.300 Einzelbuchungen laut dieser Anfragebeantwortung, von den Gemeinden zu den Ländern 292 Millionen Euro und 20.500 Buchungen laut dieser schriftlichen Anfragebeantwortung. Im Land sind 50 Mitarbeiter damit beschäftigt, und in den Gemeinden ist nicht eruiert, wie viele Mitarbeiter damit beschäftigt sind und welche Kosten tatsächlich entstehen. Aber wir haben alle gemeinsam verdammt viel damit zu tun, eben mit diesen Überweisungen und mit diesen Transfers.

Ich denke, es ist ganz gut, dass das in dieser Form beantwortet und aufgezeigt wird, weil wir das entflechten und wirklich nur das dringendst

Notwendige tun sollten. Wer anschafft, soll zahlen und nicht die anderen. Das ist auch für die Zukunft nicht erfolgreich. Wir in Kärnten sollten uns nicht unbedingt nur auf den Bund ausreden, der Bund wird irgendwelche Regelungen schaffen, und der Bund wird irgendwelche Vorgaben machen, sondern wir sollten hier vorgehen schon auch im Sinne der vergangenen Beschlüsse, die wir heute hier gefasst haben. Weil wir haben es dringend notwendig, Bürokratie abzubauen, dringendst notwendig, die Verwaltung zu verkleinern, damit wenigstens noch irgendein Spielraum übrig bleibt für die Gemeinden, um vor Ort draußen zu investieren. Dazu gehören auch diese Transferzahlungen, in welcher Form auch immer. Gehen wir es gemeinsam an, meine Damen und Herren! Wir hier im Landtag haben eine hohe Verantwortung in diesem Bereich und die sollten wir auch wahrnehmen! Wir möchten darum bitten, dass auch die verantwortlichen Referentinnen und Referenten in der Kärntner Landesregierung aufgefordert werden, in allen Bereichen dafür Sorge zu tragen, dass mit dem Bürokratieabbau wirklich begonnen und nicht nur geredet und die Aufgabenreform in Angriff genommen wird! Denn wenn wir wissen, welche Aufgaben, welche Transferzahlungen wir wirklich machen müssten und machen sollten, dann werden wir auch in Zukunft weniger mit diesen Transferzahlungen und mit diesen Dingen zu tun haben. Deswegen: Gehen wir voran und versuchen wir gemeinsam, die besten Lösungen in diesem Bereich zu schaffen, damit wir in diesem Bereich eine Zukunft haben. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und von Abg. Schautzer.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pirolt. Ich darf ihn ans Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren Kollegen im Hohen Haus! Wo nichts ist, sagt man, hat der Kaiser das Recht verloren. *(Abg. Trettenbrein: So schaut's aus!)* Das hätte ich heute vermutlich auch beim ersten Tagesordnungspunkt gesagt, aber es spielt trotzdem so. Denn das Land erlaubt sich im Verteilungs-

**Pirolt**

mechanismus nach wie vor, den Gemeinden über die Revision genau auf die Zehen zu steigen und ihnen zu erklären, was sie zu tun haben. Wenn der Kollege Prasch aber sagt, dass wir in etwa € 290 Millionen liefern und 116 kriegen – (*Abg. Gaggl: Wer hat das gesagt?*) Entschuldigung, du warst das! (*Abg. Dr. Prasch: Macht nichts!*) – dann sollten wir eigentlich den Spieß umdrehen und denen erklären, was zu tun wäre und nicht darauf warten, bis die Revision in Klagenfurt meint, jetzt ist genügend Papier geliefert, um uns Kleine auszulagern. Ich würde mir schon erwarten, dass man im Land Kärnten ähnliche Modalitäten beschreiten würde, wie es der Bund macht. (*Zwischenruf von Abg. Köchl.*) Kollege Klaus Köchl, du bist genauso Bürgermeister und Fachmann wie ich. Frag deine Amtsleiter, dann wirst du wissen, wie beschwerlich das ist! Aber die Bundes-Ertragsanteile sind doch unsere wesentlichsten Einnahmen, die fließen, ohne dass wir gar so viel Papier produzieren müssen, ganz anders analog zu den Bedarfszuweisungen, wo wir mehr oder weniger jeden Cent dokumentieren müssen. Selbstverständlich muss dokumentiert werden. Ich würde mir erwarten, dass die Ströme bei den Finanzausgleichsverhandlungen vielleicht irgendwo eingeschränkt werden, dass man die Aufgabenbereiche detaillierter zuteilt. Ich weiß es nicht, ob es gelingen wird. Ich habe immer Angst vor dieser Bundesregierung, dass sie uns eher bestrafen wird, denn noch sind die Gemeinden, habe ich oft das Gefühl, ein Dorn im Fleisch der Hohen, Mächtigen, denn wir ha-

ben uns noch einen ganz kleinen Spielraum aufgrund unserer Sparsamkeit der letzten Jahre bewahrt. Denn wenn ich denke, dass der Bundeshaushalt und der Landeshaushalt bis 2008 in allen Bundesländern geköpft ist, nur die Gemeinden im Prinzip noch irgendwo ein bisschen frei verfügbare Masse haben, dann sollten sie lieber bei uns Anleihen nehmen. Ich denke, der Bericht wird im Wesentlichen stimmen, die Zahlen werden stimmen. Es ist brav abgearbeitet. Dazu ist nichts zu sagen. Was die Mitarbeiter anbelangt, wo man ausweist, dass in etwa 50 daran arbeiten und dann heruntergebrochen auf die € 60.000,--, das ist ein Quatsch – die Frau Landesfinanzreferentin ist nicht mehr da – das stimmt nicht! Wir wissen, dass von diesen 3.800 Beamten wesentlich mehr damit zu tun haben, dass die Gemeinden die paar Euro, die sie jetzt ausbezahlt bekommen haben, mehr oder weniger verwalten und uns mitunter bis auf das Bein sekkieren. (*Beifall von der F-Fraktion, vom Team Stronach, von Abg. Mag. Trodt-Limpl und von Abg. Mag. Schalli.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Rednerliste ist erschöpft. Die Tagesordnung ist damit abgearbeitet. Wir kommen zur Mitteilung der eingegangenen Anträge und Anfragen. Ich darf den Landtagsdirektor bitten, diese zu verlesen!

### Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

A) Anträge von Abgeordneten:

**1. Ldtgs.Zl. 14-17/31:**

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs, des ÖVP-Klubs und des Grünen-Klubs betreffend Landesgesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung geändert, das Gesetz über Untersuchungsausschüsse des Kärntner Landtages erlassen und die Geschäftsordnung des Kärntner Land-**

**tages sowie das Kärntner Landesrechnungshofgesetz 1996 geändert werden**

**./. mit Gesetzentwurf, Erläuterungen und Stellungnahmen des Begutachtungsverfahrens**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

**2. Ldtgs.Zl. 84-20/31:**

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-**

**Mag. Weiß**

**Klubs betreffend betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgesetz – Erhöhung des Beitragssatzes**

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

**3. Ldtgs.Zl. 84-21/31:**

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Ausdehnung der Bezugsdauer für Altersteilzeitgeld auf sieben Jahre**

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

**4. Ldtgs.Zl. 210-48/31:**

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Klarstellung im ASVG betreffend die Berechnung der Höhe des Rehabilitationsgeldes**

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

**5. Ldtgs.Zl. 102-3/31:**

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Rücktrittsrecht bei Verträgen in Fitness- und Partnerinstituten**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

**6. Ldtgs.Zl. 119-9/31:**

**Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Schutz und Sicherheit für Kärnten durch den Erhalt der Goiginger Kaserne in Bleiburg**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

B) Schriftliche Anfragen:

**1. Ldtgs.Zl. 39-75/31:**

**Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Mag. Schalli an Landesrat Köfer betreffend Straßenbauprojekte in Kärnten**

**2. Ldtgs.Zl. 92-38/31:**

**Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Staudacher an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser betreffend Mehrkosten für die Betreuung von Kindern von Asylwerbern in Kinderbetreuungseinrichtungen**

**3. Ldtgs.Zl. 48-10/31:**

**Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Staudacher an Landesrat Holub betreffend Energieberatung in Kärnten**

**4. Ldtgs.Zl. 54-18/31:**

**Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Pirolt an Landesrat Holub betreffend Abwasserentsorgung in Kärntens Gemeinden**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit haben wir den Einlauf erledigt. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Abschließend möchte ich mich noch bei der Stenografin bedanken, die heute die Sitzung alleine ordnungsgemäß protokolliert hat! Ich möchte noch zwei Mitteilungen machen: Der Halbjahresfahrplan für das laufende Jahr 2015 wurde noch einmal am letzten Freitag verschickt. Ich möchte darauf hinweisen, dass für die Budgetdebatte jedenfalls der Freitag zu reservieren ist. Es wird also kein Eventualtermin sein, sondern wir werden für die Budgetdebatte den Mittwoch, den Donnerstag und den Freitag, also 16. bis 18.12., zur Gänze brauchen. Es werden andere Tages-

**Ing. Rohr**

ordnungspunkte auch noch zu verhandeln sein. Ich habe Ihnen jetzt den Landtagsfahrplan für das erste Halbjahr 2016 zur Verteilung bringen lassen, wobei ich dazu sagen möchte, es wird möglicherweise der eine oder andere zusätzlich eingeschobene Termin aufgrund der Fristigkeiten – Sie wissen alle, das Moratorium um die HETA endet mit 30. Mai 2016 – möglicherweise gibt es kurzfristige Erfordernisse, dass man auch

die eine oder andere Sitzung einschieben wird müssen. Das ist einmal der vorläufige Fahrplan. Ich hoffe, wir sehen uns zahlreich bei der Enquete zum Thema „Gesundheit in Kärnten“ am nächsten Dienstag. Ich wünsche Ihnen ein gutes nach Hause kommen bis zur nächsten Sitzung und bleiben Sie gesund! Schönen guten Abend! Auf Wiedersehen!

**Ende der Sitzung: 16.54 Uhr**